

**Damit Frankfurt lebenswert bleibt**

**Wahlprogramm**

**zur**

**Kommunalwahl 2016**

## CDU – die treibende Kraft

|   |          |
|---|----------|
| Vorwort   | Seite 3  |
| I. Für wirtschaftliche Stärke, stabile Finanzen<br>und soziale Sicherheit               | Seite 5  |
| II. Für eine Gesellschaft mit Chancen für alle  | Seite 21 |
| III. Für eine leistungs- und chancengerechte Bildung                                    | Seite 35 |
| IV. Für ein weltoffenes und internationales Frankfurt                                   | Seite 40 |
| V. Für eine aktive Bürgergesellschaft   | Seite 44 |
| VI. Für eine leistungsfähige und zukunftsorientierte Infrastruktur                      | Seite 46 |
| VII. Für ein sicheres Frankfurt   | Seite 70 |
| VIII. Für eine lebendige Kultur als Ausdruck städtischer Identität<br>und Weltoffenheit | Seite 81 |
| IX. Für den Erhalt der Schöpfung und eine lebenswerte Umwelt                            | Seite 87 |
| X. Für eine starke Metropolregion FrankfurtRheinMain<br>im internationalen Wettbewerb   | Seite 93 |

# Damit Frankfurt lebenswert bleibt

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

am 06. März 2016 findet in Frankfurt am Main die Kommunalwahl statt.

An diesem Tag können die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt die Weichen für die kommenden fünf Jahre für unsere Stadt stellen. Deshalb ist dieser Tag für die Zukunft unserer Heimatstadt von herausragender Bedeutung. An diesem Tag entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, ob und wie sich Frankfurt als wachsende Metropole entwickeln wird und ob unser Frankfurt auch weiterhin lebenswert bleibt. Sie entscheiden mit ihrer Stimme, ob und wie begonnene Projekte weitergeführt werden und ob die erfolgreiche Politik der vergangenen Jahre fortgesetzt wird. Frankfurt steht dabei vor großen Herausforderungen. Entgegen vielen anderen Regionen in Deutschland wächst unsere Stadt. Immer mehr Menschen wünschen sich, nicht nur hier zu arbeiten, sondern auch ihren Lebensmittelpunkt in unserer schönen Stadt zu finden. Deshalb müssen wir gemeinsam die richtigen Antworten finden, wie wir die Wirtschaft weiter stärken, Arbeitsplätze sichern und hinzugewinnen, die nötige Infrastruktur erhalten und ausbauen können, den Menschen bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, ohne dabei die falschen Anreize zu setzen oder die gewachsene Struktur der Stadt zu zerstören, und dabei die Stadt gleichzeitig sozial, sicher und lebenswert für Jung und Alt erhalten können. Keine andere Wahl wie die Kommunalwahl 2016 hat einen größeren Einfluss auf die Entwicklung der Frankfurter Stadtteile und die Lebensqualität der gesamten Stadt.

**Für alle Frankfurter Bürgerinnen und Bürger gibt es daher einen guten und wichtigen Grund, zur Wahl zu gehen! Am 06. März 2016 geht es um Sie persönlich!**

Keine andere Partei in unserer Stadt steht noch mehr wie die Frankfurter CDU für ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Wir wollen eine weltoffene und tolerante Stadt, in der es gleichzeitig klare Regeln für das Zusammenleben geben muss, an die sich alle zu halten haben. Dazu gehören eindeutig das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Gleichberechtigung, die Religionsfreiheit aber vor allem auch die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Wer Gewalt, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus als Mittel der Politik betrachtet, hat keinen Platz in dieser Stadt. Wer als

Zuwanderer die Regeln unseres Zusammenlebens nicht akzeptieren will, kann nicht in unserem Land bleiben. Frankfurt muss auch weiterhin ein erfolgreiches Beispiel einer internationalen Stadt bleiben, in der Integration gelebt wird. Die zunehmende Attraktivität unserer Heimatstadt ist kein Zufall. Die CDU hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten mit ihrer Politik die Grundlagen für die positive Entwicklung Frankfurts gelegt. Frankfurt als Kern der Region FrankfurtRheinMain gehört immer noch zu den prosperierendsten Metropolen Europas.

Mit dem vorliegenden Wahlprogramm wollen wir Ihnen zeigen, dass wir auch in Zukunft die führende und treibende politische Kraft in Frankfurt bleiben wollen, damit sich die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt fortsetzen kann. Überzeugen Sie sich davon, dass wir für die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft die richtigen Antworten haben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Frankfurt weiter lebenswert bleibt.

**Dafür brauchen wir Sie und Ihre Unterstützung! Deshalb bitten wir, die Frankfurter CDU, um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme!**

**Wählen Sie am 06. März 2016 die Frankfurter CDU – für unser Frankfurt!!**

# CDU – die treibende Kraft für Frankfurt

## **I. Für wirtschaftliche Stärke, stabile Finanzen und soziale Sicherheit**

### **1. Wirtschaft**

#### Dafür stehen wir:

Frankfurt ist eines der wirtschaftlich stärksten Zentren in Europa und zugleich eine der sozialsten Großstädte in Deutschland. Diese Balance sorgt für ein positives gesellschaftliches Klima, das die Stadt zu einem attraktiven Ort des Wohnens, Arbeitens und Investierens macht. Dieser Erfolg ist das Ergebnis einer kooperativen und auf sozialem Ausgleich basierenden Politik der Stadtregierung in den letzten Jahren, die in allen Belangen des Wirtschaftens eine hohe Kompetenz in der Begleitung der Frankfurter Wirtschaft entwickelt hat und die notwendigen Rahmenbedingungen für den Erfolg hunderter Unternehmen sichert. Mit Fleiß und Nachhaltigkeit der politischen Institutionen konnte dieser Erfolg möglich werden. Die treibende Kraft dieser Politik ist die Frankfurter CDU.

Orientiert an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir diese erfolgreiche Politik für die Wirtschaft und die Menschen fortsetzen und werden in Zukunft unser Augenmerk besonders auf folgende Felder der Wirtschaft und des Wirtschaftens legen. Dabei werden wir die städtische Infrastruktur weiterentwickeln und dabei Kapazitäten und Ressourcen schonend erweitern.

Durch die erfolgreiche Politik der Frankfurter CDU ist Frankfurt attraktiv in Deutschland, Europa und weltweit. Daher kommen immer mehr Menschen nach Frankfurt, um hier zu Wohnen und zu Arbeiten. Das Wachstum unserer Stadt zeigt die Zukunftsfähigkeit Frankfurts. Hier liegen enorme Chancen für die weitere Stärkung der Rolle Frankfurts als internationales Zentrum. Gleichzeitig sind damit aber auch enorme Herausforderungen für die Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur verbunden, die es zu meistern gilt. Wir wollen durch eine solide Finanzpolitik die Zukunft Frankfurts sichern.

Frankfurt hat im Gegensatz zu den meisten anderen Großstädten die drastischen Steuer- einbrüche durch die weltweite Finanzkrise ohne gravierende Einschnitte in das Leistungsangebot der Stadt bewältigen können. Dies ist ein Verdienst der vorausschauenden und

soliden Finanzpolitik unter Führung der Frankfurter CDU. Die Stadt hat sich als verlässlicher Partner für Wirtschaft, Arbeitnehmer, Familien und Senioren erwiesen. Damit wir auch für die Zukunft die Handlungsfähigkeit der Stadt sicherstellen und auch im Interesse nachfolgender Generationen das wirtschaftliche und finanzielle Fundament Frankfurts sichern, ist es von entscheidender Bedeutung, den bisherigen Kurs der Stadt beizubehalten.

### Das haben wir erreicht:

Wir haben die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise durch eine solide Haushaltspolitik erfolgreich bewältigt.

- Stärkung der Kernbranchen Banken und Finanzwesen, Chemie- und Pharmaindustrie, Logistik, Medien- und Kreativwirtschaft, Automotive Industrie, digitale Infrastruktur; Arbeitsplätze geschaffen, z. B. Umsiedlung/ Erweiterung der Lufthansatechnik Logistik Services GmbH an den Frankfurter Osthafen (Erbpachtsicherung für 99 Jahre und Bekenntnis der Airline zu ihrer Heimatbasis)
- Sicherung des Osthafens als Industriestandort im Spannungsverhältnis zwischen Wohnungswirtschaft und verarbeitendem Gewerbe (Konzept Hafen 2050+): Investitionssicherheit für die Hafenanlieger und Sicherung des für Frankfurt wichtigen trimodalen Logistiknotenpunktes Osthafen mit Containerterminal
- Erstellung des Masterplans Industrie – ein räumlich-funktionales Entwicklungskonzept für Industrie- und Gewerbeflächen
- Satzungsbeschlüsse für Gewerbegebiete Heerstraße I (2012) und Altes Klärwerk Schwanheim (2012)
- Breitbandausbau: schneller „schnelles Internet“ u. a. durch Gründung des Digital-Hub FrankfurtRheinMain
- Erhöhung der Bestandspflege/ Stadtteilarbeit / Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen, z. B. Fechenheim
- Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts (2012)
- Touristisches Leitbild für die Stadt Frankfurt (2012): Frankfurt soll als weltoffene und internationale Finanz- und Wirtschaftsmetropole und

lebendiges touristisches Reiseziel mit einem qualitativ hochwertigen und vielseitigen Kulturangebot sowie mit einem hohen Erholungs- und Freizeitwert wahrgenommen werden; Frankfurt präsentiert sich als idealer Veranstaltungsort im Messe-, Kongress- und Eventgeschäft; Frankfurt hat die Zentralfunktion für die Region und ist der Motor für das touristische Wachstum.

- Tagungs- und Kongressoffensive: Frankfurter Convention Bureau (FCB) zur Bewerbung Frankfurts auf dem internationalen Kongressmarkt; ehrenamtliche Frankfurter Kongress-Botschafter, die rund 40 Tagungen und Kongresse in der Größenordnung von durchschnittlich 1.000 Teilnehmern nach Frankfurt geholt haben; Kongressfördertopf mit IHK und Messe Frankfurt für gemeinsames Marketing. Dieser „Dreiklang“ wurde in den letzten 5 Jahren entwickelt und eingeführt.
- Unterstützung von Gründeraktivitäten, speziell zur Förderung des Mittelstands und von Frauen in unternehmerischer Verantwortung; langfristige Sicherung des Projekts MAINRAUM (Gründerzentrum Kreativwirtschaft im Frankfurter Ostend)
- Unterstützung des Handwerks /Meisterbriefs;
- Sicherung des Einzelhandels in der Innenstadt: Ausweisung von Erweiterungsflächen für den großflächigen Einzelhandel im Bereich der südlichen Ostteil im Innenstadtkonzept; Unterstützung der „Neustadtinitiative“ und sonstiger Aktivitäten im Wettbewerb zwischen stationärem Einzelhandel und Onlinehandel
- Initiative zur Sicherung und Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe im Stadtgebiet sowie zum Erhalt der benötigten landwirtschaftlichen Flächen.
- Verlässliche Steuerpolitik durch Verteidigung des 2007 auf 460 Punkte abgesenkten Gewerbesteuerhebesatzes, dessen Höhe nach wie vor angemessen erscheint. Auch dadurch Wettbewerbsvorteile gegenüber München (490), Hamburg (470) oder Köln (475)
- Ausgeglichenere Haushalt seit den Jahren 2014 und 2015

## Das sind unsere Ziele:

- Datennetze ausbauen, wir wollen den Vorrang der Telekommunikations-Infrastruktur sichern, d.h. die meisten Netzbetreiber weltweit, ein konkurrenzfähiges Preis-Leistungs-Verhältnis und Kontinentaleuropas führender Datenknoten bleiben.
- Versorgung sämtlicher Bereiche Frankfurts mit schnellem Breitband bis spätestens 2019
- Innovative und kreative Firmengründer fördern, die Unternehmer der Kreativwirtschaft sind in Frankfurt besonders willkommen und werden besonders gefördert.
- eine Existenzgründerkultur unterstützen und Bedingungen für die Gründung von Start-Ups verbessern, die Netzwerke der Wirtschaftsförderung, der IHK und Handwerkskammer bündeln, um Gewerbetreibende und Mittelstand auszuweiten
- Frankfurt zum führenden Standort der Finanztechnologie FinTech weiterentwickeln
- städtische und regionale Netzwerke aufbauen, um mehr Geschäftskontakte und mehr Geschäft in Frankfurt und RheinMain zu generieren; die Wirtschaftsförderung und die Tourismus GmbH sind in Sachen Wirtschaft Vermittler und Problemlöser für die Stadt und die Region.
- das Wirtschaftsdezernat als Mittlerfunktion für Fragen und Anliegen aller Gewerbetreibenden nutzen; Beratung und Lotsendienste durch den Behördenschwung helfen Mittelständlern und Existenzgründern
- die weitere Entwicklung des Frankfurter Flughafens aktiv fördern, wie z.B. den Bau des Terminal 3, und dabei die Aktivitäten zum aktiven und passiven Schallschutz zu größtmöglicher Verringerung der mit dem Ausbau verbundenen Belastungen fortsetzen
- die Messe als Wirtschaftsfaktor Frankfurts und der Region in ihrem Wachstum begleiten und den Finanzsektor in den Veränderungsprozessen unterstützen
- Frankfurt mit der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bundesbank und den nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden als wichtigsten Bankenplatz in Zentraleuropa erhalten. Die notwendigen Anpassungen im Finanzsektor geben Spielräume für innovative Dienstleistungen, die auch in Zukunft in Frankfurt ihren Platz haben soll.



- Gewerbliche Arbeitsplätze („Blaumann-Arbeitsplätze“) erhalten und steigern, insbesondere durch konsequente Umsetzung des Masterplans Industrie und ein maßvolles Wachstum
- Stärkung des Einzelhandels durch Aufwertung der Zeil im Rahmen unseres Programms „Starkes Zentrum – Starke Stadt“
- Unterstützung der heimischen Landwirtschaft sowie Einsatz für den Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen, um regionalen Erzeugern die Arbeitsgrundlage zu sichern
- Wettbewerb und Vielfalt im Einzelhandel stärken: Förderung von Ansiedlung von Lebensmittel-Einzelhandel mit geringem Marktanteil in Frankfurt

## 2. Finanzen

### Dafür stehen wir:

Städte und Gemeinden sehen sich finanziell weiterhin vor große Herausforderungen gestellt. Viele Kommunen müssen Zuschüsse kürzen und empfindliche Einschnitte in der Daseinsvorsorge vornehmen. Frankfurt steht hingegen vergleichsweise gut da. Das liegt an der Handschrift der CDU und der soliden Haushaltsführung sowie an den zuletzt gestiegenen Erträgen aus der Gewerbesteuer, die auch aufgrund der guten Wirtschaftspolitik der CDU sich weiter positiv entwickelt haben. Damit konnten wir die nötigen Investitionen stemmen: in Schulbauten und Kindergärten, in Schwimmbäder und Sportanlagen, in Straßen und Radwege, in Busse und Bahnen, in Parks und Spielplätze. Auf der anderen Seite halten wir Kurs bei der Haushaltskonsolidierung, damit wir auf Dauer keine neuen Schulden machen müssen. Das ist auch unser Verständnis von Generationengerechtigkeit.

Die gute Finanzlage ist ein Beleg für die Leistungsfähigkeit und Anziehungskraft der Mainmetropole. Beschäftigungsquote und Arbeitsplatzzahl steigen. So kann Frankfurt, auch dank des Fleißes seiner Unternehmen und Bürger, mehr leisten als manch andere Großstadt. Wir können die hohen Lasten für soziale Solidarität tragen und neben den Pflichtaufgaben einer Stadt weiter ein herausragendes Angebot in Kultur, Grünanlagen, Sport und vielem anderen bieten. Damit werden die Anziehungskraft der Stadt und ihr wirtschaftlicher Erfolg ausgebaut und letztlich die Steuereinnahmen von morgen sichergestellt. Als verlässliches Signal an die Wirtschaft setzen wir uns auch weiter dafür ein, den

Gewerbesteuerhebesatz nicht zu erhöhen und wir werden auch künftig die Möglichkeit einer weiteren Senkung des Hebesatzes prüfen, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen dies über einen längeren Zeitraum hinweg zulassen.

Wir stellen uns den großen Herausforderungen, mit denen Frankfurt aufgrund des rasanten Wachstums konfrontiert ist. Die Bevölkerungszahl wuchs 2014 über die Rekordmarke von 700.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Eine so dynamisch wachsende Stadt verursacht auch hohe Ausgaben, zügige Investitionen etwa in den Wohnungsbau, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, aber auch steigende Sozialausgaben. Ebenso wird der Bedarf an schneller Mobilität mit Auto, Rad und ÖPNV, sowie an Sport- und Freizeitflächen mit der Einwohnerzahl steigen. Durch die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge in diesen Monaten kommen auf Frankfurt weitere Anforderungen zu, die wir meistern müssen.

Die Finanzkrise ab 2009 mit ihren erheblichen ökonomischen Auswirkungen zwang die Stadtverordneten und den Magistrat zu einer strengen Ausgabendisziplin.

Mit dem Haushaltssicherungskonzept von 2012 und einer insgesamt sparsamen Haushaltsführung des Magistrats war es möglich, in den Jahren 2014 und 2015 erstmals seit 2008 nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern bei den laufenden Kosten sogar einen Überschuss von fast 160 Millionen Euro in 2014 und einen zweistelligen Millionenbetrag in 2015 zu erzielen und damit selbst die Investitionen weitgehend ohne neue Schulden zu finanzieren.

### Das haben wir erreicht:

- Die Haushaltspläne 2012, 2013, 2014 und der Doppelhaushalt 2015/16 halten am Kurs einer restriktiven Haushaltsführung fest, um die städtischen Finanzen auf Dauer zu konsolidieren. Festlegung klarer Zieldefinitionen insbesondere für freiwillige kommunale Zuschüsse und Leistungen sowie regelmäßige Evaluierungsintervalle
- Zurückhaltende Ausgabenpolitik und keine Mehrausgaben: Die CDU hat nur Haushaltsanträge im Rahmen der Gesamtdeckung gestellt und damit ihre politischen Schwerpunkte innerhalb des zur Verfügung stehenden Rahmens gesetzt. Nur das Geld, das eingenommen wird, kann auch ausgegeben werden!
- Einsetzung einer Reformkommission zur mittel- bis langfristigen Optimierung des Dienstleistungsangebots und zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit von Verwaltungs- bzw. Arbeitsabläufen der Stadt

- Der von uns verteidigte Hebesatz der Gewerbesteuer von 460 Punkten hat sich bewährt und eine verbesserte Standortpolitik ermöglicht, die Frankfurt für Unternehmen attraktiv macht
- Vollständiger Abbau derivativer Finanzinstrumente im Umfang von rund 270 Mio. Euro, um die Stadt keinen zusätzlichen Risiken auszusetzen

### Das sind unsere Ziele:

- Wir wollen weiter in die Zukunft der Stadt, ihrer Menschen und ihrer Wirtschaft investieren. Dazu muss der städtische Haushalt konsequent und nachhaltig konsolidiert werden. Steigende Steuereinnahmen müssen erneut vorrangig zur Vermeidung und dem Abbau von Schulden verwendet werden.
- Mit uns wird es keine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer geben. Sollten es die finanziellen Rahmenbedingungen erlauben, werden wir eine weitere Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes prüfen.
- Im Zuge einer intensiveren regionalen Zusammenarbeit streben wir eine gerechtere Lastenverteilung zwischen Frankfurt, den Städten, Kreisen und Gemeinden in der Region und dem Land Hessen an, um die Finanzierbarkeit der regional bedeutsamen Infrastruktur - etwa in der Kultur – noch besser als bisher auf mehrere Schultern zu verteilen.
- Trotz aller Solidarität gegenüber finanzschwächeren Kommunen in Hessen werden wir alle rechtlichen Mittel prüfen, um die hohe Belastung Frankfurts im neuen Kommunalen Finanzausgleich zu reduzieren.
- Grundsätzlich ist in der Finanzpolitik mehr Generationengerechtigkeit das Ziel. Der Haushalt muss deshalb den Ansprüchen aller Generationen gerecht werden und zugleich dafür sorgen, dass nicht übermäßig Kosten auf kommende Generationen verlagert werden.
- Bei den Investitionen wollen wir den Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie der Kindertagesstätten fortsetzen. Wir wollen Frankfurt zur führenden Familienstadt in Deutschland machen. Dadurch schaffen wir gute Voraussetzungen für den Wettbewerb um junge Arbeitskräfte, der sich angesichts der demografischen Entwicklung bereits abzeichnet.
- Investitionen in die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind mit Blick auf die Generationengerechtigkeit ebenso erforderlich wie

der Ausbau der Altenbetreuung, um allen Seniorinnen und Senioren einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Für die mittlere Generation, für Familien mit Kindern ebenso wie für Singles, wollen wir ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen, Wohnungen sowie sozialen, kulturellen und anderen Freizeitangeboten schaffen.

- Wir werden das umfassende soziale Netz, das die Stadt gemeinsam mit Kirchen, Vereinen, Stiftungen und anderen Trägern gespannt hat, erhalten und modernisieren. Die Zuschüsse sollen in Zusammenarbeit mit den Trägern an die veränderten Anforderungen angepasst werden. Die Übernahme neuer Aufgaben muss mit der Überprüfung bisheriger Angebotsstrukturen einhergehen. Deshalb sind die laufenden Ausgaben stetig daraufhin zu überprüfen, ob sie noch ihren eigentlichen Zweck erfüllen. Dies sind wir auch den Steuerzahlern schuldig.
- Wir bekennen uns klar zur Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Die Erfahrung der Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Die kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main haben sich erfolgreich behauptet. Auch künftig können sich die Menschen darauf verlassen, dass sie zu vertretbaren Preisen mit Strom, Wasser und Gas versorgt werden. Ebenso sichern wir die Müllentsorgung und den öffentlichen Nahverkehr.
- Durch die rechtzeitige Sanierung von Straßen und Gebäuden wollen wir Wertverluste vermeiden und zugleich die Attraktivität des Standorts erhalten. Dabei sind auch Partnerschaften zwischen Stadt und privatwirtschaftlichen Gesellschaften eine Alternative.
- Durchforstung der freiwilligen Leistungen der Stadt in allen Bereichen zur Beseitigung von Doppelstrukturen, konsequentes Monitoring der erbrachten Leistungen auf Effizienz und Wirksamkeit für die geförderten Zwecke und ständige Überprüfung auf dauerhafte Notwendigkeit, all dies mit dem Zweck, nicht nur weitere Neuverschuldung zu verhindern, sondern auch Spielräume für die Förderung neuer Herausforderungen und innovativer Ideen zu gewinnen. Auf diese Grundprinzipien sind auch die Strukturen zu verpflichten, die städtische Mittel in Selbstverwaltung verteilen.
- Stärkung der Sozialverwaltung zur konsequenten Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen, für einen effizienten Mitteleinsatz und für die Inanspruchnahme der primär Leistungspflichtigen

- Verpflichtung der kommunalen Gesundheitsversorgung, insbesondere des mit hohen städtischen Investitionsmitteln für den Neubau geförderten Klinikums Frankfurt-Höchst, auf das Ziel eines wirtschaftlichen Betriebes, um mittelfristig ebenso wie viele nicht-öffentlichen Krankenhäuser ohne laufende Defizite, die aus Steuergeldern ausgeglichen werden müssen, arbeiten zu können.
- Wir stehen auch weiterhin für eine moderne, bürgerfreundliche und effiziente Verwaltung. Das Ziel ist eine schlanke und effektive Verwaltung zur Minimierung bürokratischer Belastungen.
- Im Rahmen des städtischen Reformprojekts „Optimierung des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements“ wurden grundlegende Entscheidungen für eine weitreichende Um- beziehungsweise Neustrukturierung der städtischen Bau- und Liegenschaftsverwaltung getroffen. Ziel ist es, das Planen, Bauen und Bewirtschaften von städtischen Immobilien wie Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäuden wirtschaftlicher und schneller erledigen zu können. Hierzu wird das Hochbau- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Frankfurt am Main zukünftig in einer zentralen Einheit organisiert werden. Diese Entscheidung bildet das Fundament für ein effektives und wirtschaftliches Hochbau- und Liegenschaftsmanagement.
- In der Stadtverwaltung sollen die über Internet verfügbaren Dienstleistungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut werden. „Daten sollen laufen, nicht Bürger.“
- Das Verwaltungshandeln soll sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Unternehmen orientieren. Die neue einheitliche Behördenrufnummer 115 hat sich bewährt. Kontakte wie bei den „Tagen der offenen Tür“ sollen intensiviert werden.
- Die hohen Ausbildungsquoten bei der Stadt Frankfurt sollen beibehalten und das Trainee-Programm fortgesetzt werden. Ebenso sollen hochqualitative und umfassende Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden.
- Verstärkt gefördert werden soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die städtischen Beschäftigten.

### 3. Soziales

#### Dafür stehen wir:

Frankfurt am Main steht für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Wir setzen uns dafür ein, in der Stadt die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern, dass alle Bürgerinnen und Bürger, gleich welchen Alters oder welcher sozialer Herkunft, die Möglichkeit haben, am öffentlichen Leben teilzuhaben. Wir haben zum Beispiel dafür gesorgt, dass trotz geringerer Bundeszuschüsse und der notwendigen Konsolidierung des städtischen Haushalts das kommunale Arbeitsmarktprogramm für Langzeitarbeitslose erheblich ausgebaut wurde. Zusammen mit der Einrichtung eines speziellen Jobcenters für Jugendliche stellt es sicher, dass Erwerbslose in Frankfurt eine auf ihre individuelle persönliche Situation abgestimmte Unterstützung bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche erhalten.

Die Verbesserung der Lebensumstände für die älteren Menschen unserer Stadt ist für uns eine wichtige Aufgabe in einer älter werdenden Gesellschaft. Der erfolgreiche Prozess der partizipativen Altersplanung, der eine Beteiligung aller Senioren an der Gestaltung der vor ihnen liegenden Lebensphase ermöglicht, muss weitergeführt werden, zum Beispiel durch Foren in zahlreichen Stadtteilen und ergänzt durch die jährlichen Aktionswochen „Älter werden in Frankfurt“. Die Anhebung der Einkommensgrenze für die Berechtigten des Frankfurt Passes, die deutliche Reduzierung von Zwangsräumungen durch Hilfe zur Wohnraumsicherung und die Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes für Kinder und Jugendliche haben nachhaltig dazu beigetragen, dass finanzielle Sorgen in Frankfurt nicht zum Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben führen.

Die mit der Aufnahme einer stetig steigenden Zahl von Flüchtlingen verbundenen Herausforderungen meistert die Stadt Frankfurt bislang vorbildlich, insbesondere auch die Inobhutnahme und Versorgung einer großen Zahl von unbegleiteten Minderjährigen. Für die Zukunft gilt es, tragfähige Rahmenbedingungen für eine dauerhafte Integration der geflüchteten Menschen zu schaffen, aber gleichzeitig auch auf eine gerechte Lastenverteilung innerhalb Deutschlands und Europas zu dringen. Außerdem muss klar sein, dass die für Flüchtlinge erforderlichen Maßnahmen nicht zu Lasten anderer bedürftiger Frankfurterinnen und Frankfurter finanziert werden.

## Das haben wir erreicht:

- Städtisches Arbeitsmarktprogramm im Umfang von 5 Mio. Euro jährlich für Langzeitarbeitslose
- Einrichtung eines Jobcenters für junge Menschen unter 25 („Jugendjobcenter“)
- Beratungszentrum für Arbeitssuchende mit und ohne Berufsabschluss
- Neue Wege zum Berufsabschluss z. B durch arbeitsbegleitende Qualifizierung in der Altenpflege
- Neubau und Sanierung von Kinder- / Jugendhäusern u. a. in Kalbach, Riedberg, Bergen-Enkheim, Bornheim, Frankfurter Berg, Zeilsheim, Höchst
- Eröffnung weiterer Kinder- und Familienzentren u. a. in Griesheim, Preungesheim, Nordweststadt
- Programm zur Verhinderung von Zwangsräumungen durch Hilfe zur Wohnraumsicherung
- Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes für Kinder aus benachteiligten Familien: Zuschüsse zu Hausaufgabenhilfen, Sportvereinsbeiträgen, Schulmittagessen, Klassenfahrten
- Anhebung der Einkommensgrenze für die Berechtigung zum Frankfurt Pass
- Ausbau der Kapazitäten zur Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
- Erarbeitung von kommunalen Standards und Rahmenbedingungen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
- Einrichtung einer zentralen Stelle zur Koordination des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge „Frankfurt hilft“
- Förderung der Sanierung des Übergangwohnheims für Wohnungslose in der Weserstraße 5

## Das sind unsere Ziele:

- Soziale Stadt erhalten – Stadtteile stärken

Wir möchten, dass sich alle Frankfurterinnen und Frankfurter in ihren Stadtteilen wohl und zu Hause fühlen und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen und Aktivitäten, die das Zusammenleben stärken, so z.B.

- die Fortführung des Quartiersmanagements in den betreuten Quartieren, so lange wie nötig, mit anschließender Etablierung eines Nachsorgemanagements sowie eine verbindliche Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die weitere Entwicklung ihres Stadtteils
- die Aufnahme neuer Gebiete in das Programm „Soziale Stadt-Aktive Nachbarschaften“
- eine Aufwertung der Rolle der Sozialbezirksvorsteher/innen, um deren sozialräumliche Expertise stärker zu nutzen
- die Erstellung einer regelmäßig fortgeschriebenen Übersicht über die Hilfsangebote und Ressourcen in den einzelnen Stadtteilen unter Einbeziehung der Planungskonferenzen
- eine noch stärkere Vernetzung und passgenauer Einsatz der Ressourcen

- Teilhabe gewährleisten

Mobilität sowie Beteiligung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben muss auch Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit geringem Einkommen oder mit körperlichen Einschränkungen ermöglicht werden. Deshalb brauchen wir Folgendes:

- die Sicherung des Frankfurt Passes
- ein Programm gegen verdeckte Altersarmut
- Inklusion nicht nur in der Schule, sondern auch bei Ausbildung und Berufstätigkeit, auch für Menschen mit erheblichen Beeinträchtigungen
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum: Fertigstellung des Umbaus der Haltestellen, Beseitigung kleinerer Barrieren (z.B. Bordsteine, nicht- rollstuhltaugliche Straßenoberfläche)
- weitere Förderung barrierefreier Wohnungen
- mehr städtische Publikationen in einfacher Sprache

- Jugendhilfe und Jugendarbeit fördern



Wir stehen für den Erhalt einer eigenständigen Kinder- und Jugendarbeit, die in enger Zusammenarbeit mit den Schulen und auch ergänzend zu deren Angeboten jungen Menschen Werte und Orientierung vermittelt. Folgende Aspekte sind uns dabei wichtig:

- enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule
- eigenständige Position der Jugendhilfe trotzdem sichern
- außerschulische Begegnungsräume erhalten
- Neuorientierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Zusammenspiel mit der Ganztagschulentwicklung
- Anpassung der Zuschüsse an die Träger zur Kompensation der Tarifsteigerungen

- Kinder und Jugendliche stärken

Dem gesunde Aufwachsen und der Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten aller Kinder gilt unser besonderes Augenmerk. Deshalb wollen wir:

- eine Weiterentwicklung des Kinderschutzes
- den weiteren Ausbau der „Frühen Hilfen“ zur Beratung und Stärkung junger Eltern
- ein Programm zur Förderung der sozialen und schulischen Entwicklung speziell von Jungen, um diese nicht zu Bildungsverlierern werden zu lassen.

- Arbeitslosen eine Chance bieten

Das erfolgreiche Arbeitsmarktprogramm der Stadt Frankfurt gilt es weiterzuentwickeln, um insbesondere Langzeitarbeitslosen, Menschen mit verschiedenen Vermittlungshemmnissen auf dem Arbeitsmarkt, Wiedereinsteigerinnen und jungen Menschen eine Perspektive zu bieten. Dazu zählen folgende Maßnahmen:

- stadtteilbezogene Tätigkeiten für Langzeitarbeitslose weiter fördern, z.B. Siedlungshelfer
- Evaluation und bedarfsorientierte Weiterentwicklung der bestehenden Angebote zur Beschäftigungsförderung
- Innovative Ausbildungsmodelle z.B. AIQUA (berufsbegleitende Ausbildung in der Altenpflege) weiter fördern, neue Modelle entwickeln
- beruflichen Wiedereinstieg von Frauen und Männern nach der Familienphase vorbereiten und erleichtern
- Weiterführung und Ausbau der Angebote für junge Arbeitslose

- Flüchtlingen Schutz und Versorgung bieten

Frankfurt wird weiterhin eine große Zahl von Flüchtlingen unterzubringen und zu versorgen haben. Damit dies so gut und spannungsfrei gelingt wie bisher, ist folgendes wichtig:

- so weit wie möglich dezentrale Unterbringung in kleinen Einheiten
- Turnhallen und Sammelunterkünfte nur als vorübergehende Lösung
- besonderer Schutz und getrennte Unterbringung von allein reisenden Frauen und Familien
- weitere Suche und Schulung von Pflegefamilien für unbegleitete Minderjährige
- Ausbau der Kapazitäten für Inobhutnahmen in Frankfurt
- Bund und Land Hessen über das bisherige Maß hinaus finanziell in die Pflicht nehmen

- Flüchtlingen eine Perspektive geben und schnelle Integration fördern

Die Integration der Frankfurt zugewiesenen Flüchtlinge ist ein langer Prozess und eine Querschnittsaufgabe. Dazu sind Bildungs- und Ausbildungsangebote auf unterschiedlichen Ebenen und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren wie z.B. Schulen, Stiftungen, den Jobcentern, der Handwerkskammer und Wirtschaftsunternehmen und nicht zuletzt auch der Einsatz vieler Ehrenamtlicher erforderlich. Im Einzelnen heißt das:

- intensiver Deutschunterricht so früh wie möglich
- spezielle, berufsbezogene und –begleitende Deutschkurse
- Projekt zur frühen Kompetenzfeststellung
- Heranführen an und Eingliedern in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt z.B. durch Einrichten von Lernwerkstätten
- weitere Hilfen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse bzw. zur Weiterqualifikation
- Sozialarbeiter/innen zur langfristigen Begleitung der Zugewanderten
- Koordination, Begleitung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements
- die Vermittlung unserer Werte und der gesellschaftlichen Spielregeln in unserer Stadt

- Hilfe für alle Bedürftigen weiterhin sichern

Auch angesichts des großen finanziellen und personellen Einsatzes für die Flüchtlinge werden andere hilfebedürftige Menschen in Frankfurt nicht aus dem Blick verloren. Lang-

Beschluss Kreisparteitag 16.01.2016

fristig ist es unser Ziel, Ressourcen, ehrenamtliches Engagement und innovative Ansätze für beide Gruppen zusammenzuführen, soweit das sinnvoll und möglich ist. Grundsätzlich ist uns folgendes wichtig:

- die Fertigstellung des Umbaus der Übernachtungsstätte im Ostpark
- der Ausbau der niedrighschwelligen Tagesangebote für Obdachlose
- weiterhin nächtliche Öffnung der B-Ebene in den Wintermonaten
- die Bereitstellung ausreichender Schlafplätze in Einrichtungen, insbesondere auch für Frauen

## **4. Gesundheit**

### *Dafür stehen wir:*

Für uns ist ein breites, in alle Stadtteile reichendes, vernetztes ambulantes und stationäres Angebot im Gesundheitssektor ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Daher haben wir in der ablaufenden Wahlperiode einige wesentliche Projekte zum Wohle der Frankfurter Bevölkerung vorangetrieben. Ein Leuchtturmprojekt stellt der beschlossene Neubau für das Krankenhaus Höchst in Verbindung mit der Kooperation mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises dar. Mit dem Neubau erhält der Frankfurter Westen ein modernes Krankenhaus, das den höchsten Ansprüchen an medizinischen Standards und qualitativer Pflege sowie ökologischer Nachhaltigkeit gerecht wird. Die Kooperation mit den Main-Taunus-Kliniken sichert den Bestand des Hauses als kommunales Klinikum der Maximalversorgung. Wir sind sicher, mit dem Neubau und der Kooperation sowohl für die Patienten als auch für die Mitarbeiter des Klinikums Höchst herausragende Zukunftsperspektiven geschaffen zu haben.

In der Drogen- und Suchtpolitik steht verantwortungsvolles Handeln im Mittelpunkt unserer Arbeit. Die Warnung vor und Aufklärung über die Risiken von sogenannten Legal-Highs – das sind Drogen, die als Kräutermischungen, Lufterfrischer, Reiniger, Badesalze oder Ecstasy angeboten werden – ist wesentlicher Bestandteil der Präventionsarbeit bei Jugendlichen. Auch die zunehmende Internetabhängigkeit stellt die Suchtpolitik vor neue Aufgaben; der von der städtischen Suchtberatung neu konzipierte Internetfriedhof für Online-Spielfiguren ist in diesem Zusammenhang ein Erfolgsprojekt. Drogenpolitisch haben wir uns – angelehnt an die Gesetzesinitiative des Bundesgesundheitsministers und der Bundesdrogenbeauftragten – für eine verstärkte medizinische Nutzung von Cannabis zum

Wohle schwerstkranker Menschen eingesetzt. Eine Legalisierung/Entkriminalisierung von Cannabis lehnen wir aber vor allem vor dem Hintergrund des Jugendschutzes ab.

Im Rahmen des bestehenden Programms „Frühe Hilfen“ wurde mit unserer Unterstützung das Babylotsen-Projekt gestartet, um jungen Familien nach der Geburt weitere kompetente Hilfe zur Seite zu stellen, wenn es gesundheitliche Probleme geben sollte.

### Das haben wir erreicht:

- Kooperation der Kliniken Höchst mit den Main-Taunus-Kliniken:  
Vorbereitung eines gemeinnützigen Klinikverbundes mit den Main-Taunus-Kliniken
- Investitionskostenzuschuss Ersatzneubau Klinikum Höchst:  
Finanzielle Entlastung der Kliniken Höchst durch Übernahme anteiliger Personalkosten und Kosten für Sonderaufgaben; Zukunftssichere Ausbildung am Klinikum Höchst mit einem neuen Ausbildungskonzept
- Modellverfahren mit begleitender Kampagne zur Akutversorgung vergewaltigter Frauen (mit dem Frauennotruf)
- Modellversuch Gesundheitsschutz in der Drogenszene gestartet
- Ausweitung der medizinischen Nutzung von Cannabis
- Ausbau tagesstrukturierender Angebote für Drogenabhängige
- Fortsetzung des Schwerpunktes bei der HIV- und HCV-Prävention
- Neuauflage der Broschüre „Check wer fährt“
- Neue Webseite der Kampagne BE.U.!, die Jugendliche und Eltern über alle Fragen rund um Alkohol, Drogen und Medienkonsum informiert
- Neue Broschüre zur Suchtberatung und Selbsthilfe veröffentlicht
- Neuer Shishaflyer zur Information für Eltern und Lehrkräfte
- Einführung eines Rauchverbots auf Kinderspielplätzen
- Gesundheitsberichterstattung erweitert um einen Kindergesundheitsbericht sowie einen Bericht zur Prävention legaler Drogen
- Kampagne „voll nüchtern!“ mit Informationen an alle Gewerbebetreibende und Selbstverpflichtungserklärung zum Einhalt des Jugendschutzgesetzes beim Alkoholverkauf
- Migrantinnen als ehrenamtliche interkulturelle Gesundheitslotsinnen
- Projekt zu den Schattenseiten des Sports (gemeinsam mit dem DFB und Eintracht Frankfurt)

- Kampf gegen Suchtmittelmissbrauch im Alter
- Veranstaltungsreihe „Gesundheit im Alter – den Jahren mehr Leben geben“
- Projekt „Gelingender Start ins Leben am Beispiel eines Stadtteils.“
- Ausbau eines Netzwerkes für Frankfurts Kinder!“

### Das sind unsere Ziele:

- Weiterhin eine breite medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt sicherstellen
- Umsetzung der beschlossenen Kooperation des Klinikums Frankfurt Höchst mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises unter der Steuerung der gemeinsamen Dachgesellschaft
- Realisierung des Neubaus für das Klinikum Frankfurt Höchst und damit Sicherung der medizinischen Maximalversorgung im Frankfurter Westen, Einrichtung eines ambulanten Ärztlichen Bereitschaftsdienstes am Klinikum Frankfurt-Höchst
- den „Frankfurter Weg“ in der Drogenpolitik weiter engagiert fortentwickeln und die Ausstiegsorientierung stärken sowie den Jugendschutz in der Sucht- und Drogenpolitik stärken und einer Legalisierung von Cannabis entgegenzutreten
- Programme für eine gesunde Ernährung fördern

## **II. Für eine Gesellschaft mit Chancen für alle**

### **1. Familien**

#### Dafür stehen wir:

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft und die attraktivste Lebensform für Bürgerinnen und Bürger. Mehr als 80% aller jungen Menschen wünschen sich, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen. Gelingende Familie stiftet Lebensglück für Eltern wie Kinder und ist darüber hinaus eine unverzichtbare Quelle von Mitmenschlichkeit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Allerdings sind Familien in Frankfurt auch mit Herausforderungen konfrontiert, denen wir begegnen wollen. Dabei wollen wir die unterschiedlichen Situationen von Familien ver-

stärkt in den Blick nehmen – von den Alleinerziehenden bis zu den kinderreichen Familien, von Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen bis zu Pflege-, Adoptiv- und Regenbogenfamilien. Wir setzen uns für starke und selbstbestimmte Familien ein, für verlässliche familienfreundliche Rahmenbedingungen in unserer Stadt und ein gesellschaftliches Klima, das Lust auf und Mut zu Familie macht.

Zugleich ist uns bewusst, dass qualifizierte Arbeitskräfte, auf die unsere Stadt angewiesen ist, sich bei der Entscheidung für ihren Arbeits- und Wohnort zunehmend daran orientieren, wo sie ihre familiären und beruflichen Belange nach ihren eigenen Vorstellungen am besten verbinden können. Dazu gehört ein hochwertiges, vielfältiges und flexibles Angebot von Kinderbetreuungsplätzen durch verschiedene Träger für Kinder aller Altersgruppen, das vielfältige Familienmodelle ermöglicht und die elterliche Wahlfreiheit nicht einschränkt. Eine zwingende Festlegung auf ganztägige Betreuung für Klein- und Kindergartenkinder lehnen wir ebenso ab wie die ausschließliche Betreuung von Schulkindern an Grundschulen. Jenseits der Kinderbetreuung wollen wir die familienunterstützende Infrastruktur unserer Stadt ausbauen und an die Herausforderungen des Wachstums und der Zuwanderung anpassen.

### Das haben wir erreicht:

- Förderung von familiengerechtem Wohnungsbau (seit 2008 48 Mio. EUR; 20 Mio. EUR fest verplant) und Schaffung von Förderprogrammen für junge Familien, z.B. Frankfurter Programm zur Förderung von neuem Wohnraum für selbst genutztes Wohneigentum
- Ausbau der Kinderbetreuung in allen Altersgruppen (U3-Versorgungsgrad stadtweit bei 45%, Ü3-Versorgungsgrad stadtweit bei 96%, Schaffung seit 2011 von 2000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Schulkinder am Nachmittag durch ESB etc.), damit Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr
- Inbetriebnahme von ‚kindernetfrankfurt‘, eines stadtweiten Systems zur Vergabe der Kinderbetreuungsplätze
- Beschleunigung und Effizienzsteigerung (um 50%) im Kita-Bau durch Modulbauweise
- Ausbau des Programms ‚Frühe Hilfen‘ zur Unterstützung junger Eltern und Verbesserung der Entwicklungschancen von Kindern, u.a. durch das ‚Babylotsen-Projekt‘

## Das sind unsere Ziele:

- Weiterer Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für Kinder aller Altersgruppen in Einrichtungen und Tagespflege entsprechend dem zusätzlichen Bedarf durch Zuzug und Zuwanderung in unserer wachsenden Stadt, insbesondere in den Stadtteilen, in denen noch Versorgungslücken bestehen
- In Gebieten mit hoher Wohnbautätigkeit sind die erforderlichen zusätzlichen Betreuungsangebote für unter Dreijährige und die notwendigen Kitaplätze zeitgleich zu schaffen
- Flexibilisierung der Öffnungszeiten und Angebotspakete von Kinderbetreuungseinrichtungen und Tagesfamilien, damit Eltern sowohl außerplanmäßigen zeitlichen Anforderungen am Arbeitsplatz entsprechen als auch unerwartete zeitliche Spielräume mit ihren Kindern nutzen können
- Umsetzung des ‚Pakts für den Nachmittag‘ zur flexiblen Betreuung von Grundschulkindern unter Einbeziehung bewährter Betreuungsangebote durch die kommunale Jugendhilfe, Fördervereine an Schulen, freie Träger und sonstige Initiativen
- Erhalt und Stärkung des von Elternseite geforderten Hortangebots in kommunaler, kirchlicher, freigemeinnütziger oder privater Trägerschaft
- Vergabe eines „Business-Family-Awards“ an Unternehmen, Vereine oder sonstige Institutionen für herausragende Leistungen oder Projekte im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Eintreten bei Arbeitgebern für eine stärkere Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter, für Arbeitszeitmodelle, die einen unproblematischen Wechsel zwischen Vollzeit und Teilzeit ermöglichen, und für mehr Home-Office-Angebote
- Förderung der aktiven Vaterschaft, z.B. durch Vater-Kind-Veranstaltungen oder Aktionen wie ‚Papa liest vor‘
- Stärkung der Generationenverantwortung: Wir setzen uns für bessere Rahmenbedingungen für die Enkelbetreuung ein (z.B. durch betrieblich unterstützte Auszeiten für betreuende Großeltern ohne Einbußen bei Altersvorsorge und Krankenversicherung)
- Stärkung der Elternbildung, z.B. durch Patenschaftsprojekte oder ergänzende Angebote in den neuen Medien
- Einführung eines Frankfurter Familientages, z.B. mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung

- Ausbau und Weiterentwicklung der Frankfurter Kinder- und Familienzentren, auch unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Flüchtlingskindern und ihren Familien

## 2. Frauen

### Dafür stehen wir:

Wir stehen für die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Lebensbereichen und versuchen, diese Gleichheit auch gesellschaftlich durchzusetzen. Seit 1949 wurden fast alle wichtigen frauen- und familienpolitischen Entscheidungen in der Bundesrepublik unter Führung der CDU eingeführt: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, mehr Urlaub für die Pflege kranker Kinder und Pflege von Angehörigen, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, Elterngeld und Mütterrente. Angesichts der veränderten Lebenswirklichkeiten setzen wir uns für eine echte Wahlfreiheit zwischen den unterschiedlichen Lebensentwürfen für Frauen ein.

Für uns ist das Ziel der Chancengleichheit von Frau und Mann in unserer internationalen Stadt Grundvoraussetzung dafür, dass Frankfurt wettbewerbsfähig ist und bleibt. Möglichst allen hier lebenden Frauen soll es ermöglicht werden, ihren persönlichen Lebensentwurf zu verwirklichen. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung spielen Frauen eine immer zentralere Rolle für Beschäftigung und Wachstum, ihre Qualifikationen und Talente sind wichtig, aber viele Mädchen und Frauen in Deutschland schöpfen trotz sehr guter Schulabschlüsse ihre Berufsmöglichkeiten und damit ihre Zukunftschancen nicht voll aus. Zugleich ist das breite Angebot an Arbeitsplätzen in unserer Metropolregion ein Magnet für Arbeitskräfte vieler Nationen.

Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sind ein wichtiges Ziel. Für uns ist die Förderung von Frauen daher eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik.

### Das haben wir erreicht:

- Unterzeichnung der europäischen Charta für die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern: Aktuelle Umsetzung durch Aktionsplan Gleichstellung



- Ausbau der Frauenförderung in der Stadtverwaltung gemäß Frauenförderplan;
- Förderung einer informierten Berufswahl Jugendlicher, um jenseits gesellschaftlicher Rollenklischees mehr jungen Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, auch technische und techniknahe Berufe zu ergreifen
- Studie des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Frauen (2014)
- Beschluss zur Erhöhung der Anzahl von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften. Es ist gelungen den Frauenanteil in den Führungsebenen teilweise zu steigern.
- Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung ausgeweitet – rascher Zugang zum Frankfurter Gesundheits- und Hilfesystem, eine bundesweit einmalige Initiative der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, des Frauenreferats, des Amts für Gesundheit und des Jugend- und Sozialamts
- Unterstützung von Vereinen und Einrichtungen, die auf dem Gebiet der beruflichen Förderung und Arbeitsmarktintegration insbesondere von Migrantinnen tätig sind

### Das sind unsere Ziele:

- **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben**
  - Motivieren von Frauen zur Übernahme politischer Ämter und Ehrenämter, auch in leitender Funktion; Unterstützung beim Ausbau von Mentorinnen-Netzwerken; z. B. durch Beratungsangebote von erfahrenen Frauen und jungen Frauen zur Förderung und Unterstützung von Mädchen, z. B. durch Weitergabe von Erfahrungsschätzen (z.B. in Bezug auf die Kindererziehung, Umgang mit Krisenbewältigung)
  - Unterstützung der Arbeit des Frauenreferats der Stadt Frankfurt
- **Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements**
  - Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege; Unterstützung der Frauenförderung durch offensive Wahrnehmung des Vorschlagsrechtes für Ehrungen und Auszeichnungen von Frauen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene

- **Chancengleichheit**

- Die Chancengleichheit von Frauen und Männern in den unterschiedlichen Lebensbereichen wie beispielsweise in der Familie, im Beruf und in der Politik ist Maßstab für die Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.
- Gleiche Aufstiegschancen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowohl für Männer als auch für Frauen, z.B. durch die Bereitstellung von städtischen Fördermitteln für Maßnahmen und Projekte nur noch bei Realisierung der Entgeltgleichheit
- Abschluss einer Kooperationsvereinbarung der Stadt Frankfurt mit den kommunalen Spitzenvertretern der Wirtschaft, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern, zur gleichen Entlohnung von Frauen und Männern
- Unterstützung städtischer Aktionsprogramme für Existenzgründerinnen sowie Unternehmensnachfolgerinnen (z.B. JUMPP)
- Förderung und Unterstützung engagierter Frauen und damit weiblicher Stimmen auf Spitzenpositionen auf allen politischen Ebenen; gleiches gilt für die Bereiche Wirtschaft, Verwaltung und Finanzen
- Unterstützung beim beruflichen und/oder politischen Wiedereinstieg von Frauen nach Unterbrechung ihrer beruflichen bzw. politischen Laufbahn
- Frauenförderung durch konsequente Personalentwicklung im Personalbereich der Stadt Frankfurt, durch das Auszeichnen von Unternehmen, die sich in besonderer Weise um die Chancengleichheit von Frauen und Männern verdient gemacht haben
- Öffentlichkeitswirksame Werbung für Frauen in Führungspositionen (Vorbildfunktion)
- Frauenförderung als Fachkräftesicherung etablieren: Konzept zur Hebung und Aktivierung der Potentiale von Frauen in Frankfurt erarbeiten, mit einem Maßnahmenkatalog aus den unterschiedlichen kommunalpolitischen Handlungsfeldern

- **Förderung und Erleichterung für die Entscheidung "Familie und Beruf"**

- die Entscheidung für Kinder darf nicht das berufliche "Aus" sein
- Werben in Unternehmen zum Aus- bzw. Aufbau von betrieblichen Betreuungsplätzen bzw. zum Abschluss von Kooperationen mit Betreuungseinrichtungen und zur Schaffung der Möglichkeit, das Kind zeitweilig mit zu betreuen; Einrichtung von Schichtdienst-KiTas für im Schichtdienst tätige Frauen
- gelebte Vertrauenskultur und flexible Arbeitszeitmodelle bei reduzierter Arbeit oder bei „Homeoffice“ von Frauen nach der Geburt und während der Kinderbetreuung; Fokus weg von der „Präsenzzeit“

- Führungspositionen in Teilzeit ermöglichen
- **Frauenschutz, Gewaltschutz und Gewaltprävention**
  - Aufklärung und Unterstützung der Kampagne der Stadt für ein konsequentes Vorgehen gegen häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung, sog. „Ehrenmorde“, Genitalverstümmelung
  - Weitere Förderung und Unterstützung des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V." sowie des Frauennotrufs
  - Dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen durch entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raums Rechnung tragen: Verstärkung des Sicherheitspersonals an Haltestellen und im ÖPNV, Anbringung von deutlich sichtbaren Überwachungskameras an Bahnhöfen und Stationen, gut einsehbare und gut ausgeleuchtete Haltestellen
  - Auf ausreichende Frauen- und Familienparkplätze in Parkhäusern achten
- **Unterstützung von Frauenhäusern und Beratungsstellen**
  - Anlaufstellen für Prostituierte und weibliche Flüchtlinge, die Opfer von Menschenhandel geworden sind
  - Meldestelle in der Nähe des Hauptbahnhofs schaffen
  - Unterstützung des Vereins „Frauenrecht ist Menschenrecht“ (FIM)
  - Intensive Opferunterstützung und Beratung für von Gewalt und Verbrechen betroffene Frauen
  - Lebenssituation von jugendlichen Eltern verbessern, Prävention und Unterstützung bei Schwangerschaften Minderjähriger

### 3. Senioren

#### Dafür stehen wir:

In absehbarer Zeit wird jeder dritte Deutsche älter als 60 Jahre sein. Spätestens dann wird diese Generation mit ihrer reichen Erfahrung und ihrer Bereitschaft, sich in das gesellschaftliche Leben einzubringen, immer wertvoller werden. Das Engagement der älteren Generation ist für unsere Stadt wichtig und erwünscht. Gerade die Senioren können der jungen Generation Erfahrungswissen vermitteln, Halt und Orientierung geben. Sie vermit-

teln Kontinuität, soziale Geborgenheit und Sicherheit. In Frankfurt leben mittlerweile bereits mehr als 145.000 Menschen im Seniorenalter von über 60 Jahren. Wir sehen in den älteren Bürgerinnen und Bürgern einen Gewinn für Frankfurt und kümmern uns um sie. Sehr viele von ihnen sind ehrenamtlich engagiert. Ohne sie wäre das Leben in Frankfurt ärmer. Eine Gesellschaft, in der kein Platz ist für ältere Menschen, verkommt und ist unmenschlich. Wie Menschen aller Altersgruppen bedarf auch die ältere Generation der Solidarität der Gesellschaft. Sie selber übt solche Solidarität auf vielfache Weise. Sie sieht deren Stärken und erkennt sie an. Wir haben ein positives Bild vom älteren Menschen. Defizite sind keine Besonderheit des Alters, sondern betreffen alle Altersgruppen. Für uns ist es eine Aufgabe gerade der Kommunalpolitik, die verschiedenen Altersgruppen zum Wohl der Stadt zusammen zu führen und nicht gegeneinander auszuspielen.

Wer Unterstützung benötigt und Hilfe braucht, darf in Frankfurt nicht allein gelassen sein, sondern soll Unterstützung und Hilfe finden. Wir treten dafür ein, dass dazu die nötige Infrastruktur weiter ausgebaut wird, die nötigen Dienste vorgehalten werden und ehrenamtlicher Einsatz gewürdigt wird. Hier ist in Frankfurt schon viel erreicht worden, muss aber stets geprüft und weiterentwickelt werden. Von besonderer Bedeutung ist das ehrenamtliche Engagement vieler Frauen und Männer in unserer Stadt. Wir setzen uns für größere Anerkennung und stärkere Unterstützung solcher Tätigkeit ein.

Wir begrüßen und fördern jede Initiative, die von Seniorinnen und Senioren selber ausgeht und getragen wird – zum Beispiel Selbsthilfegruppen oder Projekte gemeinschaftlichen Wohnens. Weil dies für uns von zentraler Bedeutung ist, machen wir uns stark dafür, dass die ältere Generation in den politischen Entscheidungsorganen angemessen vertreten ist und ihre Anliegen dort zur Geltung bringen kann. Wir sind gegen jede Form von Altersdiskriminierung. Ältere Menschen mit Migrationsgeschichte verdienen die gleiche Beachtung und Würdigung wie jede andere Person ihrer Generation.

In Frankfurt gibt es eine große Zahl von Einrichtungen und Dienste speziell für ältere Menschen: Ambulante Pflegedienste, Wohnen mit Service, Pflegeeinrichtungen, Essen auf Rädern, Senioren-Rathäuser, Krankenhäuser mit Geriatrie u.a.m. Wir treten für eine stärkere Verzahnung dieser Angebote und für eine auskömmliche Finanzierung ihrer Leistung ein. Das gilt auch für die häusliche Pflege wie für die beruflich Pflegenden, deren Wertschätzung sich in ihrer Vergütung zeigen muss.

### Das haben wir erreicht:

- Weiterführung der Projektreihe „Forum Älterwerden“ im Rahmen der partizipativen Altersplanung in zahlreichen Stadtteilen
- Fertigstellung des Heinrich-Schleich-Hauses (Altenheim mit innovativem Wohnkonzept) in Fechenheim
- Ausweitung der Tagesfahrten für Senioren
- Anlage von Senioren-Fitness-Parcours u. a. in Bornheim, Harheim, Nordweststadt
- Ausbau des Programms „Würde im Alter“ zur Beratung und Begleitung älterer Menschen ambulant und in Heimen
- Weiterführung des Senioren-Programms „Aktiv bis 100“ in Zusammenarbeit mit Sportvereinen

### Das sind unsere Ziele:

Weiterentwicklung der Altenpflege:

- Neue Formen der stationären Pflege, Teil-Ambulantisierung d.h. Leben in Wohngruppen mit Pflege bei Bedarf, ambulante Alltagsbegleiter
- Programm „Würde im Alter“ mit zusätzlichen Schwerpunkten (um z.B. den individuellen Problemlagen/Bedürfnissen der älteren Menschen in Pflegeheimen gerecht zu werden)
- Ausbau der Palliativversorgung, Zusammenführung verschiedener Modelle und Akteure (Pflegeheime, Palliativstationen, Hospize)
- Entbürokratisierung der Pflege

Leben zu Hause unterstützen:

- Aufsetzen eines Programms „Fit und dabei“
- bessere Verzahnung ambulante/stationäre Pflege
- Seniorenfreundliche Quartiere: Nahversorgung, Kommunikationszentren, preisgünstiger Mittagstisch im Viertel
- Plakette für seniorenfreundliche Taxis

- Gewährleistung der hauswirtschaftlichen Versorgung u.a. auch durch neue Modelle, z.B. Inanspruchnahme der Wäschereien der Pflegeheime durch Privatpersonen
- Ausbau der Förderung für gemeinschaftliches Wohnen und Mehrgenerationenhäuser
- 1000 Parkbänke zum Verweilen, Ausruhen und Kraft tanken
- Ausbau der Senioren-Fitness-Parcours
- Wir fordern von der Kassenärztlichen Vereinigung eine bedarfsgerechte ärztliche Versorgung in allen Stadtteilen Frankfurts. Es kann nicht hingegenommen werden, wenn Stadtteile Defizite an ärztlicher Versorgung aufweisen. Die Notfallversorgung außerhalb der Praxiszeiten darf nicht, wie von den Krankenkassen erzwungen, allein zu Lasten einiger Krankenhäuser und von Patienten gehen. Wir treten für den Erhalt der Kliniken Frankfurt-Höchst als Maximalversorger in kommunaler Trägerschaft ein und damit für den weiteren Ausbau der Geriatrie in Frankfurt.
- Wir wollen mit Aufklärung und Beratung dazu beitragen, dass gerade ältere Menschen vor Kriminalität wie z.B. Diebstahl und Trickbetrügereien geschützt werden.
- Wir wollen dafür sorgen, dass ältere Menschen besonders auf Fußwegen geschützt werden. Radfahrer gehören deshalb nicht regelwidrig auf Gehwege und in Fußgängerzonen. Ampeln an Fußgängerüberwegen sind so zu schalten, dass Fußgänger gefahrlos die Straße überqueren können. Gute Ausleuchtung und Sauberkeit von Fußwegen, Treppen an U- und S-Bahnstationen und von Unterführungen tragen zur Sicherheit bei und sind zu verbessern.
- Damit Senioren und Seniorinnen möglichst lange selbständig in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können, wollen wir dies zukünftig schon beim Wohnungsneubau berücksichtigen. Der Wohnungsbestand ist möglichst an den Bedarf älterer Menschen anzupassen. Für uns ist dies vor allem eine Aufgabe der städtischen und stadtnahen Wohnungsbaugesellschaften, Barrierefreiheit ist zu schaffen, wo immer das möglich ist. Der ungehinderte Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln muss weiter ausgebaut werden. Entlang von Spazierwegen und auf Plätzen sind noch mehr Sitzbänke aufzustellen, die auch für ältere Menschen geeignet sind. Zu einem senioren-freundlichen Wohnumfeld gehören Geschäfte für den täglichen Bedarf im Nahbereich, Lebensmittelmärkte in abgelegenen Gewerbegebieten genügen nicht.
- Wir setzen uns dafür ein, dass für die ältere Generation die Teilnahme an kulturellen und sportlichen Angeboten sowie am politischen und gesellschaftlichen Leben in Frankfurt zunehmend erleichtert und gefördert wird. Hierfür sind Veranstaltungen

gen, die tagsüber stattfinden, für ältere Menschen besonders geeignet und verstärkt anzubieten.

- Wir wollen Frankfurt als eine seniorenfreundliche Stadt erhalten und gestalten! Wir wollen, dass in den Stadtteilen „Seniorenführer“ herausgebracht werden, die alten Menschen einen Überblick über Hilfs-, Beratungs- und Freizeitangebote geben.

## 4. Sport

### Dafür stehen wir:

Der Sport in Frankfurt bewegt sich. Und nicht nur, weil Bewegung das grundlegende Element des Sports ist, mit dem Gesundheit, Lebensqualität, Teamgeist, Verantwortungsbewusstsein, soziale Integration oder einfach nur Spaß verbunden sind. Sondern auch, weil die Sportanlagen ständig ausgebaut wurden, um den Vereinen eine gute Infrastruktur, eine gute „Hardware“, bereitzustellen. Während andere Städte Anlagen schließen, haben wir seit 2011 mehr als 60 Mio. Euro in Sportplätze, Kunstrasenfelder und Umkleidegebäude investiert. Schwimmbäder wurden modernisiert. Wir haben das hohe Niveau unserer städtischen Sport-Infrastruktur auch in schwierigen Haushaltsjahren weiter ausgebaut. Neben weiteren Neubauten (z. B. Sportpark Frankfurter Bogen) und grundlegenden Sanierungen (z. B. Sportanlage Hahnstraße) wurde der Schwerpunkt in den Werterhalt der Sportanlagen verschoben. Gute Sportanlagen sollen aber auch von Vereinen genutzt werden können, die sich bei ihrer unmittelbaren Arbeit auf städtische Unterstützung verlassen können. Eine Sportförderung von rund 83,1 Mio. Euro im Zeitraum von 2011 bis 2015, davon ca. 20,9 Mio. Euro direkte Vereinsförderung, sind ein deutliches Bekenntnis für die Selbstorganisation des Sports und das ehrenamtliche Engagement in den mehr als 430 Frankfurter Sportvereinen mit ihren rund 190.000 Mitgliedern. Dabei ändern sich auch die Vorstellungen und Wünsche, die Vereinsmitglieder und Bürger an Sportangebote haben. Um hier aktuell zu bleiben und auch künftig attraktive Sportarten in passenden Sportstätten in Frankfurt zu haben, wurde die Sportentwicklungsplanung weitergeführt. Aktive Partner dabei sind der Sportkreis und die Sportjugend, die als Dachorganisationen des Frankfurter Sports nicht nur wichtige Ansprechpartner sind, sondern auch Projekte, die insbesondere die sozial integrierende Kraft des Sports nutzen, durchführen und dafür mit städtischen Fördermitteln unterstützt wurden.

Der Sport hat für die Stadt Frankfurt nach wie vor einen besonders hohen Stellenwert. Nicht nur im Profisport (Ausbau des Stadions am Bornheimer Hang), sondern auch im Breitensport (Sportstättenanierung) ist in der vergangenen Legislaturperiode viel investiert worden. Mittlerweile liegen die Ausgaben für die Sportförderung bei jährlich mehr als 13 Millionen Euro. Wir wollen diese verlässliche Sportpolitik fortsetzen. Wünschenswert wären aber auch private Initiativen, etwa zum Bau einer neuen Multifunktionsarena.

### Das haben wir erreicht:

- **Vereins- und Sportförderung**

- Beibehaltung der von 10 auf 18 Euro erhöhten jährlichen Pro-Kopf-Förderung für jedes jugendliche Vereinsmitglied trotz Einspardrucks
- Förderung von Investitionen in vereinseigene Sportanlagen, z. B. Funktionsgebäude TSG Nieder-Erlenbach, Sporthalle TSV Ginnheim, Vereinsgebäude Höchster Schwimmverein 1893, Sporthalle SG Nied, Bootshaus Frankfurter Ruderverein von 1865, Hockey-Kunstrasen, Sportclub 1880 Frankfurt
- Förderprogramm für erneuerbare Energien und zur Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen
- Schulkids in Bewegung (zusätzliches Sportangebot in Grundschulen durch Kooperationen mit Sportvereinen)
- Mitternachtssport Sportjugend
- Gallus-Projekte Sportkreis mit sozialpädagogischer Ausrichtung
- Erhöhung der Mittel für das Fanprojekt auf 60.000 Euro; Initiierung eines Pakts gegen Gewalt im Amateurfußball

- **Sportplätze und Sporthallen**

- Baubeginn Sportpark Preungesheim mit u. a. Kunstrasenspielfeld, Naturrasenspielfeld, Leichtathletikanlagen (400 m Kunststofflaufbahn, Hoch- und Weitsprung, Kugelstoßen), Dreifeldsporthalle
- Neubau Ostparkarena mit u. a. Kunstrasenspielfeld, Tennisspielfeld, Leichtathletikeinrichtungen (400 m Kunststofflaufbahn, Hoch- und Weitsprung, Kugelstoßen)
- Umfassende Sanierung von Sportplätzen: Stadion Am Brentanobad; Riedstadion Enkheim; Sportanlage Hahnstraße als Leichtathletikschwerpunkt (Beginn Herbst 2015)



- Bau von Kunstrasenspielfeldern, beispielsweise Sportanlage Beckerwiese in Ober-rad, Sportanlage Hohe Kanzel in Zeilsheim, Sportanlage Woogwiese in Ginnheim, Sportanlage Seckbach-Süd. Mittlerweile gibt es in Frankfurt 36 Kunstrasenspielfel-der Neubau und Sanierung von Umkleidegebäuden/ Funktionsgebäuden, beispiel-weise Sportanlagen Ackermannstraße im Gallus, Sportanlage Birsteiner Straße in Fechenheim
  - Modernisierung Haupttribüne Stadion Bornheimer Hang (Volksbank-Stadion)
  - Ausschreibung für eine Multifunktionsarena für bis zu 13.000 Zuschauer mit Stand-ort im Kaiserlei-Gebiet; Eishockey, Basketball, andere Sport- und Kulturveranstal-tungen. Investition und Betrieb durch private Interessenten
- **Schwimmbäder**
    - Sanierung Freibad Hausen und Hallenbad des Riedbades Enkheim
    - Neubau Umkleidegebäude Brentanobad
    - Planung Neubau Panoramabad Bornheim neben der Eissporthalle
    - Übernahme des Betriebs von Schulschwimmbädern durch die Bäder-
    - BetriebeFrankfurt zunächst in einer Pilotphase. Dadurch bekommen
    - Schwimmvereine zusätzliche Wasserzeiten
    - Moderate Erhöhung Bäderpreise als Beitrag zum Erhalt und zur
    - Modernisierung der Bäderlandschaft
  - **Sport allgemein**
    - Fortsetzung der Sportentwicklungsplanung gemeinsam mit dem Sportkreis;
    - Modellstandort Fechenheim und als zweiter Standort Niederrad
    - DFB-Akademie in Niederrad und Planung mit interessierten Bürgern für einen Bür-gerpark mit frei zugänglichen Sportangeboten
    - Förderung von Sportveranstaltungen, die mit bekannten Sportlern als Vorbilder zum Mitmachen anregen und Frankfurt international in aller Munde sein lassen: Ironman, Marathon, Radrennen am 1. Mai

### Das sind unsere Ziele:

- **Attraktive Großveranstaltungen erhalten**

Wir wollen großen Sportereignissen einen dauerhaften Platz in Frankfurt sichern, auch weil sie Werbung für den Standort sind. Dazu zählen das Radrennen „Rund um den Fi-

nanzplatz“, der Frankfurter Triathlon und der Frankfurter Marathon. Wir möchten Bau und Betrieb einer neuen Multifunktionshalle für (Sport-) Veranstaltungen mit bis zu 13.000 Besuchern durch private Investoren fördern und werden städtische Grundstücke als Beitrag der Stadt dafür kostenlos zur Verfügung stellen.

- **Die soziale Funktion des Sports stärken**

Wir wollen gezielt Sportprojekte fördern, die eine hohe soziale Funktion haben. Dazu zählen Angebote wie der Mitternachtssport oder Boxcamps. Aktiv fördern wollen wir auch den nicht vereinsgebundenen Sport (z. B. durch die Kilometrierung an Main und Nidda oder Sportangebote in Parks). Für Senioren sollen spezielle Sportparcours angeboten werden.

- **Hallen effektiver nutzen**

Mit den knappen Ressourcen soll auch bei der Belegung der Sportstätten effektiver umgegangen werden. Deshalb soll ein intelligentes Hallenmanagement der verschiedenen Ämter, Gesellschaften und Vereine umgesetzt werden.

- **Neue Sportstätten bauen**

In Nieder-Erlenbach soll eine Sporthalle gebaut werden. Die Ausstattung der Sportanlagen mit Kunstrasenplätzen wird fortgeführt. Wir wollen dafür sorgen, dass perspektivisch auf jeder Sportanlage mindestens ein Kunstrasenfeld zur Verfügung steht. Aufstockung der bisherigen Programme zur Unterstützung von Vereinen bei deren Investitionsvorhaben. Im Rahmen der umfassenden Sanierung der Ernst-Reuter-Schule soll der Ersatzneubau der dringend für den Schul- und Vereinssport benötigten Schwimmhalle mit höchster Priorität verfolgt werden. Mittel dafür werden so schnell wie möglich in den Haushalt eingestellt.

Bei der Sport- und Kulturhalle Unterliederbach wird unverzüglich die Gaststätte und die Halle mit allen zur Verfügung stehenden Räumen wiedereröffnet, sobald die Halle nicht mehr als Unterkunft für Flüchtlinge benötigt wird.

- **Sport und Stadtteil vernetzen**

Die Möglichkeiten und Angebote, die Sportvereine Bewohnern eines Stadtteils eröffnen, sollen durch gemeinsame Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Schulen, Jugend- und Senioreneinrichtungen präsentiert werden. Diese Sport- und Fitnessstage sollen nachfrageorientiert regelmäßig stattfinden.

### **III. Für eine leistungs- und chancengerechte Bildungspolitik**

#### *Dafür stehen wir:*

Wir treten für ein begabungsgerechtes, vielfältiges Schulsystem in Frankfurt ein, das es Schülern und Schülerinnen bzw. ihren Eltern erlaubt, unter einer Vielzahl von Schulformen, -angeboten und Schulprofilen dasjenige Angebot auszuwählen, welches den fürs einzelne Kind bestmöglichen individuellen Bildungsweg verspricht. Der Vielfalt der Begabungen wird ein vielfältiges Bildungsangebot am besten gerecht, das offen und durchlässig gestaltet ist. Um unser Ziel, auf Dauer ein solches Schulsystem anbieten zu können, unter den geschilderten Umständen zu erreichen, benötigen wir in der kommenden Wahlperiode noch mehr Schulplätze in allen Schulformen und ein zielgenaueres Übergangsverfahren von der Grund- auf die weiterführende Schule.

Öffentliche und private Schulen sollen ebenso wie unterschiedliche Schulformen - von der verbundenen Haupt- und Realschule über die reine Realschule bis hin zum Gymnasium, von der Integrierten oder Kooperativen Gesamtschule bis zu den Förderschulen - gleichberechtigt nebeneinander existieren können. Insbesondere wollen wir zeigen, dass es auch neben dem klassischen Gymnasium anspruchsvolle und erfolgversprechende Bildungswege gibt, die den Zugang zu Ausbildung oder Studium eröffnen, insbesondere das vielfältige und leistungsstarke Berufsschulwesen.

Wir wollen deshalb Schülern mit eher praktischen Begabungen überall in erreichbarer Nähe ein durch hohe Praxis- und Berufsorientierung besonders motivierendes Bildungsangebot machen.

Zur größtmöglichen Wahlfreiheit in der internationalsten Stadt Deutschlands gehört unabdingbar ein vielfältiges internationales Schulangebot, das zur Lebendigkeit des Stadtlebens beiträgt und die Beziehungen zwischen den verschiedenen „Communities“ in der Stadt stärkt. Wir wollen diese von uns lange gepflegte Vielfalt weiter ausbauen und bilinguale Zweige, an denen Deutsche und Kinder aus anderen Ländern gleichermaßen teilnehmen, auch in Kindergärten und Grundschulen fördern. Zugleich treten wir für eine verstärkte Deutschförderung in allen Bildungsphasen ein, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation. Sprache ist der wichtigste Schlüssel zu erfolgreicher Integration. Kinder aus sozial schwachen Familien und ihre Eltern wollen wir besonders unterstützen, um ihnen größtmögliche Teilhabe an Bildung und Aufstiegschancen zu eröffnen.

## Das haben wir erreicht:

### • **Schule**

Mit dem 2014 beschlossenen Aktionsplan Schule werden insgesamt 150 Mio. Euro für Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen in den nächsten fünf Jahren zusätzlich zur Verfügung gestellt; darüber hinaus ist die Schulsanierung der Elisabethenschule im Umfang von über 40 Mio. Euro beschlossen

- Sanierung von Sporthallen und Schwimmbädern an Schulen 2010 – 2014,
- Maßnahmen mit Gesamtkosten von 89 Mio. Euro

Zahlreiche Neubauten und Sanierungen:

Neubau der Dahlmannschule mit Turnhalle und Schwimmbad seit 2014, Neubau Henri-Dunant-Schule, Neubau Grundschule Rebstock und Grundschule Riedberg II (Marie Curie), Neubau der Turnhalle an der Karl-Oppermann-Schule, Fertigstellung IGS-West, Georg-Büchner-Schule, Erweiterungsbau für Verwaltung, Fachräume und Aula, Einweihung Gymnasium Riedberg ( das erste neue Gymnasium in Frankfurt seit 100 Jahren!), Planung und Errichtung der neuen Gymnasien Nied und Westhausen, Schaffung IGS Süd, Erweiterung der Max-Beckmann-Schule durch die NGO-Außenstelle, Grundsanierung der Elisabethenschule und der Bergiusschule, Abschluss der Sanierung der Carlo-Mierendorff-Schule, Gesamtsanierung Wallschule, Klingerschule (Berufsschule) – Umsetzung des angepassten Raumprogramms

- Verbesserung des Liegenschaftsmanagements (Schulgebäudekataster)
- Ausbau der Jugendhilfe an allen Realschulen für mehr als 2 Mio. Euro
- Ausweitung des Projekts „Familienstadt für Alleinerziehende“
- Schaffung einer neuen, stadtweit einheitlichen Elterninformation über Schulformen und Bildungswege sowie Modalitäten der Schulwahl zum Übergang in die weiterführende Schule

### • **Kinderbetreuung**

- U3-Plätze – seit 2011 wurden circa 4.000 U3-Plätze geschaffen. Damit wird ein stadtweiter Versorgungsgrad von 45% erreicht, der den Bedarf der Eltern größtenteils deckt. .

- für 3- bis 6-Jährige wurden seit 2011 mehr als 2.500 neue Kitaplätze geschaffen - der stadtweite Versorgungsgrad liegt bei 96%
- Einführung eines neuen, IT-gestützten Systems für die Vergabe der Kinderbetreuungsplätze in Einrichtungen und bei Tageseltern
- Betreuungsplätze an Schulen – seit 2011 wurden mehr als 1.600 neue Plätze eingerichtet
- Wir haben die Verlässlichkeit der Betreuung von Grundschulkindern am Nachmittag vorangebracht - durch Horte, Ausweitung der städtischen ESB und Beteiligung am „Pakt für den Nachmittag“ des Landes
- Platzbedarf decken, Baukosten senken: Die CDU mit Stadtrat und Reformdezernent Jan Schneider hat für einen beschleunigten Kita-Bau gesorgt. Durch Modulbauweise können sechs Kitas zu den Kosten von vier und damit 200 Plätze mehr gebaut werden.

### Das sind unsere Ziele:

- Konsequente Fortsetzung des Schulsanierungsprogramms
- Wir wollen, dass Frankfurt auf die benachbarten Schulträger zugeht mit der Bitte zu prüfen, ob sie in den kommenden Jahren zusätzliche Klassen an Schulen eröffnen können, die für Frankfurter Kinder gut erreichbar sind. Dafür soll Frankfurt erhöhte Gastschulbeiträge anbieten.
- Wir wollen den Neubau von Gymnasien und die Stärkung von Haupt- und Realschulen vorantreiben.
- Wir wollen freie Träger, z.B. die Kirchen oder die Jüdische Gemeinde, ansprechen, ob sie Neugründungen in Frankfurt, insbesondere im gymnasialen und/oder Realschulbereich, in Erwägung ziehen könnten. Neben den großen städtischen Neugründungen können so auch weitere überschaubare Schulsysteme entstehen, die für Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder Interessenschwerpunkten geeignet sind.
- Aufgrund des anhaltenden Wachstums der Stadt werden wir auch in den nächsten Jahren neue Schulen in allen Schulformen errichten.
- Zusätzlich wollen wir an vorhandenen Schulen mehr Schulplätze schaffen und dazu geplante Sanierungsmaßnahmen für maßvolle Schulerweiterungen nutzen. Über die aktuellen Planungen hinaus werden wir auch die reinen Realschulen ausbauen und außerdem Mittelstufenschulen etablieren, die Haupt- und Realschüler zunächst

gemeinsam, später dann getrennt nach Abschlüssen unterrichten und ein besonders hohes Maß an Praxis- und Berufsorientierung aufweisen.

- Wir setzen uns für eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes ein, die Frankfurt die Möglichkeit gibt, eigenständige gymnasiale Oberstufen zu gründen. Frankfurter Schülerinnen und Schülern, die über den qualifizierenden Realschulabschluss verfügen und das Abitur anstreben, erhalten so optimale Anschlussmöglichkeiten.
- Wir wollen die Schrittigkeit der Frankfurter Schulentwicklungsplanung verkürzen, um angesichts des dynamischen Wachstums des Schulträgerbezirks Frankfurt eine flexible, bedürfnisorientierte und realistische Schulplanung zu ermöglichen. Auch dies wollen wir im Schulgesetz verankern.
- Wir treten für eine Weiterentwicklung des Schulwahlverfahrens ein. Wir wollen den Respekt des Elternwillens, für den wir als CDU stets eingetreten sind, mit einer angemessenen Einschätzung der Eignung des Kindes für den angestrebten Bildungsgang verbinden
- Wir wollen, dass die Informationsveranstaltungen zu Beginn der Jahrgangsstufe 4 weiter nach unseren Vorschlägen verbessert werden. Sie sollen eine auf Frankfurt zugeschnittene Information über Bildungsgänge, Schulformen und -profile umfassen sowie die Vielzahl von Anschlussmöglichkeiten und Bildungsschritten bis hinein in Ausbildung, Studium oder Beruf abbilden. Insbesondere sollen alle Schulformen gleichberechtigt vorgestellt und vertiefende Informationen zu Bildungs-/Ausbildungswegen und zu beruflichen Chancen durch berufliche Schulen, Kammern und die Bundesagentur für Arbeit vermittelt werden.
- Wir wollen gemeinsam mit dem Handwerk ein Programm zur frühzeitigen Werbung für die duale Ausbildung aufsetzen.
- Wir wollen die Empfehlung fürs Gymnasium und für die Realschule bzw. für den Gymnasial- oder Realschulzweig an Kooperativen Gesamtschulen an Mindestvoraussetzungen knüpfen. Für diese Bildungsgänge könnte z.B. ein bestimmter Mindestnotenschnitt in den Hauptfächern über die Jahrgangsstufen 3 und 4 (erstes Halbjahr) zugrunde gelegt werden. Dieser könnte auch durch eine besondere übergangsbezogene Unterrichtsbeobachtung ergänzt werden, die das Erreichen bestimmter Lernziele nachweist.
- Wir wollen, dass Kinder ohne entsprechende Grundschulempfehlung eine verpflichtende Zusatzberatung der aufnehmenden Schule erhalten. Eltern sollen wie bisher die Möglichkeit haben, ihr Kind trotz abweichender Empfehlung für eine bestimmte Schulform anzumelden, allerdings nur nach einer weiteren Beratung durch

ein Schulleitungsmitglied der entsprechenden Schulform, deren Ergebnis in der Schülerakte festgehalten und den Eltern mitgegeben wird.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder mit positiver Grundschulempfehlung Vorrang bei der Verteilung auf die verschiedenen Schulformen erhalten.
- Die Inklusion wollen wir qualitativ und quantitativ ausbauen und zugleich dafür sorgen, dass alle Schüler und Eltern sich auch künftig für den Besuch einer spezialisierten Förderschule entscheiden können.
- Unsere leistungsstarken und hochspezialisierten Berufsschulen wollen wir im Rahmen der anstehenden Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für diese Schulform dahingehend weiterentwickeln, dass sie künftig schon früh mit der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen zusammenarbeiten und an der Errichtung entsprechender Kooperationen (z.B. in Form von berufs- und praxisorientierten Mittelstufenschulen) mitwirken. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die duale Berufsausbildung mit den Berufsschulen weiterhin einen zentralen Platz innerhalb Frankfurts einnimmt.
- Wir wollen das vielfältige Frankfurter Kinderbetreuungsangebot bedarfsgerecht komplettieren und nach den Bedürfnissen der Eltern flexibler gestalten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Neben dem Ausbau von Kitaplätzen für Kinder im Vorschulalter wollen wir auch eine bedarfsgerechte Versorgung für die Altersgruppe der Grundschulkinder. Dazu gehört für uns auch eine Weiterentwicklung von Grundschulen zu ganztägig arbeitenden Schulen mit einem vernetzten System von Bildung, Betreuung und Erziehung. Dabei soll das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt bleiben. Um die Qualität der frühkindlichen Bildung in Frankfurt weiter zu verbessern, wollen wir die Zusammenarbeit von Frankfurter Grundschulen und Kindertageseinrichtungen ausbauen und vertiefen. Dazu wollen wir den Hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes von 0-10 möglichst flächendeckend in Frankfurter Kitas umsetzen und die Begleitung des Übergangs in die Schule im Rahmen von Kita-Grundschultandems forcieren.

## IV. Für ein weltoffenes und internationales Frankfurt

### Dafür stehen wir:

Menschen aus über 170 Nationen, die ganz unterschiedliche kulturelle Traditionen haben und etwa 150 verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, leben friedlich in unserer schon immer weltoffenen Stadt. Das ist das Ergebnis einer erfolgreichen Integrationspolitik, die vom gesamten Magistrat getragen wird. Mit dem neuen Integrationskonzept sind die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre festgelegt worden. Im Mittelpunkt unserer Integrationspolitik stehen die Sprachförderung sowie die Chancengleichheit in Bildung und Beruf - unabhängig von der individuellen Herkunft. Deshalb appellieren wir an die Zugewanderten, sich gemeinsam mit den Frankfurtern deutscher Herkunft für die Zukunft unserer Stadt zu engagieren. Anerkennung und Achtung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Rechts auf selbst bestimmtes Leben in religiösen Fragen und bei der Partnerwahl sind die Basis für ein gelingendes Zusammenleben.

Unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung und ihre Wurzeln in der Aufklärung und der christlich-jüdischen Tradition respektieren - Integration findet in Deutschland auf der Basis unserer Rechtsordnung, insbesondere des Grundgesetzes statt. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, Religions- und Meinungsfreiheit sind von allen Bürgerinnen und Bürgern zu akzeptieren und zu respektieren. Religiöse Normen und Traditionen aus den Herkunftsländern stehen somit keinesfalls über den Gesetzen unseres Landes. Sog. „Ehrenmorde“ und Eheschließungen mit Minderjährigen sind nach deutschem Recht Straftaten und als solche zu ahnden. Für uns ist das christliche Verständnis vom Menschen die ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Dabei ist uns der Respekt vor den christlichen und jüdischen Wurzeln unserer Gesellschaft und ihrer freiheitlich-demokratischen Institutionen wichtige Voraussetzung für ein friedvolles Miteinander. Ein Leben in Deutschland bedingt somit das Respektieren von christlichen Grundwerten in ihrer Fortentwicklung durch die Aufklärung und das aktive Eingliedern in die deutsche Gesellschaft.

Zur erfolgreichen Integration gehört aber auch die selbstverständliche Anerkennung des Islam als der Religion eines großen Teils unserer Mitbürger. Das Grundgesetz garantiert allen Mitbürgern die Möglichkeit, ihre Religion frei auszuüben. Wir wollen in besonderer Weise diejenigen Moscheegemeinden unterstützen und fördern, die sich aktiv für die



Grundwerte des Grundgesetzes, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und ein friedliches Zusammenleben einsetzen, die aktive Jugendarbeit betreiben, in denen in deutscher Sprache gepredigt wird und bei denen einer Separation nach ethnischer Herkunft entgegengewirkt wird.

### Das haben wir erreicht:

- Sicherstellung eines friedlichen Miteinanders von 170 Nationen und Wahrung einer offenen Stadtgesellschaft
- Integration von Zugewanderten und nachkommenden Generationen durch gezielte Bildungsangebote
- Vermeidung des Entstehens von Parallelgesellschaften in den Stadtteilen
- Mischung der Wohnbevölkerung durch gezielte wohnungspolitische Maßnahmen in den zurückliegenden Jahrzehnten
- Förderung des interreligiösen Dialogs
- Stärkung der Stadtteilarbeit von Migrantengruppen

### Das sind unsere Ziele:

- Integration findet vor Ort in den Stadtteilen statt. Strukturschwache Stadtteile, die einen hohen Anteil an Integrationsarbeit leisten, müssen von der Kommune besonders unterstützt werden. Hierzu hat die Stadt Frankfurt mit der „Sozialen Stadt“ und dem seit dem Jahr 2000 bestehenden kommunalen „Frankfurter Programm – Aktive Nachbarschaft“ bereits wichtige Schritte eingeleitet.
- Eine erfolgreiche Integration sichert die Zukunft unserer offenen Gesellschaft, fördert das Miteinander und wirkt einem Auseinanderdriften der unterschiedlichen Nationalitäten und gesellschaftlichen Gruppen entgegen. Um dies sicherzustellen, sind gerade vor dem Hintergrund der Zunahme von Menschen, die in unsere Stadt kommen, die Instrumente der Integration weiter auszubauen. Dabei ist neben der Vermittlung der Deutschen Sprache gerade auch die Vermittlung unserer gesellschaftlichen Werte und Spielregeln von elementarer Bedeutung. Dazu gehören zählen beispielsweise die verfassungsmäßig garantierte Freiheit des Individuums, die Gleichstellung von Mann und Frau, die Religionsfreiheit, die Achtung der Menschenwürde, die Tradition unseres

Landes, sich gegen extremistische, antisemitische und radikale Strömungen offen zu positionieren und so unsere freiheitlich demokratische Grundordnung aktiv zu verteidigen. Das Grundgesetz und unsere gelebte Demokratie sind Errungenschaften, die aus der Geschichte, dem Leid und den Erfahrungen der Menschen in unserem Land über viele Jahrhunderte hinweg entstanden sind.

- Diese Werte sind als Teil der Frankfurter Integrationspolitik stärker zu kommunizieren. Zudem ist die Tradition unserer Stadt als Ort, wo sich seit Jahrhunderten Zuwanderung zum Wohle des Gemeinwesens vollzogen hat, stärker in den Fokus zu rücken. Frankfurt als internationales Verkehrszentrum und liberale Handelsstadt ist auf gute Kontakte in die Welt angewiesen. Seit jeher kamen so auch Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt hierher. Namen wie Brentano und Bolongaro künden noch heute von dieser alten Tradition, die zum Wohlstand unserer Stadt maßgeblich beigetragen hat. Dieser Tradition fühlt sich auch die Frankfurter CDU verpflichtet.
- Frankfurter Integrationspolitik muss stärker die Belange, Ängste und Vorstellungen der Alteingesessenen berücksichtigen. Integration ist keine Einbahnstraße, in der eine Seite primär als die Unterdrückten, Hilfsbedürftigen und Diskriminierten angesehen wird, nach der sich die Stadt auszurichten hat, und die andere Seite lediglich liefern muss. Es gehört zu unserem politischen Verständnis, dass die Mehrheitsgesellschaft ihre Identität nicht zugunsten der Zugewanderten aufgeben muss, sondern sie vielmehr reflektiert, vertritt und ggf. verteidigt.
- Der respektvolle Umgang miteinander und das Verständnis füreinander sind elementare Bestandteile des Integrationsprozesses. Dazu gehört es auch, dass man Menschen anderen Glaubens offen begegnet. Dies schließt das Verhüllen des Gesichtes, das Nicht-Geben der Hand gegenüber Frauen aus. Wer dem Gegenüber mit verhülltem Gesicht entgegentritt, verweigert die zwischenmenschliche Kommunikation und den Respekt. Dadurch wird eine Barriere aufgebaut, die dem Dialog auf gleicher Ebene im öffentlichen Raum zuwider läuft. Dies ist mit der Menschenwürde freier Bürgerinnen und Bürger nicht vereinbar. Deswegen lehnen wir die Vollverschleierung ab.
- Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung von Alltagsaufgaben und Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungskarriere und Berufseinstieg. Besonders bei Kindern aus Migrantenfamilien ist eine Verschlechterung ihrer Sprachkompetenzen festzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die

bisherigen Fördermaßnahmen auf ihre Effizienz hin zu überprüfen und durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen unserer Stadt Projekte erfolgreich in die Fläche zu bringen.

- Der Familie als erster und umfassender Lernort und Zentrum der Erziehung kommt bei der Förderung von Kindern eine entscheidende Bedeutung zu. Wir kümmern uns um Maßnahmen zur Intensivierung der Elternarbeit. Beispielhaft ist hier das Projekt „Elternbeteiligung“ zu nennen, das mittlerweile an 16 Schulen unserer Stadt mit dem Ziel gestartet ist. Nach diesem Vorbild wollen wir Eltern noch stärker als Partner für die Bildung der Kinder gewinnen.
- Wir stehen für eine möglichst zügige Öffnung des Ausbildungsmarktes für jugendliche Flüchtlinge in unserer Stadt, um diesen Menschen in ihrer neuen Heimat einen guten Einstieg von Anfang an zu ermöglichen.
- Studien der Stadt weisen darauf hin, dass – insbesondere bei jungen Migrantinnen – der konkrete, praktische Berufswunsch und der dann tatsächlich ausgeübte oft weit auseinander liegen. Wir fühlen uns verpflichtet, etwa durch den Einsatz von Bildungspaten und Mediatoren, die jungen Schulabgänger bei der Wahl des richtigen Berufs aktiv zu unterstützen.
- Zuwanderinnen weisen eine extrem niedrige Beschäftigungsquote auf. Wir sind uns der Bedeutung von Arbeit auch als Mittel zur Eigenständigkeit, Emanzipation und Integration bewusst und unterstützen daher ausdrücklich die Aktivitäten von Initiativen zur Förderung des Zugangs von Migrantinnen in die Arbeitswelt.
- Für uns ist die kulturelle Teilhabe ein wichtiger Bestandteil der Frankfurter Integrationspolitik. Deshalb fördert sie die Bemühungen der Kultureinrichtungen unserer Stadt, die sich – oft in Zusammenarbeit mit Kulturvereinen aus den Migrantengemeinschaften – um eine interkulturelle Öffnung der Museen, Theater und anderer Kultureinrichtungen bemühen.
- Viele traditionelle Vereine und gemeinnützige Institutionen, wie etwa die Freiwillige Feuerwehr, suchen Nachwuchs und neue Mitglieder. Wir setzen uns dafür ein, durch eine gezielte Ansprache von Jugendlichen auch aus Zuwandererfamilien die Kultur zu

vermitteln, durch ehrenamtliche Tätigkeit aktiv Verantwortung in und für die Gesellschaft zu übernehmen.

- Ältere Migranten, die oft viele Jahre hart in unserer Stadt gearbeitet haben, benötigen im Alter auch die Unterstützung ihrer Kommune. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der sich auch in den Migrantenmilieus zunehmend lockernden Familienbande. Wir wollen eine bessere Vernetzung der verschiedenen Dienste und eine Anpassung auf die Bedürfnisse einer immer vielfältiger werdenden Altersgruppe der Senioren.
- Die Stadt Frankfurt soll sich als integrativ vorbildliche und diskriminierungsfreie Arbeitgeberin verstehen. Unterschiede und Eigenarten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in unserer Stadt erfordern von den Mitarbeitern der Verwaltung eine besondere Sensibilität und interkulturelle Kompetenz. Um diese zu fördern setzen wir zum einen auf Weiterbildungsmaßnahmen bei den Beschäftigten. Zum anderen unterstützt sie die Verwaltung in ihren Bemühungen, durch gezieltes Marketing für ihre Ausbildungs- und Studienangebote besonders in den Zuwandererfamilien zu werben.
- Wir fördern darüber hinaus gerade die Jugendarbeit deutscher Spätaussiedlerorganisationen (etwa der Deutschen Jugend aus Russland [„DJR“]) intensiver. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass das Thema Flucht und Vertreibung im Rahmen einer Dauerausstellung im Historischen Museum der besonderen gesellschaftspolitischen Bedeutung entsprechend berücksichtigt und aufgezeigt wird.

## **V. Für eine aktive Bürgergesellschaft**

### *Dafür stehen wir:*

Wir wollen das Engagement für unsere Stadt unterstützen. Die Kultur des Bürgerengagements soll in unserer heutigen Stadtgesellschaft weiter gepflegt und gefördert werden. Bürgerinnen und Bürger sollen weiter ermuntert werden, durch die Mitgestaltung unserer demokratischen Gesellschaft einem egoistischen Anspruchsdenken, der „Ohne-mich“-Haltung, entgegenzuwirken. Besonders die Jugend soll motiviert werden, Verantwortung zu übernehmen.

### Das haben wir erreicht:

- Die Stadt Frankfurt anerkennt und fördert das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern durch verschiedene Auszeichnungen, Ehrungen und Vergünstigungen.
- Die Stadt Frankfurt hat durch das dichte Netz von Bürgergemeinschaftshäusern vielen Vereinen eine Heimstatt geschaffen.
- Durch die Beauftragung der ABG FRANKFURT HOLDING mit der Sanierung der Bürgergemeinschaftshäuser wurde dieses unverzichtbare Infrastrukturangebot auf Dauer gesichert.
- Die Stiftungen und Vereine konnten für eine Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Stadt gewonnen werden.

### Das sind unsere Ziele:

- Wir wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten die ehrenamtliche Tätigkeit in allen gemeinnützigen Bereichen fördern, z.B.
  - im Sport durch eine gute Sportinfrastruktur und Vereinsförderung,
  - im Bereich der Förderung von Menschen mit Behinderungen durch die konsequente Beseitigung aller Barrieren,
  - im Kulturbereich durch den Bau von angemessenen Spielstätten, Museumsgebäuden oder Veranstaltungsgebäuden,
  - im Bereich der Wissenschaft und Forschung durch Optimierung der Infrastruktur,
  - in der Brauchtumpflege durch Beratung und organisatorische und finanzielle Unterstützung,
  - im Sozialbereich durch die zuverlässige, nachhaltige finanzielle Förderung der Organisationen und Projekte sowie durch fachliche Beratung und Unterstützung,
  - durch Schulung von Helfern in der Arbeit mit und für ältere Menschen, Freizeitangeboten und Serviceangebote der städtischen Wohnungsbaugesellschaften,
  - in den Kirchen durch Anerkennung und Kooperation.
- Unterstützung von Vereinen und Institutionen zur Einrichtung von Ehrenamtsplätzen für Jugendliche

- Weitere Initiativen zur Stärkung des Ehrenamtes sollen gefördert werden, z.B. in Form von Anlaufstellen in Fachämtern der Stadtverwaltung, um die ehrenamtlich Tätigen kompetent zu beraten, im Einzelfall organisatorisch unterstützen zu können und Kooperationen zu ermöglichen.
- Wir wollen ein Patenmodell schaffen, um interessierte Zuwanderer, die auf Dauer in Frankfurt bleiben wollen, in die Stadtgesellschaft zu integrieren.
- Der Stadtverband der Vereinsringe wird weiter gefördert.
- Die CDU setzt sich für eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Vernetzungsstellen in Frankfurt und der Region zu Engagement-Foren ein, um neuartige Formen der ehrenamtlichen Arbeit zu entwickeln, damit auch künftig die jeweiligen Notwendigkeiten rechtzeitig gesehen werden.
- Die für eine lebendige, demokratische Bürgergesellschaft unverzichtbare Arbeit der Stiftungen soll weiter gefördert werden und Kooperationen mit allen anderen im gemeinnützigen Bereich Tätigen angeregt werden.
- Die Vergabe der Ehrenamtskarte soll fortgeführt werden. Dabei soll der Zugang vor allem für Jugendliche unter 18 Jahren vereinfacht werden, damit so gezielt das Ehrenamt in diesem Altersbereich gestärkt werden kann.
- Bürgerschaftliches Engagement soll durch öffentliche Ehrungen mehr Anerkennung erfahren.
- Wir wollen bürokratische Hemmnisse und steuerliche Belastungen abbauen, die ehrenamtliche Arbeit erschweren oder gar verhindern

## **VI. Für eine leistungsfähige und zukunftsorientierte**

### **Infrastruktur**

#### **1. Verkehr**

##### *Dafür stehen wir:*

Die persönlichen Vorlieben für ein Verkehrsmittel sind unterschiedlich, neue Angebote und Techniken schaffen neue Verhaltensweisen, Moden kommen und gehen. Aber eines bleibt: Alle, die unterwegs sind, wollen schnell, bequem und sicher ans Ziel kommen. Es gilt, diesen Mobilitätsanspruch stadtverträglich aus dem Blickwinkel der Anwohner zu erfüllen und gleichzeitig den Anforderungen eines pulsierenden und wachsenden Wirtschaft-

schaftsstandortes zu genügen. Dafür sind alle Verkehrsmittel notwendig. Um den innerstädtischen Verkehr, die Ein- und Auspendler und den Wirtschaftsverkehr zu bewältigen, braucht es das Auto, die öffentlichen Verkehrsmittel, Fahrräder und gute Bedingungen für Fußgänger. Es gibt keine schlechten Verkehrsmittel, sondern nur eine für den jeweiligen Weg gute oder weniger gute Verkehrsmittelwahl. Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung für das gute Leben und Arbeiten in der Großstadt Frankfurt. Alle Mobilitätseinschränkende Maßnahmen zeigen unmittelbar Wirkungen und müssen grundsätzlich auf ein Minimum beschränkt werden. Ziel ist ein pragmatisches, unideologisches Miteinander von PKW's, ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr, mit dem die komfortable Erreichbarkeit von Innenstadt und Stadtteilen sichergestellt wird.

Um dafür allen Bürgerinnen und Bürgern, eingebettet in das städtische Ganze, die notwendige Auswahl und Alternativen zu ermöglichen, haben wir die städtische Verkehrsinfrastruktur ausgebaut. Sicherheit im und attraktive neue Tarifangebote für den ÖPNV, Barrierefreiheit und Lärmschutz waren weitere wichtige Themen. Wachsende Einwohnerzahlen und damit zusätzliche Verkehrsteilnehmer, neue Antriebssysteme und digitale Kommunikationstechniken schaffen Herausforderungen und Chancen zugleich. Mobilitätskonzepte, intelligente Verkehrsleitsysteme und die Erprobung von Elektromobilität sind Beispiele dafür, über das Tagesgeschäft hinaus Weichen für die Zukunft zu stellen.

### Das haben wir erreicht:

- Abbau des Rückstandes bei den Straßensanierungen
- Bau der neuen Osthafenbrücke und Sanierung der Honsellbrücke. Damit im Zusammenhang steht die Instandsetzung und Neugestaltung vieler wichtiger Straßen zur Verbesserung der Verkehrserschließung im Frankfurter Osten mit einem Investitionsvolumen von 100 Mio. Euro. Außerdem beteiligt sich Frankfurt finanziell am Umbau des Kaiserleikreisels.
- Bau der Autobahnabfahrt Niederrad der A5 aus Fahrtrichtung Norden. Die Verkehrsführung schützt Wohngebiete in Goldstein und Niederrad vor Durchgangsverkehr.
- Sanierung Heerstraße, Ginnheimer Landstraße, Hammarskjöldring, Sanierungen der Straße Am Dornbusch und Silostraße beschlossen
- Bestandsnahe und damit kostensenkende Sanierung der Alten Brücke. Beschluss eines ersten Brückenbauprogramms für die Zeitspanne von 2015 bis 2019 in Höhe von 55 Mio. Euro für 43 Brücken, darunter die Omega-Brücke in Griesheim und die

Schwedlerbrücke im Ostend Beauftragung der Vorplanung für die Ortsumfahrung Praunheim

- Beschluss der Vorplanungen für die Bolongarostraße und für die Unterführung des Bahnübergangs Oeserstraße nach intensiver Bürgerbeteiligung
- Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses durch den Bau und die Planung weiterer Verkehrskreisel: Victor-Slotosch-Straße/ Vilbeler Landstraße; Dunantring/Sossenheimer Weg; Homburger Landstraße/Deuil-La-Barre-Straße
- Bau der Quartiersgarage Nordend (Glauburgschule)
- Erhalt von Parkplätzen beim Umbau der Südseite des Bahnhofs Höchst; Errichtung eines P+R-Platzes am Bahnhof Frankfurt Farbwerke Höchst; Einführung von Bewohnerparken in Gallus-Ost
- Beschluss für den Bau einer Lärmschutzwand an der A661 für Bornheim wie versprochen unabhängig von der Realisierung einer Einhausung. Konkretisierung der Einhausung der A661 im Abschnitt Bornheim/Seckbach zusammen mit Planungen für den Wohnungsbau (Ernst-May-Viertel); Durchführung einer Potenzialstudie für eine Fortführung der Einhausung bis zum Erlenbruch / Riederwald
- Verringerung der Lärmbelastung durch Straßenverkehr: Instandsetzung und Ersatzneubau Lärmschutzwand Ludwig-Landmann-Straße; Vorschlag einer Geschwindigkeitsverringerung nachts auf innerstädtischen Autobahnabschnitten
- Sanierung des Höchster Bahnhofs
- Elektrofahrzeuge haben das Potenzial, den Autoverkehr leise und schadstoffarm zu machen und können damit eine Lösung für die individuelle Mobilität der Zukunft sein. Wie fast immer bei neuen Technologien ist es ein weiter Weg von den ersten Modellen bis hin zu erschwinglichen, alltagstauglichen Fahrzeugen in großen Stückzahlen. Frankfurt beteiligt sich daher an Projekten zum Test und zur Weiterentwicklung von Elektromobilität. So unterstützt Frankfurt zusammen mit dem Land Hessen die Anschaffung von Elektroautos durch Handwerksbetriebe, und in den städtischen Parkhäusern gibt es immer mehr Ladestationen. Die städtische Gesellschaft KEG bietet Car-Sharing mit Elektrofahrzeugen an.
- **Öffentlicher Personennahverkehr, Bahn und Busfernverkehr**
  - Die Fahrgastzahlen in den Frankfurter U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen steigen und steigen. Alleine von 2014 auf 2015 gab es einen Zuwachs um 8 Prozent. Gleichzeitig erreicht die Kundenzufriedenheit ein hohes Niveau. Der



ÖPNV ist damit ein immens wichtiger Träger urbaner Mobilität und auch ein Standortvorteil im Wirtschaftsleben. Diese gute Entwicklung ist eng verbunden mit den politischen Weichenstellungen zum Ausbau des ÖPNV in Frankfurt. Dabei zählt nicht nur die Verbesserung der baulichen Infrastruktur, also neue Schienenstrecken und – ganz wichtig – barrierefreie Haltestellen, sondern es wirken sich auch neue Tarifangebote, Sicherheitsmaßnahmen, moderne Fahrzeuge und Dienstleistungen rund um Busse und Bahnen aus.

- Der „Frankfurter Weg“ der überwiegenden Ausschreibung von Buslinien im Wettbewerbsverfahren (fünf von sieben Buslinienbündeln) konnte deutliche Kostenvorteile realisieren, die für zusätzliche Angebote genutzt wurden. So wurde zwischen 2004 und 2015 das Busverkehrsangebot um 25 Prozent erweitert. Zwei Buslinienbündel sind direkt an die ICB, eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke, vergeben, um das Fortbestehen der Gesellschaft und der Arbeitsplätze zu sichern.
- Bau und Betriebsaufnahme der Straßenbahnstrecke in der Stresemannallee Die Stadtbahnlinie U5 wird ins Europaviertel verlängert, der Bau läuft. Zur Kostensenkung verläuft die Trasse westlich des Güterplatzes oberirdisch. In den Europagarten wird jedoch nicht eingegriffen, er wird unterfahren.
- Der Bau einer S-Bahn zum neuen Stadtteil Gateway Gardens am Flughafen ist beschlossen, die Planung ist abgeschlossen und der Finanzierungsvertrag unterzeichnet. Die Inbetriebnahme ist für 2019 vorgesehen.
- Die Planungen für die Nordmainische S-Bahn und die Regionaltangente West wurden vorangetrieben. Insbesondere Pendlern sollen weitere Angebote gemacht werden, um vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen und damit das Frankfurter Stadtgebiet von Autoverkehr zu entlasten. Der Ausbau der Trasse der S6 zwischen Frankfurt und Bad Vilbel steht bevor.
- Barrierefreier Ausbau von Haltestellen: das Stadtbahnnetz ist bis auf einzelne Haltestellen, deren Umbau aber bereits bevorsteht, barrierefrei; Straßenbahnhaltestellen (z. B. Konstablerwache, Balduinstraße) werden kontinuierlich umgebaut, ebenso Bushaltestellen; die U-Bahnstationen Schweizer Platz und Miquel-Adickes-Allee wurden mit Aufzügen nachgerüstet
- Zum Bau einer Stadtbahnverbindung zwischen Ginnheim und Bockenheim wurde eine Potenzialstudie vorgelegt, die verschiedene Trassenvarianten bewertet hat.

- Investitionsprogramm von Deutscher Bahn, Land Hessen und Stadt Frankfurt zur Sanierung von Bahnhöfen und S-Bahnstationen in Höhe von 250 Mio. Euro, davon 50 Mio. Euro städtische Mittel. Die Modernisierung und der barrierefreie Umbau des Bahnhofs Höchst sind schon weit fortgeschritten, die S-Bahnstation Taunusanlage wurde erneuert. Zur Sanierung des Bahnhofs Griesheim wurde die Variantenentscheidung getroffen.
- Die Modernisierung des Wagenparks wurde fortgesetzt. Nahezu 70% der bestellten 224 neuen, klimatisierten Stadtbahnwagen sind bereits im Einsatz. Die Standards für den Busverkehr verlangen hohen Fahrgastkomfort, Wirtschaftlichkeit und geringe Umweltbelastung der eingesetzten Busse.
- Der Fahrpreis in Frankfurt ist nicht billig, aber es steckt auch ein hochwertige Leistung dahinter. Mit neuen Tarifangeboten wurde auf die Bedürfnisse der Fahrgäste eingegangen, natürlich auch mit dem Ziel, zusätzliche Kunden und damit auch Einnahmen zu gewinnen: weitere Tarifsenkung für die Schülerjahreskarte (CleverCard); 65-Plus-Jahreskarte / Monatskarte; Einführung von Angeboten, um Tarifsprünge beim kurzen Überfahren der Stadtgrenze zu verhindern.
- Neue Techniken ermöglichen es nicht nur, einfacher Fahrscheine zu kaufen, sie bringen auch zusätzlichen Nutzen, der den Komfort des ÖPNV erhöht: Handy-Ticket; E-Ticket /Mobilitätskarte, die auch das Ausleihen von Fahrrädern und Car-Sharing erleichtert und verbilligt; Umrüstung der Fahrkartenautomaten, damit mit dem E-Ticket dort auch Zeitkarten gekauft werden können
- Sicherheit im ÖPNV ist wichtig: Nachdem bis 2011 alle unterirdischen Stadtbahnstationen mit Videokameras sowie Notruf- und Informationssäulen ausgerüstet wurden, wurden mittlerweile auch 16 oberirdische Stadt- und Straßenbahnhaltestellen damit ausgestattet (z. B. Stationen Heddernheim und Südbahnhof).In den neuen Stadtbahnwagen und in den Bussen gibt es eine Videoüberwachung. Dazu gibt es abends in einzelnen Stadtbahnlinien und im ersten Wagen aller S-Bahnen Sicherheitspersonal.
- Der Begleitservice der VGF wurde fortgeführt. In ihrer Mobilität oder Orientierung eingeschränkte Fahrgäste werden von Tür zu Tür begleitet.
- Errichtung eines Fernbusbahnhofs auf der Südseite des Hauptbahnhofs, für den durch den Bau eines vierstöckigen Parkdecks auf dem heute gänzlich als Parkplatz genutzten Areal Raum geschaffen wird.

- **Radverkehr**

- Der Radverkehr in Frankfurt hat weiter an Bedeutung gewonnen und ist ein von allen Bevölkerungsteilen zunehmend benutztes, unverzichtbares Verkehrsmittel, das auch dazu beiträgt, durch vermiedene Autofahrten den motorisierten Straßenverkehr weiter flüssig zu halten. Die Bedingungen für Radfahrer wurden weiter verbessert, was sich auch in immer besseren Benotungen bei entsprechenden Tests widerspiegelt. Beim Ausbau der Radwege und Fahrradstreifen wurde ein Strategiewechsel vollzogen, der dem Schließen von Lücken in der Infrastruktur den Vorzug vor dem ausschließlichen Ausbau neuer Radrouten gibt. Gegenwärtig kann damit mit gleichen Mitteln ein größerer Nutzen erzielt werden. Aber auch hier gilt: für die Attraktivität eines Verkehrsmittels zählen nicht nur die großen Bauten, sondern auch die vermeintlich kleinen, unterstützenden Maßnahmen
- Bau der Radroute Mainufer – Innenstadt – Nordend – Bornheim
- Bau von Fahrradwegen und Fahrradstreifen: Deutschherrnufer, Radweg Harheim/ Nieder-Erlenbach, Fahrradstreifen Gießener Straße. Ein Fahrradschnellweg zwischen Darmstadt und Frankfurt wird geprüft
- Lückenschluss am Niddaufer im Bereich der Heddernheimer Brücke
- Fahrradparkhaus südlich des Hauptbahnhofs innerhalb des Parkdecks beim Fernbusbahnhof

- **Fußgänger**

- Die zu Fuß zurückgelegten Strecken sind der Ausgangspunkt von Mobilität, stehen sie doch fast immer am Beginn und Ende eines Weges. Sie sind das Fundament für die Beweglichkeit im Stadtteil, für den Einkauf in der Innenstadt und für den Spaziergang zu kulturellen und Freizeitziele. Viele Maßnahmen, die für Fußgänger mehr Sicherheit und Qualität bedeuten, sind unscheinbar, haben aber große Auswirkungen: Ampeln, Bodenindikatoren für Sehbehinderte, Sitzgelegenheiten.
- Die Ergebnisse des Pilotprojektes „Nahmobilität im Nordend“ wurden stadtweit angewendet. Das sind beispielsweise „Gehwegnasen“ zur Verhinderung des Zuparkens von Kreuzungen und Einmündungen, Querungshilfen zum sicheren Überqueren von Straßen sowie Schaffung von Sitzgelegenheiten.
- Standards für einen barrierefreien öffentlichen Straßenraum wurden erarbeitet und umgesetzt

- Neugestaltung der Frankenallee
  - Beschluss des Innenstadtkonzepts als Rahmenplan für bessere Wegeverbindungen in der Innenstadt Richtung Main
- **Gesamt-Verkehr: Verkehrssicherheit und Mobilitätsmanagement**
    - Den Verkehr in seiner Gesamtheit betreffende Themen sind Verkehrssicherheit und Verkehrsmanagement. Es muss immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden, dass ohne gegenseitige Rücksichtnahme nicht viele Tausende Menschen zusammenleben und mit- und nebeneinander mobil sein können. Daher ist auch die Abwicklung und Lenkung von Verkehr, die Entwicklung von künftigen Verkehrsangeboten und Mobilitätsstrategien verkehrsmittelübergreifend angelegt.
    - Kontrollen der Einhaltung von Schrittgeschwindigkeit von Fahrradfahrern auf der Zeil, und zwar auch an den die Zeil querenden Radstrecken
    - Regelmäßige Verkehrssicherheitswochen mit wechselnden Schwerpunktthemen, beispielweise Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen, Parken auf Fahrradwegen oder Einhaltung von Verkehrsregeln durch Fahrradfahrer
    - Anschaffung zusätzlicher „Blitzer“ für Rotlichtübertretungen und zu schnelles Fahren
    - Umbau und neue Signalisierung der Fußgängerwege über die Stadtbahnstrecke auf der Eschersheimer Landstraße; 2014 kein tödlicher Unfall mehr
    - Exemplarische Entwicklung von Mobilitätsmanagementkonzepten für den Neubau der School of Finance and Management an der Adickesallee und das künftige Wohnquartier in der Kleyerstraße im Gallus
    - Dynamische, verkehrsabhängige Steuerung von Ampeln
    - Beteiligung am Forschungsprojekt „Sichere intelligente Mobilität – Testfeld Deutschland“, mit dem die Kommunikation von Auto zu Auto und vom Auto zu Ampeln erprobt wurde. Ziel ist die Verbesserung von Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit.
    - Beteiligung von städtischen Gesellschaften (ABG Holding, Mainova, KEG) an Carsharing-Angeboten

## Das sind unsere Ziele:

- **Wir fördern den Individual- und öffentlichen Verkehr und den Wirtschaftsverkehr:**
  - Es ist richtig, den ÖPNV so attraktiv zu gestalten, dass möglichst viele der täglich über 300.000 Einpendler von sich aus dieses Verkehrsmittel benutzen. Da aber für einen großen Teil von ihnen und für viele innerstädtische Verkehre das Auto aus verschiedenen Gründen das einzig akzeptable Verkehrsmittel bleibt, muss das für einen flüssigen Verkehr unabdingbaren Grundnetz mit ausreichender Kapazität bestehen bleiben. Deswegen lehnen wir eine Reduzierung von PKW-Fahrspuren auf solchen Straßen ab, auf denen nicht die ausreichenden Kapazitäten auch für Spitzenzeiten nachgewiesen bleiben. Ein generelles Tempo 30 auf sämtlichen Durchgangsstraßen in der Nacht lehnen wir ab. Die angestrebte Neugestaltung der Berliner Straße mit dem Ziel einer Verringerung der Trennwirkung darf nicht zu einer Beeinträchtigung der notwendigen Kapazität der für den innerstädtischen Ost-West-Durchgangsverkehr wichtigsten Achse Berliner Straße/Theatertunnel/Gutleutstraße gerade in Spitzenzeiten führen.
  - Eine Sperrung des nördlichen Mainufers für den innerstädtischen Durchgangsverkehr erfolgt nicht.
  - Zur Förderung des Umstiegs vom Auto auf den ÖPNV im Stadtgebiet ist der Ausbau von bedarfsgerechten Park- & Ride-Plätzen in der Region voranzubringen, sowohl am Stadtrand als auch insbesondere im Umland. Wenn die Kapazität bestehender oder neu zu errichtender Park+Ride-Plätze regelmäßig erschöpft ist, soll – auch unter städtebaulichen Gesichtspunkten – jeweils geprüft werden, ob dort Parkdecks errichtet werden können. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Kommunen im Einzugsgebiet der Stadt.
  - Der ÖPNV ist nur bei bezahlbaren Fahrpreisen attraktiv. Deswegen müssen alle Leistungsausweitungen darauf überprüft werden, ob sie wirklich zu höheren Fahrgastzahlen oder im Gegenteil dauerhaft zu Kostenerhöhungen je Fahrgast führen, und das bestehende Angebot ist unter diesem Gesichtspunkt laufend zu überprüfen. Andererseits muss die Erlösverteilung im RMV auf die beteiligten Kommunen nach dem Verhältnis der echten Kostenbelastungen erfolgen – die Stärkung der Strukturen im ländlichen Raum muss aus Steuermitteln des Lan-

des und nicht aus Fahrkarten des RMV finanziert werden. Eine Finanzierung des ÖPNV aus neuen Abgaben unter dem Etikett einer „Nutzerfinanzierung“, die nichts anderes als eine neue Steuer zur Belastung der Wirtschaft darstellt, lehnen wir ab.

- Die geplante Tarifreform zur Vermeidung von Tarifsprüngen beim kurzen Überfahren der Stadtgrenzen darf nicht dazu führen, dass Fahrten innerhalb des Stadtgebiets verteuert werden.
- Alle Rationalisierungsmöglichkeiten bei den städtischen Verkehrsbetrieben sind zu nutzen. Die erfolgreiche Politik der Ausschreibung von Verkehrsleistungen ist weiterzuführen, die Leistungsfähigkeit "inhouse" vergebener Aufgaben gegenüber dem Wettbewerb konsequent zu beobachten.
- Städtische Straßen sind frühzeitig zu sanieren, damit hohe Kosten durch später notwendige Grundsanierungen vermieden werden und das Kapital der vorhandenen Infrastruktur erhalten bleibt.
- Das Carsharing ist von stark wachsender Bedeutung und von der Stadt zu fördern – jedoch ohne finanzielle Subventionierung –, beispielsweise auch durch Bereitstellung reservierter Plätze in städtischen Parkhäusern. In der Stellplatzsatzung sollen bei verpflichtender Bereitstellung von Carsharing die Anforderungen je Wohnung erleichtert werden. Die Anbieter von Carsharing-Diensten sollen außerdem dazu motiviert werden, ihr Einzugsgebiet, welches sich zurzeit hauptsächlich auf die Innenstadt konzentriert, zu erweitern.
- Die Förderung des Radfahrens und des Radwegeausbaus wird im vernünftigen Umfang fortgesetzt, auch weil dadurch die Straßen für notwendigen Autoverkehr freigehalten werden. Es müssen jedoch die bei zunehmendem Radverkehr immer massiver auftretenden Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmern bewältigt werden.
- Bei aller Sympathie für den wachsenden Fahrradverkehr müssen Fußgänger vor rücksichtslosen Radfahrern geschützt werden: einerseits durch vermehrte Kontrollen des Verbots der Benutzung der Bürgersteige, andererseits durch Sperrung von Zonen mit hohem Fußgängeraufkommen mindestens zu den relevanten Tageszeiten (beispielsweise Zeil während der Hauptladenöffnungszeiten, südliches Mainufer am Nachmittag). In den Parks und Grünanlagen müssen für Radfahrer getrennte Wege ausgewiesen und die Fußgängerwege für Radfahrer gesperrt werden. Das Radfahren auf Radwegen gegen die Fahrtrichtung und auf Gehwegen muss stärker kontrolliert werden, da dies eine immense Gefahr für

die anderen Verkehrsteilnehmer, insbesondere Fußgänger, korrekt fahrende Radfahrer und aus Seitenstraßen kommende PKWs darstellt.

- Die Konflikte mit dem Autoverkehr müssen außerhalb der Wohnstraßen mit Tempo 30-Begrenzung durch Trennung der Wege vermieden werden. Bei wichtigen Durchgangsstraßen, die keinen eigenen Radweg ohne Beeinträchtigung der notwendigen Kapazität für den Autoverkehr erlauben (Beispiele Berliner Straße, Mainzer Landstraße), sind Radfahrer im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten über Parallelwege zu führen.
  - Das Parken von PKWs auf Geh- und Radwegen soll verstärkt kontrolliert werden. Geh- und Radwege sollen wieder Geh- und Radwege werden und nicht länger als Parkplätze missbraucht werden.
  - In Frankfurt sind noch mehr Fahrradständer an gut ausgesuchten Stellen aufzustellen. Dadurch sollen aber nicht Stellplätze ersatzlos wegfallen, insbesondere nicht für das Kurzzeitparken vor Einzelhandelsflächen.
  - Generell sind im innerstädtischen Verkehr die Ampelschaltungen für den Individualverkehr so zu programmieren, dass sie eine hohe Verkehrsdurchlässigkeit ermöglichen und keine sinnlosen Verkehrsverstopfungen hervorbringen.
- **Die Verkehrspolitik soll zur Mobilitätspolitik werden**
    - Frankfurt in seiner Funktion als Verkehrsknotenpunkt muss gestärkt werden.
    - Zur Förderung eines umweltschonenden Individualverkehrs wollen wir im Stadtgebiet die erforderliche Infrastruktur für die Versorgung von Ressourcenschonenden Antrieben (Elektro, Gas) schaffen.
    - Wir wollen mit Hochdruck Maßnahmen wie die Schaffung von Ladestationen im Straßenraum, um elektrisch betriebene Fahrzeuge aufzuladen, vorantreiben.
    - Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Straßeninfrastruktur erhalten und durch intelligente Maßnahmen weiter verbessern
  - **Wir wollen einen attraktiven und preisgünstigen Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV)**
    - Lückenschluss der Stadtbahn zwischen Ginnheim und Bockenheimer Warte mit einer weitgehend oberirdisch verlaufenden Trassenführung und unter Erhalt der Straßenbahnlinie 16. Damit entsteht eine schnelle Verbindung für die nördli-

chen Stadtteile mit der Innenstadt über den Hauptbahnhof, die U-Bahn auf der Eschersheimer Landstraße wird entlastet und das Stadtbahnnetz erhält eine zusätzliche betriebliche Flexibilität für weitere künftige Linienführungen und bei Störungen.

- Bau einer nördlich der Innenstadt verlaufenden Ringstraßenbahn, die eine komfortable ÖPNV-Anbindungen an das weitere Stadtbahnnetz bietet und eine Verbindung zwischen einzelnen Stadtteilen schafft, ohne einen Umweg über die Innenstadt machen zu müssen
  - Wir wollen niedrigere RMV-Fahrpreise für Schüler und Auszubildende.
  - Die Tarifzonen für Pendler sollen im Rahmen einer Tarifreform des RMV optimiert werden. Gerechtere Übergänge an den Tarifgrenzen sind erforderlich.
  - Qualität und Service der VGF sollen weiter verbessert werden. Im ÖPNV ist die generelle Barrierefreiheit sicherzustellen.
  - Wir wollen mehr Sicherheitspersonal in Fahrzeugen und U-Bahnstationen. Dabei kann das Personal gleichzeitig Fahrkarten kontrollieren und so dem Schwarzfahren entgegenwirken.
  - Wir sind für die Einführung des Elektronischen Fahrscheins, der einen einfacheren Zugang zum ÖPNV ermöglicht.
  - Der Nahverkehrsplan wird fortgeschrieben, um den ÖPNV kundenfreundlich weiter auszubauen.
  - Das Park+Ride-Angebot soll gefördert werden, die Geltung des städtischen ÖPNV-Tarifs soll bis zu P+R-Plätzen ausdehnt werden.
- **Verbindungen in die Region ausbauen**
    - Wir wollen die wichtigen Regionalprojekte, wie z.B. die Regional-Tangente-West (RTW) und die nordmainische S-Bahn sowie die Schienenanbindung des Terminals 3 umsetzen.
    - Eine wichtige Aufgabe ist die Verknüpfung des ÖPNV mit dem überörtlichen Autoverkehr durch die Schaffung von Park+Ride-Plätzen am Stadtrand. Wir wollen die Verbindungen im ÖPNV mit der Region ausbauen, um den ÖPNV attraktiver für Pendler und Tagesgäste zu gestalten
    - Der Busbahnhof am Höchster Bahnhof muss zügig realisiert werden um die Bedeutung des Bahnhofs als wichtiger Verkehrsknotenpunkt zu unterstreichen.



Damit einhergehend muss auch die entsprechende Gestaltung der Südseite des Bahnhofs erfolgen.

- Die an der Stadtgrenze zu Neu-Isenburg endende Straßenbahnlinie 17 wird durch Neu-Isenburg bis Dreieich-Sprendlingen verlängert, die an der Stadtgrenze zu Offenbach in Oberrad endende Straßenbahnlinie 16 wird bis in die Offenbacher Innenstadt verlängert. Entsprechende Verhandlungen sind aufzunehmen. Die Dreieichbahn soll tagsüber zumindest stündlich von Dieburg über Ober-Roden und Buchschlag direkt zum Frankfurter Hauptbahnhof fahren, an den Stationen sind Park+Ride-Plätze in ausreichender Zahl vorzusehen.

- **Programm „Parken im Quartier“ aufsetzen**

- Durch die Schaffung von Parkplätzen für Bewohner der innenstadtnahen Wohnquartiere wollen wir die Parkplatzsituation in den Stadtteilen verbessern.
- Durch Quartiersgaragen für Anwohner sollen in mehreren Stadtteilen zusätzliche Parkplätze für Autos von Bewohnern eines Quartiers geschaffen und in der Folge die Aufenthaltsqualität für Menschen im Straßenraum verbessert werden.

- **Einen flüssigen Verkehr ermöglichen**

- Durch sinnvolle Verkehrsführung und Ampelschaltungen sollen die Wartezeiten für alle kürzer werden.
- Wir wollen ein besseres Konzept für den Lieferverkehr.
- Eine optimierte Koordination von Baustellen ist sicherzustellen.
- Der Schilderwald soll abgebaut werden.
- Verkehrsverstöße sollen konsequenter geahndet werden.
- Das Einführen von Tempo 30 ist kritisch zu prüfen und als generelle Maßnahme auf Grundnetzstraßen abzulehnen.

- **Ja zum Radfahren – aber nicht überall!**

- Wir sind für verschärfte Kontrollen von Radfahrern auf Gehwegen.
- Das Radfahren auf der Zeil soll (zumindest in den Einkaufszeiten) verboten werden.
- Das Radfahren gegen die Einbahnstraße soll an gefährlichen Stellen verboten werden.
- Das Radwegenetz soll besser ausgebaut werden - auch um Radfahrer nicht zum Fahren auf Gehwegen zu verleiten.

- Wir wollen ein flächendeckendes Radwegenetz und weitere Fahrradparkplätze im Stadtgebiet schaffen, z.B. eine Fahrradstation an Hauptwache oder Konstablerwache.
  - Gehwege sollen wieder Gehwege werden und nicht länger als Parkplätze oder Radwege missbraucht werden.
- **Lärmschutz ausbauen**
    - Der Verkehrslärm soll gemindert werden, u. a. durch geeignete bauliche Maßnahmen wie dem vermehrten Einsatz von lärminderndem Asphalt.
    - Große Verkehrsinfrastruktur soll nur noch mit Lärmschutz ausgebaut werden.
    - Auch für bestehende große Verkehrsinfrastrukturen werden nachträgliche Lärmschutzmaßnahmen geprüft. Für die Rosa-Luxemburg-Straße wird die seit vielen Jahren notwendige Lärmschutzwand im Bereich der Römerstadt realisiert.
    - Bei der notwendigen Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene setzen wir uns ganz besonders für den Lärmschutz entlang der durch das Stadtgebiet führenden Güterzugstrecken ein.
- **Sanierungsstau abbauen**
    - Wir wollen den Sanierungsrückstand von Straßen und Brücken aufholen. Dazu sollen privatwirtschaftlicher Sachverstand und marktwirtschaftliche Anreize genutzt und neue, für die Stadt vorteilhafte Wege gegangen werden.
- **Projekte umsetzen**
    - Wir stehen für den Bau der Ortsumfahrung Bonames und der Westumgehung Unterliederbach.
    - Die Autobahnanschlussstelle „Bonames“ muss wieder geöffnet werden.
    - Wir wollen die Anbindung der Leunastraße auch in Richtung Flughafen.
- **Sichere Kreuzung schaffen**
    - Der Umbau der Kreuzung Eschersheimer Landstraße/Hügelstraße wird nur unter Erhaltung der unterirdischen Zugänge zu den Bahnsteigen erfolgen.
    - Durch die Einrichtung weiterer oberirdischer Übergänge (Dornbusch) soll die Trennwirkung der U-Bahn in der Eschersheimer Landstraße gemildert werden.

## 2. Planung, Bau und Wohnen

### Dafür stehen wir:

Das konstante Wachstum unserer Heimatstadt Frankfurt in Bezug auf die Einwohnerzahl und die Zunahme der Kaufkraft stellen grundsätzlich eine positive Entwicklung dar, die wir bewusst gestalten müssen und wollen. Es zeigt, dass die Stadt gedeiht und die zahlreichen Arbeitsplätze ebenso wie die hohe Lebensqualität für die Hinzuziehenden sehr attraktiv sind. Damit ist auch die steigende Nachfrage nach Wohnraum verbunden. Die städtische Planungspolitik soll dem Rechnung tragen und die verschiedenen berechtigten Interessen zu einem Ausgleich führen. Die immer knapper werdenden Flächen müssen so unterschiedlichen Nutzungen wie Wohnen, Gewerbe, Industrie, soziale Infrastruktur, Grün, Naherholung, Sport etc. dienen.

Um Miet- und Kaufpreisanstiege für Wohnimmobilien zu bremsen, muss das Wohnflächenangebot erhöht werden. Wir setzen dabei weiterhin auf die Arrondierung bestehender Quartiere, behutsame Nachverdichtungen und die Konversion von nicht mehr genutzten Büro- oder Gewerbeflächen. Die Idee einer überdimensionierten Trabantenstadt für bis zu 16.000 Einwohner auf den ökologisch wertvollen Grün- und Ackerflächen zwischen Harheim, Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach lehnen wir ab. Unser Konzept beruht auf einem organischen, maßvollen Wachstum der Stadtteile, das die Aufenthalts- und Lebensqualität in unserer Stadt nicht schmälern darf, sondern sogar steigern kann.

Das vorhandene Wohnbauland-Entwicklungsprogramm zeigt Reserven für die kommenden Jahre auf, die zügig angegangen werden. Die entsprechenden Aufstellungsbeschlüsse für Bebauungspläne müssen beschleunigt umgesetzt werden, nötigenfalls durch vermehrten Einsatz externer Ressourcen.

Im Mittelpunkt einer Wohnungspolitik in Frankfurt muss der Wunsch der Menschen stehen, zu angemessenen Bedingungen wohnen zu können. Dies ist nur möglich durch ein gutes Zusammenwirken von allen Beteiligten: Investoren, Vermietern, Mietern und Politik. Der Verdrängung von eingesessenen Mietern aus ihren bisherigen Quartieren (Gentrifizierung) muss ebenso entgegengewirkt werden wie möglichen Tendenzen zur Segregation (soziale Entmischung in Wohngebieten).

Unsere wesentlichen Grundlinien für die Kommunalpolitik in Frankfurt im Bereich Planung, Bau und Wohnungsbau, auf deren Basis wir unsere Entscheidungen bei einzelnen Projekten treffen, sind deshalb folgende:

## **Wir wollen, dass Frankfurt ein Wohnort für alle ist**

Wir wollen, dass für alle Bevölkerungsschichten in Frankfurt ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Frankfurt soll als Wohnstandort wachsen, insbesondere um eine gute soziale Mischung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten und um Pendelfahrten zwischen Umland und Kernstadt zu reduzieren. Dazu ist eine aktive Wohnbaulandpolitik erforderlich. Dabei ist der soziale Wohnungsbau ebenso bedarfsgerecht auszubauen wie ein umfassendes Wohnungsangebot für die Mittelschicht zu gewährleisten. Städtische Maßnahmen wie das Mittelstandsprogramm für junge Familien, die Förderung von selbst genutztem Bestandswohneigentum und das Baukindergeld sollen beibehalten werden, um die Wohneigentumsquote zu erhöhen.

Wir wollen darauf hinwirken, dass auch die Gemeinden des Umlands sich am sozialen Wohnungsbau in der Region angemessen beteiligen.

## **Bildung von Ghettos verhindern**

Um Ghattobildung zu vermeiden, müssen einseitige Wohnangebote aus der Nachkriegszeit durch neue, attraktive Wohnformen ergänzt werden. Eine Durchmischung mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten muss Wohnen und Arbeiten im Quartier ermöglichen. Durch Quartiersmanagement, sozialverträgliche Belegung und andere geeignete Maßnahmen, zum Beispiel begleitende Sozialarbeit für Jugendliche, soll das nachbarschaftliche Zusammenleben gestärkt werden und eine Ghattobildung vermieden werden. Gegen Ghettoisierung hilft insbesondere bezahlbarer Wohnraum für Normalverdiener. Eine Konzentration von Sozialwohnungen ist zu vermeiden.

## **Wir wollen eine Stadtplanung, die Frankfurts Attraktivität steigert**

Ziel der Stadtentwicklung ist es, die Attraktivität der Stadt Frankfurt zu erhalten und auszubauen, damit sich Unternehmen hier ansiedeln und auch zukünftige Generationen hier wohnen möchten. Dabei soll die Entwicklung der Stadtteile und Stadtteilzentren besonders gefördert werden. Wir stehen für eine Planungspolitik, die sich an Qualität und nicht an Quantität orientiert. Eine innovative und kreative Planungspolitik stärkt Frankfurts Perspektiven im Wettbewerb der Regionen und Metropolen.

## Das haben wir erreicht:

Im Jahr 2015 haben wir ein Innenstadtkonzept verabschiedet, das die langfristige städtebauliche Entwicklung der City in geordnete Bahnen lenken soll. Der Rahmenplan verfolgt das Ziel, die Attraktivität des Stadtzentrums noch weiter zu steigern; gleichzeitig soll es als Wohnstandort gestärkt und eine sozial ausgeglichene Bevölkerungsstruktur geschaffen werden. Das Innenstadtkonzept ist „interdisziplinär“ und skizziert Entwicklungsperspektiven für das Zentrum in den Bereichen Bebauung, verkehrliche Erschließung und Grünverbindungen.

Die Stadtverordneten der schwarz-grünen Koalition haben dem Magistrat mit einer Prioritätenliste klare Vorgaben gemacht, wie die zentralen Funktionen Handel, Dienstleistungen, Wohnen, Kultur und Freizeit im Stadtzentrum noch weiter gestärkt werden sollen.

Um eine Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt herbeizuführen, hat die Koalition unter unserer Führung in 2014 ein ambitioniertes Wohnbauland-Entwicklungsprogramm für Frankfurt beschlossen, mit dem eine Strategie des „organischen Wachstums“ verfolgt wird. Ihr Kern ist die behutsame und maßvolle Weiterentwicklung bestehender Stadtteile. Darin sehen wir eine städtebaulich und ökologisch vertretbare, zügig realisierbare und entsprechend nachhaltige Lösung, um neuen Wohnraum zu schaffen. Daneben haben wir noch zahlreiche andere Initiativen auf den Weg gebracht, die hier nur stichwortartig genannt werden können:

- Bolongarostraße 109, Bolongaropalast – Sanierung und Neukonzeption
- Potenzialstudie zur Fortführung einer Einhausung der A661 bis zum Erlenbruch: Entscheidungsgrundlagen bereitstellen
- Beschluss zur konsequenten Umsetzung der Standards für barrierefreien öffentlichen Straßenraum
- Rahmenplan Lyoner Viertel
- Umgestaltung Atzelbergplatz
- Richtlinien zur Vergabe von Wohnungsbaumitteln im Frankfurter Programm zur Förderung von Wohnraum für Studierende
- Vorplanungen zur Schäfergasse, Großen Friedberger Straße, Fahrgasse, dem Bereich An der Staufenermauer und Frankenallee
- Neubaugebiet „Am Riedberg“ – Städtebauliches Konzept Niederurseler Hang

- Kostenplanung und Budgeteinhaltung bei Bauvorhaben
- Erhaltungssatzung Ortskern Alt-Bornheim
- Vorplanung zur barrierefreien Neugestaltung der Straßenbereiche um die Westend-Synagoge für Menschen mit Sehbehinderung und Blinde
- Hafenpark, Wiesenband und Honsellplatz
- Neuordnung Gallusanlage
- Ergänzung des gültigen Standard-Raumprogramms für Kindertageseinrichtungen zur Senkung der Baukosten
- Planerische Sicherung des Osthafens für die Wirtschaft (Konzept „Osthafen 2050+“)
- Städtebauliche Entwicklung durch die Einhausung der A 661: Untersuchung zum Verzicht auf Alleenspange und Alleentunnel
- Strukturkonzept zum Erhalt der Siedlung „Mainfeld“ (Niederrad)
- Rekordjahr 2014 mit 4.418 genehmigten Wohnungen – höchster Wert seit 20 Jahren
- Vorplanungen zur Schäfflestraße, zum Bahnhofsvorplatz Rödelheim Westseite, zum Platz an der Dreikönigskirche / zur Illumination der Dreikönigskirche
- Richtlinien zum Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum im Rahmen des Frankfurter Programms zur sozialen Mietwohnungsbauförderung
- Änderung der Richtlinien für das Frankfurter Programm zur energetischen Modernisierung des Wohnungsbestandes, Verbesserung des Wohnumfeldes und Stadtbildpflege
- Erhaltungssatzung Bockenheim II
- Umgestaltung der Großen Friedberger Straße
- Umgestaltung des Platzes an der Friedberger Warte
- Milieuschutz: Konzept zur Förderung einer ausgewogenen Stadtteilentwicklung, um einer übermäßigen Aufwertungs- und Verdrängungsdynamik in innenstadtnahen Quartieren zu begegnen
- Umgestaltung der Bahnhofsvorplätze Höchst Nordseite
- Vorplanung zur Umgestaltung Alt-Nied
- Förderung des gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnens: Richtlinien für die Vergabe von Grundstücken an Wohninitiativen
- Brückenbauprogramm 2015 – 2019

## Das sind unsere Ziele:

- **Stadtteile ergänzen und Neubaugebiete sensibel integrieren**

Ein maßvolles Wachsen der bestehenden Stadtteile durch neue Baugebiete ist der richtige Weg, ein systematische Zubauen des gesamten Stadtgebiets als Wachstum ohne Grenzen der falsche. Die erforderliche Infrastruktur für neue Baugebiete muss dabei rechtzeitig, d.h. vorher geschaffen werden. Bei Neubaugebieten ist die Integration in den bestehenden Stadtteil bzw. das Verhältnis zum Nachbarstadtteil von Anfang an professionell zu begleiten und zu moderieren. Hierzu kann es nötig sein, neue Instrumente zu entwickeln.

Denn: Die Arrondierung bestehender Quartiere und behutsame Nachverdichtungen sind die geeigneten Mittel für ein verträgliches Wachstum der Stadt, nicht zuletzt mit Blick auf notwendige Frischluftschneisen. Bei einem Neubaugebiet bzw. großen Neubauvorhaben muss das Zusammenwachsen mit dem bestehenden Stadtteil bzw. Nachbarstadtteil bewusst und kompetent gefördert werden. Das Ziel heißt: „Miteinander statt nebeneinander!“ Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass Reagieren bei eventuell später auftretenden Problemen deutlich aufwändiger als eine durchdachte Steuerung von Anfang an ist.

- **Günstiges Klima für Bauherren schaffen**

Die Maßnahmen der Stadtpolitik und der Stadtverwaltung, aber auch der Region sind daraufhin auszurichten, dass ein möglichst günstiges Klima für jeden geschaffen wird, der bereit ist, in die Errichtung von neuem Wohnraum und den barrierefreien Ausbau zu investieren. Das schließt den Ausbau und die Aufstockung vorhandener Gebäude ausdrücklich mit ein. Die Kommune muss sich beim Wohnungsbau als Investitionspartner begreifen. Dies gilt umso mehr, als die – auch durch sehr strenge technische Standards bedingten – hohen Baukosten für Investoren auf kommunaler Ebene kaum zu beeinflussen sind.

Denn: Die aktuellen Probleme auf dem Wohnungsmarkt können effektiv und nachhaltig nur durch Neubauten, Nutzungsänderungen, Ausbauten und Aufstockungen von privaten Investoren und großen Wohnungsbaugesellschaften gelöst werden. Wir wollen, dass Wohnungsmieter nach ihren persönlichen Bedürfnissen geeigneten Wohnraum finden können. So wie die Mieter am freien Mietmarkt für Büro-, Einzelhandels- und andere Gewerbeimmobilien eine starke Position und Wahlmöglichkeiten haben, so

wollen wir auch die Wohnungsmieter in eine Position bringen, in der sie als gute Kunden gefragt sind.

- **Genossenschaftliches Wohnen und Eigentumsbildung unterstützen**

Wohnungsgenossenschaften sollen durch die Stadt verstärkt gefördert werden. Die Berücksichtigung von Genossenschaften schon bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen wird angestrebt. Daneben bewerten wir die Bildung von privatem Wohneigentum ebenso positiv wie die Bestellung von Erbbaurechten für junge Familien.

Denn: Wohnungsgenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag, dass Mieten während der Mietzeit für ihre Genossenschaftsmitglieder nur maßvoll steigen. Wir sehen daher den Bau durch Wohnungsgenossenschaften – auch wegen der Eigeninitiative – als eine wichtige Ergänzung zum öffentlich geförderten Wohnungsbau. Als sogenannte „dritte Säule“ neben Eigentum und Mietwohnungen spielen Wohnungsgenossenschaften seit über hundert Jahren in Frankfurt eine wichtige Rolle. Beruhend auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstorganisation, können Genossenschaften Wohnraum auch für den breiten Bereich der Durchschnittsverdiener anbieten, der die Einkommensgrenzen des geförderten Wohnungsbau überschreitet, aber auf dem freien Eigentumswohnungsmarkt nicht über die nötigen Finanzmittel zum Erwerb einer Wohnung verfügt.

- **Professionelles städtisches Hochbau- und Liegenschaftsmanagement**

Die Stadtverwaltung muss in der Organisation des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements gut aufgestellt sein, um den bestehenden und zukünftig eher noch steigenden Bedarf z. B. nach weiteren Schul- und Kindergartenneubauten, nach zeitgemäßen Verwaltungsgebäuden oder Flüchtlingsunterkünften decken zu können, sowie die Gebäude instand halten und wirtschaftlich betreiben zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Schaffung eines zentralen Hochbau- und Liegenschaftsmanagements nötig, das u. a. das Hochbauamt, das Liegenschaftsamt und die entsprechenden Teile des Stadtschulamtes vereint.

Denn: Eine effektive und wirtschaftlichere Aufgabenwahrnehmung im Hochbau- und Liegenschaftsmanagement setzt eine sinnvolle Organisationsstruktur, klare Verantwortlichkeiten und effektive Prozesse voraus.



- **Zielgerichtetes Flächenmanagement und Konversion betreiben**

Stadtverwaltung und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssen ein zielgerichtetes Flächenmanagement betreiben, das der Schaffung von neuem Wohnraum – auch außerhalb der Stadtgrenzen – oberste Priorität einräumt. Gebiete mit gewerblicher Kümmernutzung, soweit sie nicht für industrielle Nutzungen weiterentwickelt werden können, sollen verlagert und für Wohnungsbau freigemacht werden. Das bereits in Arbeit befindliche „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ wird für das geordnete Wachstum unserer Stadt einen klar definierten Rahmen bieten.

Denn: Ein spürbarer Zuwachs an Neubauten von privaten Investoren und großen Wohnungsbaugesellschaften setzt voraus, dass mit Blick auf die Endlichkeit bebaubarer Flächen alle Möglichkeiten in der Stadt und der Region ausgeschöpft werden. Dabei ist der Flächenerwerb durch die ABG Frankfurt Holding – auch außerhalb der Grenzen Frankfurts – als bewusstes Instrument für preisgünstigen Mietwohnungsbau einzusetzen. Hiervon unberührt bleiben die im Masterplan Industrie ausgewiesenen und als erforderlich eingestuften Flächen für industrielle Nutzungen. Der Masterplan wird entsprechenden Eingang in das Integrierte Stadtentwicklungskonzept finden.

- **Sozialen Wohnungsbau weiter fördern und modernisieren**

Bei Wohnneubauprojekten, bei denen die Stadt über Bebauungspläne oder städtebauliche Verträge entsprechend Einfluss nehmen kann, sind weiterhin generell 30 % für den geförderten Wohnungsbau oder Wohnungsgenossenschaften zu reservieren, davon jeweils die Hälfte im zweiten Förderweg. Verfügbare Landesmittel müssen abgerufen werden. Der Zukauf von Belegungsrechten als Instrument soll noch stärker genutzt werden, auch um einen größeren Anteil Bedürftiger erreichen zu können. Generell soll der Anteil geförderten Wohnraums wieder deutlich erhöht werden, um dem Wegfall geförderten Wohnraums wegen ausgelaufener Förderfristen zu begegnen. In öffentlicher Hand befindliche Wohnungsgesellschaften sollen sich weiter auf das Kerngeschäft der Schaffung von preisgünstigem – auch in Form von öffentlich gefördertem – Mietwohnraum konzentrieren.

Denn: Wohnen muss auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in Frankfurt finanzierbar bleiben. Der soziale Wohnungsbau ist deshalb ein wichtiges Merkmal unserer Wohnungspolitik. Auch die Einführung der Fehlbelegungsabgabe durch das Land Hessen ist in diesem Zusammenhang ein richtiger Schritt.

Der soziale Wohnungsbau in der traditionellen Form ist zwar ein funktionierendes Instrument, um Wohnen in einem Umfeld hoher Mieten auch für Menschen mit kleinen

und mittleren Einkommen möglich zu machen. In Zeiten rasant steigender Mieten, bei gleichzeitig angespannter öffentlicher Haushaltslage, ist es aber geboten, stärker nach Mitteln zu suchen, die mit vertretbarem Aufwand eine zielgenauere Förderung einer größeren Zahl Bedürftiger möglich machen. Dies können etwa Belegungsrechte, die für Personen verwandt werden, die sonst keinen Wohnraum finden, leisten.

Die öffentlichen Wohnungsgesellschaften sollen sich weiter auf ihr Kerngeschäft der Bereitstellung preisgünstigen und geförderten Wohnraums konzentrieren und diesen Bereich ausbauen.

- **Frankfurter Mittelstandsprogramm für Familien und Senioren ausbauen**

Das Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau („Mittelstandsprogramm“) hat sich als Instrument zur sozialen Förderung im Bereich des Mietwohnungsbaus bewährt und soll fortentwickelt werden.

Denn: Neben dem sozialen Wohnungsbau im engeren Sinn wollen wir auch das Mittelstandsprogramm weiter entwickeln, weil gerade mit den Zielgruppen „Familien“ und „Senioren“ eine wichtige soziale Aufgabe erfüllt wird. Diese und andere Bevölkerungsteile haben oft keinen Anspruch auf eine Wohnung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, obwohl sie aufgrund der kleinen und mittleren Einkommen trotzdem Schwierigkeiten haben, auf dem freien Wohnungsmarkt zu angemessenem Wohnraum zu kommen. Genau diese Lücke füllt das Frankfurter Mittelstandsprogramm.

- **Frankfurter Programm für Menschen mit Behinderungen aufsetzen**

Wir wollen ein Programm zur Förderung von Wohnformen für Menschen mit Behinderungen aufsetzen.

- **Regionalen Aktionsplan erstellen**

Ein regionaler Aktionsplan „Wohnungsneubau“ ist zu erstellen. Frankfurt kann die Probleme, die sich aus der Attraktivität des Rhein-Main-Gebietes ergeben, nicht allein auf seinem Gemeindegebiet lösen. Potenziale, die in der Zusammenarbeit mit den Frankfurter Nachbargemeinden liegen, müssen noch stärker genutzt werden.

Denn: Frankfurt am Main ist als Kernstadt der Region unter den deutschen Großstädten die kleinste Flächenstadt. Dies ist das Ergebnis der unter der SPD-Regierung in Hessen in den 70er Jahren durchgeführten Kommunalen Gebietsreform, die angrenzenden Gemeinden Flächen zuwies, die heute als Bauland der Stadt Frankfurt nicht zur Verfügung stehen.

Eine dauerhafte Lösung der Wohnungsnachfrage muss deshalb gerade auch auf der Ebene der Rhein-Main-Region gefunden werden. Aufgabe des Landes ist es, hier regulierend einzugreifen, um einen regionalen Konsens von Wohnungsbau, Gewerbesiedlung und verkehrlicher Infrastruktur zu erzielen. Frankfurt als wachsende große Stadt kann nicht zur hochverdichteten Metropole zulasten der Lebensqualität in der Kernstadt umstrukturiert werden. Deshalb sind vermehrt regionale Planungsansätze mit und von den Kommunen zu entwickeln, die sowohl das Bevölkerungswachstum als auch wirtschaftliche Ansiedlungen berücksichtigen.

- **Mögliche Einhausung der A 661 und Ernst-May-Viertel planen**

Die mögliche Einhausung der A 661 und die Entwicklung des sog. Ernst-May-Viertels sind einzigartige Chancen, die schwierige Situation aus Autobahn und angrenzenden Stadtteilen durch eine kreative Lösung zu verbessern, die außerdem neue Wohngebiete schafft.

Denn: Die ungünstige Topografie in diesem Teil Frankfurts wie auch das gleichzeitige Bedürfnis, neue Baugebiete auszuweisen, lassen es städtebaulich sinnvoll erscheinen, die Planung des Großprojekts „Einhausung der A 661 und Ernst-May-Viertel“ weiter voranzutreiben. Im Rahmen der zunehmenden Konkretisierung muss entschieden werden, welche Varianten möglich sind und ob sie die Stadt finanzieren kann.

- **Durch behutsame Verdichtung mehr Wohnraum schaffen**

Wir stehen für eine Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raums, eine behutsamen Nachverdichtung und die Schaffung von mehr Wohnraum.

- **Innenstadtkonzept umsetzen**

Das beschlossene Innenstadtkonzept soll zügig umgesetzt werden. Dabei darf die generelle Zielsetzung, die trennende Wirkung der Berliner Straße für den Fußgängerverkehr zu reduzieren nicht das in diesem Fall noch wichtigere Ziel gefährden, die Kapazität der Berliner Straße als wichtigster Ost-West-Verbindung durch die Innenstadt für den innerstädtischen Durchgangsverkehr auch in Spitzenzeiten zu sichern; dafür müssen innovative Lösungen gesucht werden. In der unmittelbaren Nachbarschaft der Innenstadt wollen wir den Bau des bereits seit langem beschlossenen Brückenturms an der Alten Brücke durch den Brückenbauverein, der mit der Finanzierung des Goldenen Gickels und der Karlsstatue wichtige Vorleistungen er-

bracht hat, durchsetzen – dabei werden die berechtigten Interessen des Rudervereins angemessen berücksichtigt.

- **Programm „Starke Mitte – Starke Stadt“ realisieren**

Für die Stärkung der Attraktivität der Frankfurter Innenstadt wollen wir entlang der Zeil die Bereiche an der Hauptwache und der Konstablerwache baulich umgestalten. Diese beiden zentralen Plätze sind urbane Aktionsflächen und verdienen eine deutliche Aufwertung. Ergänzt um zusätzliche Maßnahmen der Sicherheit und Sauberkeit wollen wir Frankfurts City zu einem noch attraktiveren Stadtzentrum fortentwickeln.

- **Entwicklungskonzept für Kleingärten im Stadtgebiet aufstellen**

Gemeinsam mit der Stadtgruppe Frankfurt der Kleingärtner e.V. soll ein Konzept erarbeitet werden, das auf der Basis einer Bestands- und Bedarfsanalyse die Entwicklungsperspektiven für die Kleingärten in Frankfurt aufzeigt. Es soll den voraussehbaren Bedarf auch unter Berücksichtigung des Wachstums der Stadt mindestens im selben Maß wie bisher abdecken und – soweit stadtplanerisch verträglich – die bewährten Standorte erhalten. Damit soll zudem eine Grundlage für die weitere Stadtentwicklungsplanung gewonnen werden.

Denn: Die zahlreichen laufenden Bebauungsplanverfahren der Stadt Frankfurt zeigen, dass die Kommune ihrer Planungshoheit und -verantwortung gerecht wird. Die konsequente Neuausweisung von Bauland gerade für den Wohnungsbau ist die richtige, zukunftsweisende Antwort auf die derzeitige Lage am Wohnungsmarkt. In diesem Zusammenhang muss auch die Frage beantwortet werden, welchen Platz die wichtige und bereichernde Tätigkeit der Frankfurter Kleingärtner in den Zukunftsplänen der Stadtverwaltung einnehmen soll. Die Kleingartenanlagen dienen nicht nur der Naherholung der betreffenden Bürger und einer ökologisch wertvollen Pflege der Grünbereiche, sondern im Rahmen der Vereinstätigkeit auch der Integration von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Traditionen.

- **Frankfurter Campus-Meile als städtische Struktur entwickeln**

Ein erster konzeptioneller Ansatz für die weitere Entwicklung der Frankfurter Campus-Meile ist zu entwerfen. Durch diese städtebauliche Struktur sind mehrere namhafte wissenschaftliche und wirtschaftliche Institutionen miteinander verbunden. Dabei soll geprüft werden, ob die Ausarbeitung eines Master-Plans zusammen mit den Institutionen erfolgen kann.

Denn: Mit dem Neubau der Frankfurt School of Finance & Management auf dem Gelände der ehemaligen Oberfinanzdirektion ist der richtige Zeitpunkt gekommen, diese Campus-Meile entlang des Frankfurter Alleenrings als neue Struktur zu begreifen und bewusst zu entwickeln. Hier hat sich ein Cluster der Wissenschaft etabliert, der zum vernetzten Standort für Innovation und Fortschritt ausgebaut werden soll. Ein solcher Prozess kann nicht allein von der Stadt initiiert werden, sondern muss von den beteiligten Institutionen aus Forschung und Lehre aufgegriffen werden. Ein Master-Plan könnte die vielen kreativen Ideen zu diesem Thema bündeln und zu einer fortlaufenden Diskussion der Akteure beitragen. Die zukünftigen Überlegungen zur Stadt-, Verkehrs- und IT-Planung in Frankfurt sollen die Campus-Meile als zusammenhängende Struktur fördern und entwickeln.

- **Bürgerservice – Erreichbarkeit, Informationsbereitstellung und Bürgerbeteiligung**

**Online:**

Wir streben eine Ausweitung der städtischen Onlinedienste und -angebote an, um den Bürgerinnen und Bürgern einen zeitgemäßen Bürgerservice zu bieten und ihnen zeitraubende Behördengänge zu ersparen. Es muss grundsätzlich gelten „Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger.“

Ebenso müssen digitale Bürgerbeteiligungsangebote wie "Frankfurt fragt mich" weiter vorangetrieben und von der Stadtverwaltung noch stärker genutzt werden. Das Internet ist für viele Menschen das zentrale Kommunikationsmedium geworden. Hierauf muss sich eine moderne Stadtverwaltung einstellen.

**Offline:**

Das Angebot der einheitlichen Behördenrufnummer 115 muss weiter ausgebaut und noch stärker ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gebracht werden. Der telefonische Kontakt zur Verwaltung ist nämlich der schnellste, unkomplizierteste und damit für die Kunden angenehmste Zugang zu dem Serviceangebot der Stadtverwaltung.

Ein schneller Internetanschluss ist heute sowohl im privaten als auch beruflichen Umfeld unabdingbar. Wer zeitgemäß kommunizieren oder arbeiten will, braucht dafür hohe Bandbreiten. Frankfurt verfügt bereits heute über ein überdurchschnittlich performantes Datennetz. Dennoch ist ein kontinuierlicher Ausbau erforderlich, da sowohl die Stadt selbst als auch die technischen Standards weiter wachsen. Daher sind die Internetprovider

in ihren Ausbauaktivitäten weiter intensiv zu unterstützen. Bürokratische, technische und finanzielle Hürden sind, soweit möglich und nötig, abzubauen, um Ausbauprojekte zu beschleunigen und entsprechende Infrastrukturinvestitionen attraktiv zu machen.

## **VII. Für ein sicheres Frankfurt**

### *Dafür stehen wir:*

Frankfurt ist eine sichere Stadt. Dies belegen Kriminalitätsstatistik und die seit Jahren hohe Zufriedenheit der Frankfurter Bevölkerung. Frankfurt ist auch eine weltoffene und liberale Stadt, in der die freie Entfaltung des Einzelnen durch restriktive Maßnahmen nicht über Gebühr eingeschränkt wird.

Dass in Frankfurt Sicherheit und Ordnung mit individueller Freiheit derart gut in Einklang stehen, ist nicht zuletzt Erfolg der CDU, die in Stadt und Land seit vielen Jahren eine verantwortliche Sicherheitspolitik betreibt.

Sicherheit und Ordnung gehören zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Eine internationale Großstadt wie Frankfurt, die von Vielfalt und vom Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen, von Jung und Alt geprägt ist, bedarf des allseitigen Vertrauens in ein friedliches Miteinander, um ihr Potential als Metropole und Ort urbaner Lebensqualität voll zu entfalten. Sie ist in besonderem Maße darauf angewiesen, dass ihre verschiedenen Kulturen und sozialen Schichten füreinander Respekt, Toleranz und Wertschätzung aufbringen. Wir lehnen jede Form von Extremismus ab. Es ist auch nicht sinnvoll, darüber zu streiten, welche Form des Extremismus gerade die bedrohlichste ist. Denn jede Form des Extremismus, sei sie politisch links oder rechts, religiös, kulturell oder anders motiviert, bedroht den Frieden und die Sicherheit unserer Gesellschaft. Und jede Art von Extremismus nimmt an Bedrohung zu, wenn man ihr nicht rechtzeitig entgegen tritt. Daher verdienen nach unserer Ansicht alle Formen des Extremismus gleichermaßen hohe Aufmerksamkeit und konsequente Bekämpfung. Leider stellt uns der islamistische Extremismus derzeit vor besondere Herausforderungen. Selbstverständlich dürfen wir unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht unter Generalverdacht stellen oder sie gar für das Handeln Einzelner verantwortlich machen. Aber wir sollten ihre Unterstützung bei der Verteidigung unseres Rechtsstaats und der freiheitlich demokratischen Grundordnung unserer Gesellschaft einfordern. Wir sind überzeugt, dass jede Toleranz gegenüber

religiösem Extremismus schädlich wäre und dass insbesondere das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religionen und die gegenseitige Akzeptanz es erfordern, dass Alle mit gleichem Maß gemessen werden. Das Fehlverhalten Einzelner darf daher nicht mit Verweis auf deren Religionszugehörigkeit relativiert oder gar entschuldigt werden. Auch halten wir es für erforderlich, einer Ausbreitung des Islamismus in unserer Stadt präventiv entgegen zu wirken und Parallelgesellschaften konsequent aufzubrechen. Hierbei sind wir auch auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz angewiesen.

Die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten, ist daher eine besonders wichtige staatliche und städtische Aufgabe, der sich die CDU auch in Zukunft stellen wird. Darunter verstehen wir nicht nur die Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, sondern auch die Förderung von Sauberkeit und Ordnung des öffentlichen Raums und des subjektiven Sicherheitsempfindens der Menschen, das städtebauliche Vermeiden von Angsträumen, sowie eine Atmosphäre des allgemeinen Respekts, der Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft.

Wir sind besorgt über die zunehmende Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten. Die Frankfurter Polizei hat sich in den vergangenen Jahren durch ein besonderes Maß an Besonnenheit und Verhältnismäßigkeit beim Einsatz repressiver Mittel ausgezeichnet. Dies verdient unseren Dank und unsere Wertschätzung.

Ebenfalls besorgniserregend ist die zunehmende Gewalt gegen Sachen und Vandalismus. Dies ist oft Ausdruck einer Verrohung der betreffenden Täter, die nicht selten Ankündigung schlimmerer Straftaten ist. Auch verdienen es die Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, sie vor Vandalismus schützen, auch deswegen, weil sie als Steuerzahler täglich hart arbeiten, um der Stadt Einrichtung und Pflege öffentlicher Anlagen und Einrichtungen zu ermöglichen. Gewalt gegen Sachen und Vandalismus dürfen daher keinesfalls verharmlost werden, sondern sollten auch im Interesse wirksamer Prävention konsequent geahndet werden.

Nach unserem Verständnis besteht Sicherheitspolitik jedoch nicht allein aus Reglementierung und Kontrolle. Mindestens ebenso wichtig sind für uns die Förderung allgemeiner Einsicht in die Notwendigkeit unserer Rechtsordnung für ein friedliches Miteinander, Maßnahmen der Prävention sowie eine Politik des sozialen Ausgleichs.

Politik kann jedoch nur Rahmenbedingungen setzen und einen Beitrag zu Sicherheit und Ordnung leisten. Dass Frankfurt eine sichere Stadt ist, ist vor allem den vielen Menschen zu verdanken, die haupt- und ehrenamtlich für die Sicherheit in unserer Stadt arbeiten. Hierzu zählen Landes- und Stadtpolizei, freiwillige Polizeihelfer, Berufs- und Freiwillige Feuerwehren, die Institutionen der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) wie Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter, Rettungshundestaffel, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser und DLRG sowie die Präventions- und Regionalräte. Nicht zuletzt zählen dazu aber auch alle Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Verantwortungsbewusstsein, die bereit sind, spontan zu helfen und zu schützen. Ihnen Allen gebührt unser besonderer Dank!

Ein Beispiel unserer zukunftsorientierten Sicherheitspolitik ist die Errichtung des Feuerwehr- und Rettungstrainingscenter (FRTC). Auf rund 20.000 qm finden Angehörige der Feuerwehr und Rettungsdienste ideale Bedingungen zur theoretischen und praktischen Schulung ihrer Fähigkeiten. Das Zentrum ermöglicht die Aus- und Fortbildung der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Frankfurt sowie der im Katastrophenschutz engagierten Hilfsorganisationen. Darüber hinaus wurden die Arbeitsbedingungen für die Rettungskräfte u. a. durch den Neubau zahlreicher Feuer- und Rettungswachen und Feuerwehrhäuser weiter verbessert. Nach dem Erfolg des „Haus des Jugendrechts“ in Höchst ist es gelungen, nun auch im Mertonviertel ein zweites Haus des Jugendrechts zu eröffnen. Somit ist sichergestellt, dass durch die Zusammenarbeit von Jugendgerichtshilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft unter einem Dach kürzere Prozesse und eine schnellere Sanktionierung straffällig gewordener Jugendlicher erreicht werden.

Zusammen mit den Beratungsstellen zur Berufs- und Schuldnerberatung erhöht dies auch die Effektivität präventiver Maßnahmen und sorgt für eine merkliche Reduzierung von Jugendstraffälligkeit. Die Erhöhung der Präsenzzeit der Stadtpolizei im Außendienst hat dazu geführt, dass mehr Stadtpolizisten „auf der Straße“ für die Frankfurter Bürger ansprechbar sind und bei auftretenden Problemen schnell und effektiv eingreifen können. Der beständige Ausbau des Projektes „Noteingang für Kinder“ durch den Präventionsrat in den Stadtteilen stellt sicher, dass Kinder in nunmehr über 1.000 Geschäften, Betrieben etc. in Notfällen Hilfe erhalten. Für eine Verbesserung des Wohnumfeldes hat insbesondere die erfolgreiche Verhinderung der Neuansiedlung von Spielhallen gesorgt.



## **Wir wollen, dass sich in Frankfurt alle sicher fühlen**

Wir wollen den erfolgreichen Weg zu einer sicheren Stadt fortsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit ihren alltäglichen Kriminalitätsproblemen von den Sicherheitsbehörden ernst genommen werden. Ziel ist stets schnelle und unbürokratische Hilfe. Die bewährte enge Kooperation der Stadtpolizei mit dem Polizeipräsidium Frankfurt soll fortgeführt und partnerschaftlich weiterentwickelt werden. Eine intensive und enge Zusammenarbeit ist insbesondere an einigen Brennpunkten wie dem Bahnhofsviertel erforderlich.

### *Das haben wir erreicht:*

- **Sicherheit und Ordnung**

- 3. Baustufe Projekt „Sicherheit & Service“ der VGF: 16 oberirdische U- und Straßenbahnstationen mit Videoüberwachung und Notrufsäulen ausgestattet
- Neue zentral gelegene Innenstadt看ache der Stadtpolizei in der B-Ebene der Haupt看ache
- Neue Wache der Stadtpolizei im Frankfurter Westen (Albanusstraße 38)
- Kooperation mit der Landespolizei zur Sicherstellung des vorgeschriebenen Schießtrainingsbetriebes der Stadtpolizei
- Neubeschluss Gefahrenabwehrverordnung
- Interkulturelle Schulungen für die Bediensteten der Stadtpolizei
- Neue Sperrzeitverordnung für Spielhallen
- Neue Bebauungspläne verhindern die weitere Ansiedelung von Spielhallen
- 10-Punkte-Plan gegen Gewalt auf Sportplätzen
- Räumung des Occupy-Camps
- Runder Tisch „Friedberger Platz“: Durchsetzung der Nachtruhe und Erhalt der Stadtteilbegegnung zum Freitagsmarkt Feuerwehr /Rettungsdienst
- Neubau von Feuerwehrhäusern u. a. für die Freiwilligen Feuerwehren Sachsenhausen und Eschersheim
- Neubau Feuerwehrbereichswache 30 in Sossenheim
- Neubau Feuerwehrbereichsleitungswache 3 in Nied
- Neubau Feuerwehrbereichswache 20 Gateway Gardens
- Sieben neue Fahrzeuge für die Freiwilligen Feuerwehren

- Sicherstellung der Finanzierung zur Anschaffung von 10 neuen Drehleiterfahrzeugen der Berufsfeuerwehr
  - Anschaffung neuer Atemschutzlogistik (Helme und Atemschutzgeräte)
  - Einführung des Digitalfunks
  - Anschaffung von 641 zusätzlichen Feuerlöschern für die Kitas
  - Neubau Zentrales Katastrophenschutzlager am Marbachweg
  - Ausarbeitung Schutzziel Rettungsdienst
  - Senkung der Gebühren für den Rettungsdienst
  - Sanierung der DLRG-Wasserrettungswache am Mainufer
  - Brückenschlag des Technischen Hilfswerkes (THW) über den Main am Katastrophenschutztag zur Förderung des Ehrenamtes aller Rettungs- und Hilfsorganisationen
- **Prävention**
    - Kampagne „Voll nüchtern“ gegen Alkoholkonsum Jugendlicher
    - Zertifikat „Zivilcourage fördernde Firma“ für städtische Gesellschaften und Eigenbetriebe im Rahmen der Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“
    - Auszeichnung der Stadt Frankfurt am Main mit dem Förderpreis der Stiftung Kriminalprävention für kriminalpräventive Projekte mit deutschlandweitem Modellcharakter

### Das sind unsere Ziele:

- **Bewältigung von Armutseinwanderung**

Die im Zusammenhang mit der zunehmenden Armutseinwanderung festzustellenden Probleme sind von der Stadt Frankfurt nicht alleine zu lösen. Wir begrüßen den vom Magistrat eingeschlagenen Weg, ordnungsrechtliche mit sozialpolitischen Maßnahmen zu kombinieren und durch enge Abstimmung wie bspw. im Rahmen des dezernats- und behördenübergreifenden „Runden Tisches“ das für Frankfurt Mögliche zu leisten. Wir sehen aber auch Land und Bund in der Pflicht, den Kommunen bei dieser schwierigen Aufgabe zu helfen.

- **Weiterentwicklung der Gefahrenabwehrverordnung**

Es ist eine zentrale Aufgabe kommunaler Sicherheitspolitik, die Sicherheitskräfte mit der erforderlichen rechtlichen Handhabe auszustatten. Das Hessische Gesetz über die öffent-

Beschluss Kreisparteitag 16.01.2016

liche Sicherheit und Ordnung (HSOG) erlaubt den Gemeinden hierzu den Erlass von Gefahrenabwehrverordnungen.

Die Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Frankfurt hat sich bewährt und ermöglicht Polizei- und Ordnungskräften in vielen Fällen Missständen bereits entgegen zu wirken, bevor Straftaten begangen werden. Dies gilt bspw. für das nunmehr verbotene aggressive Betteln.

Die geltende Gefahrenabwehrverordnung sollte überprüft und aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Dabei sollte zunehmend problematischen Erscheinungen entgegen gewirkt werden, wie einem übermäßigen Alkoholkonsum in öffentlichen Verkehrsmitteln und an besonders belasteten öffentlichen Orten oder das lagernde Betteln an Hauseingängen. Neben dem Verbot des aggressiven Bettelns muss auch das organisierte Betteln unterbunden werden.

- **Nutzung moderner Videotechnik**

Erfahrungen zeigen, dass bereits die Gegenwart von Videotechnik Straftaten verhindern kann. Zudem helfen Videoinstallationen bei der Aufklärung von Straftaten und helfen Opfern bei der Durchsetzung von Schmerzensgeld- und Schadensersatzansprüchen.

Wir halten daher den verantwortungsvollen, ggf. auch befristeten, Ausbau von Videotechnik an Gefahrenschwerpunkten für richtig. Dabei ist darauf zu achten, dass Videoinstallationen gut erkennbar sind. Dies steigert ihre präventive Wirkung und dient der Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht unerkannt beobachtet fühlen sollen. Auch sind hohe Anforderungen an den Datenschutz zu stellen und Aufzeichnungen nach angemessener Zeit zuverlässig zu löschen.

- **Förderung einer fairen Demonstrationskultur**

Frankfurt ist eine weltoffene und liberale Stadt und besitzt eine besondere demokratische Geschichte. Die Frankfurterinnen und Frankfurter haben oft bewiesen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung in Frankfurt zu Hause ist und dass auch die Kundgabe stark abweichender Meinungen akzeptiert wird, sofern sie gewaltfrei stattfindet.

Wir unterstützen die Frankfurterinnen und Frankfurter in diesem Anliegen und werden uns gemeinsam mit Magistrat und den Sicherheits- und Ordnungsbehörden auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Menschen in dieser Stadt von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung ungehindert Gebrauch machen können. Nach unserer Überzeugung obliegt es in einer rechtsstaatlichen Gesellschaft ausschließlich den Gerichten und nicht etwa dem Ein-

zelen, darüber zu entscheiden, ob die Meinung Andersdenkender vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt ist oder nicht.

Da das Recht auf freie Meinungsäußerung jedoch stets mit anderen Grundrechten in Einklang zu bringen ist, lehnen wir jeden Missbrauch des Demonstrationsrechts ab. Für die freie Meinungsäußerung ist es nicht erforderlich, andere in ihren Freiheiten einzuschränken. Dauerbesetzungen des öffentlichen Raums, wie durch das Occupy-Camp oder Versuche einer Blockade der Frankfurter Innenstadt 2012 durch Blockupy, sind den Menschen in dieser Stadt nicht zuzumuten und dürfen daher nicht geduldet werden.

- **Verantwortungsvoller Umgang mit Spielhallen und Glücksspiel**

Erfahrungen zeigen, dass die geographische Häufung von Spielhallen und Glücksspiel eine Abwärtsdynamik in Gang setzen kann, die dazu geeignet ist, einem Stadtteil nachhaltig zu schaden. Die Stadt Frankfurt hat daher beschlossen, die Ansiedelung von Spielhallen nicht dem Zufall zu überlassen und Neuzulassungen restriktiv zu handhaben. Wir unterstützen diesen Weg und regt an, die Möglichkeiten des Hessischen Spielhallengesetzes dabei konsequent zu nutzen.

- **Kampf gegen Extremismus**

Die islamistischen Rekrutierungserfolge an Frankfurter Schulen zeigen, dass die Anstrengungen zur Deradikalisierung von Jugendlichen und die Früherkennung extremistischer Umtriebe verstärkt werden müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schulen und Sozialeinrichtungen müssen sensibilisiert und fortgebildet werden, damit sie lernen, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und in der Lage sind die Sicherheitsbehörden zu informieren.

Die muslimischen Gemeinden in unserer Stadt bitten wir eindringlich, ihre Religion vor der Vereinnahmung durch Extremisten zu schützen und Salafisten und anderen extremistischen Gruppierungen in den eigenen Reihen entschieden entgegen zu treten. Die Stadt sollte die muslimischen Gemeinden beim Aufbau einer geeigneten Jugendarbeit unterstützen, um eine Verführung Jugendlicher durch vermeintlich attraktive extremistische Angebote zu verhindern.

- **Stadtpolizei**

Die 2007 gegründete Frankfurter Stadtpolizei hat sich als wichtiger Bestandteil der städtischen Sicherheitsstruktur etabliert und nimmt unerlässliche Aufgaben mit hoher Kompetenz wahr. In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Landespolizei gewährleistet sie ein

nahtloses Ineinandergreifen kommunaler und staatlicher Polizeiarbeit und leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zu Frankfurts Sicherheit. Damit die Stadtpolizei dies auch in Zukunft leisten kann, bedarf es auch weiterhin hoher Ausbildungs- und Ausrüstungsstands, einschließlich der für eine Polizei unerlässlichen Befähigung zum Tragen von Dienstwaffen. Deshalb befürworten wir den Bau des Stadtpolizei-Trainingszentrums sowie die Ausrüstung mit Digitalfunk, der eine noch engere Zusammenarbeit mit Landespolizei und Feuerwehr ermöglichen wird.

Da die sicherheitspolitischen Herausforderungen der stark wachsenden und internationalen Stadt zunehmen, werden wir eine personelle Stärkung der Stadtpolizei herbeiführen. Dabei sollte auch die Förderung interkultureller Kompetenz eine wichtige Rolle spielen. Bereits die Erhöhung der Präsenz in Innenstadt und Stadtteilen könnte einen wertvollen Beitrag zur Steigerung objektiver und subjektiver Sicherheit leisten. Auch eine Zusammenlegung der derzeit auf zwei Ämter verteilten Stadtpolizei könnte sinnvoll sein. Sie würde die Effizienz steigern und die Bürgerinnen und Bürger von unnötigen Verwaltungskosten entlasten.

- **Freiwilliger Polizeidienst**

Der Frankfurter Freiwillige Polizeidienst hat sich seit seiner Einführung 2007 bewährt und leistet nach einer jüngst durchgeführten Evaluation einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in unserer Stadt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freiwilligen Polizeidienstes sind meist zu Fuß in den öffentlichen Anlagen unterwegs und dazu ausgebildet, sicherheitsrelevante Situationen rasch zu erkennen, das zuständige Polizeirevier schnell zu informieren oder selbst Hilfe zu leisten. Sie sind an ihren blauen Jacken mit dem Wappen des Landes Hessen und dem Aufdruck "Freiwilliger Polizeidienst" gut zu erkennen und stärken dadurch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Wir befürworten perspektivisch eine Ausweitung des Freiwilligen Polizeidienstes sowie angemessene Maßnahmen, die seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer Arbeit unterstützen. Um das hohe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Qualität der Frankfurter Polizeiarbeit nicht zu gefährden, halten wir es für richtig, auch in Zukunft hohe Anforderungen an die Eignung der Bewerber für stellen.

- **Brand- und Katastrophenschutz**

Frankfurt stellt als Straßen- und Schienenverkehrsknotenpunkt, seinem Flughafen, seiner Funktion als internationale Wirtschaftsmetropole mit Messe, Banken, verarbeitenden und

chemischen Industrie sowie angesichts seiner in Deutschland einmaligen Hochhausbebauung besondere Herausforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz. Die Frankfurter Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren sind diesen Herausforderungen dank ihrer außergewöhnlichen Leistungsfähigkeit gewachsen. Das soll so bleiben!

Wir werden uns daher auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren ihre Leistungsfähigkeit auf höchstem Niveau halten. Hierzu bedarf es hervorragender Ausrüstung, anspruchsvoller Ausbildung und umfangreicher Trainingsmöglichkeiten.

Wir freuen uns, dass uns die Realisierung des 2013 in Betrieb genommenen Feuerwehr- und Rettungstrainingscenters (FRTC) gelungen ist. Die zügige Einführung des Digitalfunks wird die Leistungsfähigkeit der Frankfurter Feuerwehren weiter stärken. Das von uns geförderte Taktische Feuerwehrkonzept 2020 (Staffelkonzept) hat sich bereits jetzt bewährt. Es hat bspw. durch die enge Verzahnung von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, die optimierte Wach- und Standortauswahl und die Erhöhung des Erreichungsgrads der Brandschutzziele die Brandschutzarbeit in Frankfurt nochmals deutlich verbessert. Wir sprechen uns daher dafür aus, das Taktische Feuerwehrkonzept 2020 weiter umzusetzen.

Frankfurts Brandschutz wird auch von Freiwilligen gewährleistet, die einen großen Teil ihrer Freizeit für Bereitschaftsdienst und Einsatz opfern. Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich und die Gewinnung von Nachwuchs bedarf daher besonderer Aufmerksamkeit. Erfreulicherweise haben in Frankfurt weder die Freiwilligen Feuerwehren noch die Berufsfeuerwehr Nachwuchssorgen, was Frankfurt von vielen hessischen Kreisen und Gemeinden unterscheidet. Damit dies so bleibt, muss die Jugendarbeit der Frankfurter Feuerwehren gefördert werden. Auch sollte versucht werden, bisher unterrepräsentierte Bevölkerungskreise wie bspw. Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund für den Feuerwehrberuf zu begeistern. Dazu können Modellprojekte der Stadtjugendfeuerwehr zur Brandschutzerziehung an Schulen einen wertvollen Beitrag leisten. Haupt- und nebenamtlich Tätige im Brand- und Katastrophenschutz verdienen mehr Respekt für ihre geleistete Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung als Motivation für die Zukunft. Denn diese Gefahrenabwehr hat weiterhin höchste Bedeutung. Wir wollen deshalb das bestehende System von Berufsfeuerwehr, Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen weiter ausbauen. Frankfurt braucht hoch motivierte und auf höchstem Niveau ausgebildete Helferinnen und Helfer, die mit einer modernen Ausstattung ausgerüstet sind, um schnell und effektiv Hilfe leisten zu können. Die Stadt soll weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen bleiben.

- **Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen**

Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter, Rettungshundestaffel, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser und DLRG haben sich mit den Frankfurter Feuerwehren vor Jahren zur Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) zusammengeschlossen. Die AGFH ist ein bundesweit einmaliger Verbund und die partnerschaftliche Zusammenarbeit dieser Hilfsorganisationen fördert Frankfurts Sicherheit in besonderem Maße. Die Unterstützung der AGFH hat für die CDU Fraktion einen besonders hohen Stellenwert.

Wir wollen die privaten Unternehmen in Frankfurt sensibilisieren hinsichtlich der Bedeutung der in der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen freiwillig Tätigen. In diesen Fällen besteht eine besondere Unterstützungspflicht. Ein Werbe- und Öffentlichkeitskonzept für die Freiwilligen Feuerwehren wird unterstützt. Dazu gehören Tage der offenen Tür, Werbung bei Jugendlichen und bei Migrantengruppen sowie eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten.

Der Finanzrahmen von 10.000 € für eigene Maßnahmen bei der Arbeitsgemeinschaft Freiwilliger Hilfsorganisationen (AGFH) wird beibehalten. Wir unterstützen die Schaffung eines eigenen Übungsgeländes für die Hilfsorganisationen (AGFH) auf dem Gelände des BKRZ (Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum).

Die Rückführung der Rettungsdienststruktur in die organisatorische Einheit wird aktiv begleitet.

- **Prävention**

Präventionsarbeit ist vorausschauende Sicherheitspolitik und jede verhinderte Straftat ein sicherheitspolitischer Erfolg.

Bereits im Oktober 1997 haben der Frankfurter Präventionsrat und das Polizeipräsidium eine Kampagne mit dem Titel „Gewalt-Sehen-Helfen“ ins Leben gerufen, um den Menschen Hilfe beim Helfen zu geben und dadurch Zivilcourage und Solidarität in unserer Stadt zu fördern. Der Erfolg der Kampagne "Gewalt-Sehen-Helfen" war so groß, dass sie heute als Vorbild für weitere Kampagnen wie bspw. die auf bestimmte Zielgruppen zugeschnittenen Konzepte "cool sein-cool-bleiben" und "PIT" (Prävention im Team an Frankfurter Schulen) dient.

Die 16 lokalen Frankfurter Regionalräte leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und die Förderung des sozialen Friedens in den Stadtteilen und bilden zusammen mit den Facharbeitskreisen ein kriminalpräventives Frühwarnsystem, das es der Frankfurter Sicherheitspolitik erlaubt, frühzeitig Fehlentwicklungen entgegen-

genzuwirken. Wir danken daher dem Frankfurter Präventionsrat und den Regionalräten für ihr vorbildliches Engagement.

Durch das Haus des Jugendrechts im Frankfurter Westen wurde die behördenübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Jugendkriminalität deutlich verbessert. Die damit einhergehende Verfahrensbeschleunigung lässt Jugendliche den Ursachenzusammenhang zwischen ihrem Fehlverhalten und dessen rechtlicher Folgen besser erkennen und entfaltet dadurch eine präventive Wirkung. Wir begrüßen deshalb die Errichtung des Haus des Jugendrechts im Frankfurter Norden.

In Anbetracht der großen Erfolge der Frankfurter Präventionsarbeit sprechen wir uns für deren Ausweitung aus und unterstützen die Forderungen nach weiteren Maßnahmen. Bspw. hat die vom Präventionsrat 2012 durchgeführte Seniorenbefragung gezeigt, dass die Politik auf die besonderen Sicherheitsbedürfnisse älterer Menschen reagieren muss. Wir sprechen uns daher für eine Seniorensicherheitsberatung aus und empfehlen zur Förderung des Respekts zwischen den Generationen eine stadtweite Kampagne mit dem Titel „Respekt gegenüber Jung und Alt“. Auch sollten Planungs- und Wohnungspolitik immer auch Belange der Prävention berücksichtigen. Neue Bauvorhaben dürfen keine neuen Angsträume schaffen.

- **Zusammenarbeit mit den Landesbehörden**

Städtische und landesweite Sicherheitspolitik müssen Hand in Hand gehen. Wir bedanken uns für die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Landespolizei und städtischen Sicherheitsbehörden und für die regelmäßige Unterrichtung der Frankfurter Stadtverordneten durch die Landespolizei über aktuelle Sicherheitslagen. Ausdrücklich begrüßen wir das Projekt „Schutzmann vor Ort“ zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei und für ein erhöhtes Sicherheitsempfinden, und wir setzen uns für dessen Implementierung in möglichst vielen Stadtteilen ein.



## VIII. Für eine lebendige Kultur als Ausdruck städtischer Identität und Weltoffenheit

### Dafür stehen wir:

Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und zur Bedeutung der Kultur für die Identität und Weltoffenheit einer Großstadt. Auch wenn Kultur, Kunst und Wissenschaft nach unserem Verständnis grundlegende Bestandteile einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft sind, ist es nicht Sache der Politik und somit auch nicht der Kommunalpolitik, über künstlerische Inhalte und Ausdrucksformen oder Gegenstände von Forschung und Wissenschaft zu bestimmen. Kultur ist ihrem Selbstverständnis nach auch nicht Teil der Sozialpolitik, ein „Integrationsmotor“ oder ein Instrument der Planungspolitik. Solchen Nützlichkeitsabwägungen unterliegt die Kultur keineswegs. Einen derart falschen Kulturbegriff lehnen wir ab.

Eine moderne Großstadtpolitik definiert nicht, welche Rolle die Kunst zu spielen hat, sondern setzt die richtigen Rahmenbedingungen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Das ist keine einfache Aufgabe. Denn Kunst ist eine besondere Form der Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Sie lebt von Neugier und Wagnis. Das Erkennen und Werten ästhetischer und künstlerischer Ausdrucksformen bildet und hebt den einzelnen Menschen in seiner individuellen Persönlichkeitsentwicklung, und zwar ein Leben lang. Die Stärkung kreativer Potenziale ist entscheidend auch für die Wettbewerbsfähigkeit einer Großstadt. Immer mehr ist die Kulturwirtschaft ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Städteranking.

Wir sehen aus diesen Gründen die Förderung von Kunst und Kultur als herausragende öffentliche Aufgabe an. Sie ist unverzichtbar für die städtische Identität. Typisch für Frankfurt am Main und seine Bürger ist aber auch eine schon immer große Spendenbereitschaft. Die Bürger können somit doppelt stolz sein auf die hier tätigen Kulturschaffenden und die kulturellen Einrichtungen mit ihrer beispielhaft großen Strahlkraft: auf das Museumsufer, auf Oper und Schauspiel, auf das Goethe-Haus oder auf die Buchmesse.

Für uns heißt das, dass wir für die Bewahrung des kulturellen und geschichtlichen Erbes ebenso eintreten, wie für die Förderung der zeitgenössischen Kunst. Seit 2006 stellen wir mit Prof. Dr. Felix Semmelroth den erfolgreichsten Kulturdezernenten seit der Ära Wallmann. Mit derzeit rund 172 Mio. € Jahreszuschuss finanziert die Stadt Frankfurt ein kulturelles Angebot von internationalem Format und erlesener Qualität. Diese Kulturförderung

sehen wir nicht als Subvention, sondern sie ist eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Stadt. Zu einer erfolgreichen Kulturpolitik gehört unverzichtbar eine vorausschauende Wissenschaftspolitik. Forschung und wissenschaftliche Bildung legen wichtige Fundamente für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft in allen Bereichen. Hochschulen und Forschungsstätten tragen genauso wie Kultureinrichtungen zum kreativen ferment bei, das kluge Köpfe anzieht und Lösungen für künftige Herausforderungen hervorbringt.

Dem Standort Frankfurt kommt in diesem Zusammenhang eine Bedeutung zu, die weit über die Stadtgrenzen hinausreicht. Die ganze Region gewinnt, wenn Frankfurt seine Anziehungskraft durch Breite und Qualität seiner Wissenschaftseinrichtungen weiter steigert. Von besonderer Bedeutung hierfür ist die räumliche Nähe dieser Einrichtungen zueinander, denn mit ihr erst entstehen die Beziehungsvielfalt und Anregungsdichte, die innovatives Potenzial zur Entfaltung bringen. Die Rahmenbedingungen hierfür in Frankfurt als Stadt der Wissenschaft und Forschung weiter zu verbessern, ist uns ein zentrales Anliegen.

### Das haben wir erreicht:

- Die Museen waren auch in den vergangenen Jahren mit ca. 2 Millionen Besucher pro Jahr ein Magnet für viele Kulturinteressierte. Höhepunkte waren die gut besuchten Ausstellungen der Werke von Raffael, Dürer, Rembrandt, Emil Nolde und Monet im Städel, von Jeff Koons, Edvard Munch, Joko Ono, Helene Schjerfbeck und Tobias Reberger in der Schirn. So konnten viele Epochen der darstellenden Kunst und damit ihre Entwicklung gezeigt werden.
- Auch die Erweiterung des Städelmuseums um unterirdische Ausstellungsräume für Kunst nach 1945, zeigt, wie begrenzte Flächen optimal genutzt und interessant gestaltet werden können. Wir danken an dieser Stelle allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die sich beispielhaft engagiert und die Realisierung dieses Projekts mit großzügigen Spenden ermöglicht haben.
- Die neue Möglichkeit, Eintrittskarten für das Städel auch elektronisch erwerben zu können, ist ein großer Fortschritt und verkürzt die Wartezeiten der Besucher deutlich.
- Ausbau der pädagogischen Angebote, um Kinder frühzeitig an Kunst, Kultur und Geschichte heranzuführen, wie z.B. basteln im Museum für Kommunikation, malen im Städel und Ritterspiele im Archäologischen Museum oder das Kinderprogramm Mini-Schirn.

- Die Alte Oper ist durch ihr vielfältiges Programm Anziehungspunkt für Menschen, nicht nur aus Frankfurt und der Umgebung, sondern auch aus anderen Städten im In- und Ausland. Im Programm PEGASUS-MUSIK ERLEBEN werden Kinder und Jugendliche an die Musik herangeführt; die überwältigende Nachfrage ist eine Herausforderung für das Haus.
- Nach Abschluss der Fassadengroßsanierung der Alten Oper in 2011 erstrahlt sie wieder in altem Glanz.
- Eine herausragende Rolle spielen auch die Theater. Viele hervorragende Intendanten haben die Theater international bekannt gemacht.
- Oper und Schauspiel wurden mehrfach mit nationalen und internationalen Preisen ausgezeichnet.
- Das English Theater bietet jetzt nicht nur englischsprachige Vorstellungen sondern auch Angebote für Schüler und Lehrer.
- Die Kulturförderung für die Freie Theaterszene wurde unter Einbeziehung der Theatermacher neu geordnet. So entstand 2015 ein transparent strukturiertes Fördermodell, zu dem auch ein Theaterbeirat gehört.
- Das Haus des Buches / Börsenverein des Deutschen Buchhandels konnte am 1. Januar 2012 in die Braubachstraße 16 umziehen. Damit wird die Bedeutung Frankfurts als Stadt des Buches und der internationalen Frankfurter Buchmesse unterstrichen.
- Dank weitsichtiger Wissenschaftspolitik der CDU-geführten Stadt- und Landesregierungen ist Frankfurt bereits heute ein bedeutender Wissenschaftsstandort mit sieben Hochschulen und rd. 60 000 Studierenden. Sechs von acht Max-Planck-Instituten in Hessen befinden sich in Frankfurt. Hinzu kommen die Deutsche Nationalbibliothek sowie national und international renommierte Wissenschaftseinrichtungen, z.B. die Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, das Freie Deutsche Hochstift, das Leibniz-Institut und die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- Der Eingangsbereich des Frankfurter Zoos wurde publikumsfreundlich umgestaltet und eine neue Bärenanlage mit dem Namen Ukumari-Land gebaut.

## Das sind unsere Ziele:

### **Theater und Oper**

- Wir stehen auch weiterhin zur finanziellen Unterstützung der Theater, der Städtischen Bühnen und der Alten Oper. Das hohe Qualitätsniveau zu erhalten ist uns ein zentrales Anliegen.
- Wir wollen ein eigenständiges Kinder- und Jugendtheater schaffen, um die vorhandenen Angebote für Familien mit Kindern substantiell zu verstärken.

### **Museen**

- Die Frankfurter Museen, vor allem die Häuser am Museumsufer, nehmen eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland ein, die wir auch in Zukunft sichern wollen. Die bauliche Erhaltung und die Weiterentwicklung der bestehenden Häuser stehen dabei für uns im Mittelpunkt.
- Historisches Museum: Nach dem Abriss des Betonbaus aus den 70er Jahren und der Renovierung des zum Historischen Museum gehörenden Saalhofes bis 2012 entsteht bis zum Jahr 2017 ein modernes Ausstellungshaus, das aus unserer Sicht für die Frankfurter Altstadt einer Bereicherung sein wird.
- Wir unterstützen die Realisierung des Romantikmuseums.
- Wir unterstützen die Sanierung und Erweiterung des Jüdischen Museums, die Mitte 2015 begann. Es zeigt die historische Entwicklung und die religiöse Kultur der jüdischen Gemeinden in Frankfurt vom 12. bis zum 20. Jahrhundert. Durch den Neubau erhält das Museum die Möglichkeit zur Erweiterung der Ausstellungsfläche für Dauerausstellungen und regelmäßige Wechselausstellungen
- Umbau des Museums Judengasse: Nach einer Umgestaltung wird es den historischen Zusammenhang mit der Gedenkstätte für die ermordeten Juden am Börneplatz sowie dem benachbarten Jüdischen Friedhof besser erfahrbar machen. Die Wiedereröffnung soll im Frühjahr 2016 stattfinden.
- Schaffung eines ökumenischen Sakralmuseums innerhalb des Stadthauses in der Verknüpfung des Ikonenmuseums, der Ausstellungen des Dommuseums und der Ausstellungsstücke auf evangelischer Seite.
  - Ermöglichung eines Struwwelpeter-Museums in der Altstadt
  - Eine angemessene und finanziell vertretbare Erweiterung des Weltkulturen-Museums am Museumsufer

- Wir unterstützen den Bau des Romantikmuseums, um die weltweit einmalige Sammlung öffentlich zugänglich zu machen.
- Neubau eines Zentraldepots, um insbesondere die umfangreichen Sammlungen des Weltkulturen-, Architektur-, Historische und Jüdischen Museums und anderer kultureller Institutionen zusammen unter einem Dach ordnungsgemäß unterzubringen

### **Buchstadt**

- Literatur ist ein wichtiger Bestandteil einer Kultur. Daher unterstützen wir das Literaturhaus aber auch Einrichtungen in privater Trägerschaft wie die Romanfabrik und das Hessische Literaturbüro im Mousonturm.
- Wir wollen erreichen, dass die Stadtbibliotheken als Teil der Literaturförderung in das Kulturdezernat integriert werden.

### **Stadt der Wissenschaft und Forschung**

- Wir wollen Frankfurt dauerhaft als Stadt der Wissenschaft und Forschung etablieren, in der Wissenschaft und Wirtschaft hervorragende Rahmenbedingungen für innovatives Handeln finden und zugleich Wissensvermittlung, Bildung, Weiterbildung und Forschung in hoher Dichte und intensivem Austausch mit verschiedenen Wissenschaftsakteuren und allen Teilen der Stadtgesellschaft stattfinden.  
Dazu werden wir die am Alleenring zwischen Nord- und Westend entstehende ‚Campus-Meile‘ gezielt entwickeln, an den Kulturcampus anbinden und gemeinsam mit dem Campus Riedberg und dem Universitätsklinikum in Niederrad als zusätzliche städtische Entwicklungsachse im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2030 verankern.

### **Kulturcampus**

- Wir begrüßen die von der Hessischen Landesregierung herbei geführte Entscheidung zum Neubau der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst (HfMDK) mit 100 Millionen Euro aus dem Hochschulbau-Investitionsprogramm HEUREKA. Damit ist der Weg frei, die Planung für einen „Kulturcampus“ auf dem früheren Areal der Goethe-Universität in Bockenheim voranzutreiben.

## **Bewahrung der Geschichte der Stadt**

- Mit dem Institut für Stadtgeschichte besitzt Frankfurt nicht nur ein professionell geführtes Stadtarchiv, sondern auch ein Zentrum für die Pflege der Geschichte der Stadt. So wurde die „Goldene Bulle“, das wertvollste Dokument der Stadt, in das Weltkulturerbe\*Programm der Vereinten Nationen aufgenommen. Wir wollen das Institut für Stadtgeschichte in seinem Auftrag, Quellen zur Stadtgeschichte zu sammeln und über Ausstellungen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, stärken.
- Für uns bietet sich durch die Entscheidung, das Goethehaus für die Sammlung der Romantik zu erweitern, die einmalige Chance, direkt neben dem Goethehaus einen würdigen Erinnerungsort für die kulturhistorische zentrale Epoche der deutschen Geschichte zu schaffen.
- Wir wollen den Erhalt des Archäologischen Museums, hat es doch den gesetzlichen Auftrag, Funde aus dem Stadtgebiet aufzubewahren und aufzuarbeiten. Mit dem Archäologischen Museum besitzt die Stadt Frankfurt eine gut vernetzte und international anerkannte Institution, die auch für das Denkmalamt von Bedeutung ist.
- Mit freundlicher Unterstützung des Vereins der Freunde Frankfurts wird der Justitia –Brunnen und der ihn umgebende Zaun saniert werden. Dies unterstützen wir.
- Der Peterskirchhof ist der älteste Friedhof in Frankfurt mit Grabstätten von Goethes Eltern, der Familien Nestle, Merian, Textor und Hauck. Leider sind viele der Grabstätten und Ihre Epitaphe durch Wetter und Alter schwer angegriffen. Es ist uns ein Anliegen, diese Kultur- und Geschichtsdenkmale Frankfurts und ihrer wichtigen historischen Persönlichkeiten zu sanieren.
- Wir wollen den Zoo weiterentwickeln und das Sanierungsprogramm fortschreiben. Er soll in einem nächsten Schritt mit einem Neubau ein angemessenes Pinguin-Haus erhalten. Geplant ist auch die Neugestaltung der Außenanlage der Löwen.

# IX. Für den Erhalt der Schöpfung und einer lebenswerten Umwelt

## 1. Umwelt

### Dafür stehen wir:

Die großen Themen der Umweltpolitik sind auch in Frankfurt allgegenwärtig: zukunftssichere Energieversorgung, Klimaschutz, Nachhaltigkeit. Auf unserer städtischen Ebene wird aber am ehesten sichtbar, ob den Begriffen auch zielgerichtetes Handeln folgt. Nimmt man die Auszeichnungen, die Frankfurt erhalten hat, haben wir vieles richtig gemacht: Erreichen der Endrunde zur Grünen Hauptstadt Europas 2014, Europäische Stadt der Bäume 2014, weltweit beste Stadt in der Arcadis-Studie über Nachhaltigkeit.

Raum schaffen, Erholung und Bewegung in der Stadt, Neue Grünanlagen schaffen, Pflege und Erneuerung der bestehenden Grünflächen sowie der Erhalt schützenswerter Kleingartenanlagen waren und sind Schwerpunkte unserer Umweltpolitik in der stark wachsenden Stadt Frankfurt. Die Menschen in der Stadt brauchen und wollen Erholungs- und Bewegungsräume im Stadtteil und an zentralen Lagen, die Angebote für Jung und Alt, für die gesamte Familie bereithalten. Zusammen mit durch Bäume oder andere Anpflanzungen begrünter Straßen – ein weiteres Stichwort ist die Sauberkeit auf Straßen und Plätzen – entsteht eine Lebens- und Wohnqualität, die die Menschen gern in Frankfurt leben lässt. Hier geben Bürger in Umfragen gute Noten für das Geleistete. Es bleibt aber auch weiterhin noch viel zu tun, da durch die Notwendigkeit einer sparsamen Haushaltsführung manches Wünschenswerte aufgeschoben werden musste.

Wir stehen für Umweltschutz mit Augenmaß. Einerseits sollen die aus dem Klimaschutz resultierenden Anforderungen erfüllt werden, andererseits sich die Menschen aber auch in ihrer Stadt wohl fühlen. Sauberkeit und Lärmschutz, Grünanlagen und Spielplätze, Straßenverkehr und Umweltschutz müssen dabei miteinander in Einklang gebracht werden. Mit dem Energie- und Klimaschutz ist Frankfurt auf einem guten Weg.

### Das haben wir erreicht:

- Neue Grünanlagen: Hafenpark im Ostend mit Skaterparcours, frei zugänglichen Sportfeldern und Wiesenband; Lotte-Specht-Park und Zeppelinpark im Europaviertel

tel; Grünzug Platenstraße. Von 2004 bis 2014 haben die Grünflächen um 22 % zugenommen, 2015 bis 2017 werden jedes Jahr weitere 20 Hektar hinzukommen.

- Erneuerung von Grünanlagen: Grüneburgpark, Mainuferpromenade (Helmut-Sittler-Promenade) Fechenheim, Mainufer Niederrad, Brentanopark, Obermainanlage. In vielen Fällen ist damit auch ein Neubau von Kinderspielplätzen verbunden, wie z.B. im Stadtpark Höchst.
- Wir haben erreicht, dass in der Grünanlagensatzung künftig Tabakkonsum und -abfall auf Kinderspielplätzen untersagt ist.
- Errichtung eines öffentlichen Bürgerparks in Niederrad in Nachbarschaft der künftigen DFB-Akademie. Die Ideen, wie der neue Park gestaltet wird und welche Sport- und Bewegungsangebote es geben soll, werden gemeinsam mit interessierten Bürgern entwickelt.
- Die Grünflächenpflege erfolgt nach wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Prinzipien. Die Mittel dafür wurden von 2009 bis 2015 von 7,8 Mio. Euro auf 10,3 Mio. Euro erhöht. Allerdings steht dem auch eine größere zu unterhaltende Fläche gegenüber.
- Sieben Senioren-Bewegungsräume (z. B. Elli-Lucht-Park, Martin-Luther-King-Park, Volkspark Niddatal)
- Neubau Wasserspielplatz Volkspark Niddatal; Neugestaltung Kinderspielplatz Elisabeth-Schwarzhaupt-Anlage Mit dem städtebaulichen Entwicklungskonzept „Speichen und Strahlen“ sollen mehr Grünzüge in der Stadt entstehen und mit dem Grüngürtel verbunden werden
- Finanzielle Förderung der Kleingarten- und Kleintierzuchtvereine und damit des unverzichtbaren ehrenamtlichen Engagements
- Renaturierung des Fechenheimer Mainbogens zu einer autotypischen Landschaft unter Ausbau des Wegenetzes zur Naherholung
- Schutz von Streuobstwiesen
- Hilfen für die in ihrem Bestand bedrohten Bienen, die die Stadt als Rückzugsgebiet benötigen
- Renaturierung der Nidda und Umbau weiterer Niddawehe (z. B. Höchster Wehr)
- Sicherung und Kompensation landwirtschaftlicher Flächen, Förderung einer regionalen Lebensmittelversorgung
- Hoher Stellenwert für die Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen: Sicherung der Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“, Informationskampagnen, Zusatzreinigungen, Parkwächter in stark frequentierten Grünanlagen (beispielsweise Lohrpark, Wald-



spielplatz Schwanheim, Heinrich-Kraft- Park), Initiativen zur Verminderung der überhandnehmenden Nilganspopulation

- lärmarme Kleinkehrmaschinen und Elektroaubläser für die Straßenreinigung
- Eröffnung eines Kleinmüllsammelplatzes für die nördlichen Stadtteile in Kalbach
- Palmengarten: Sanierung und Wiedereröffnung des Gesellschaftshauses, Bau eines Blüten- und Schmetterlingshauses (geplanter Baubeginn Herbst 2015)
- Übernahme des Botanischen Gartens von der Goethe-Universität Erhalt der identitätsstiftenden Stadtteilmfriedhöfe bei gleichzeitiger Senkung der Kosten für den Betrieb. Dafür wurde ein Friedhofskonzept beauftragt.
- Masterplan 100 % Klimaschutz: bis 2050 soll Frankfurt seinen Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken.
- Aufbau eines Dachflächenkatasters für Solaranlagen: über das Internet kann für jedes Haus in Frankfurt abgeschätzt werden, ob sich der Bau einer Solaranlage sinnvoll sein kann.
- Die Dächer städtischer Gebäude werden Dritten für Solaranlagen zur Verfügung gestellt (z. B. Bürgersolaranlagen Ballsporthalle und Stadtwerke-Haus Kurt-Schumacher-Straße).
- Hohe Investitionen der Mainova in Windenergie, Solarenergie und Fernwärme. Fast die Hälfte des Mainova-Stroms kommt aus erneuerbaren Energien.
- Mainova entwickelt und testet Technologien zur Speicherung von Strom: Strom-zu-Gas-Verfahren.
- Die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG ist Innovationsmotor in Sachen Gebäudeenergieeffizienz, beispielweise durch den Passivhausstandard. Das Aktiv-Stadthaus-Gebäude mit seinen Bewohnern in der Speicherstraße erzeugt mehr Energie, als es verbraucht.
- Der Flughafen mit seinen vielen Tausend Arbeitsplätzen ist für Frankfurt von eminent wichtiger Bedeutung. Zu guten, gesunden und sozialen Lebensbedingungen gehört auch die Minderung von Fluglärm. Mit der Eröffnung der Nordwest-Landebahn war das Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr verbunden. Wir haben pragmatische Lösungen unterstützt, um den Fluglärm zu verringern: Anhebung der Gegenanflüge, Erprobung von Lärmpausen, lärmabhängige Landegebühren, Erhöhung Anflugwinkel, abwechselnde Bahnnutzung

## Das sind unsere Ziele:

- Grünanlagen und Parks müssen sich in gepflegtem und sauberem Zustand präsentieren. Künftig sollen die Mittel angemessen erhöht werden.
- Der Einsatz von Parkwächtern in Grünanlagen, insbesondere dort, wo gegrillt werden darf, soll verstärkt werden.
- Die Attraktivität des Palmengarten ist durch notwendige Erhaltungsinvestitionen in Gebäude und Technik und durch den Bau eines Blüten- und Schmetterlingshauses weiter zu erhöhen.
- Dem Anstieg der Friedhofsgebühren soll durch eine intelligente Minderung der Betriebskosten für die Frankfurter Friedhöfe begegnet werden. Dabei ist das Prinzip der wohnortnahen Stadtteilmfriedhöfe nicht anzutasten.
- Zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität und zur Anpassung an den Klimawandel ist bei der Gestaltung von öffentlichen Straßen und Plätzen auf ausreichend Schatten durch Bepflanzung oder beispielsweise durch Sonnensegel zu achten. Die Materialwahl des Bodenbelags soll die Verminderung einer Aufheizung berücksichtigen.
- Die Anstrengungen zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und zum Einsatz von erneuerbaren Energien mit dem Ziel, bis 2050 den Energiebedarf in Frankfurt aus erneuerbaren Energien decken zu können, müssen intensiviert werden. Städtische Förderprogramme für private Haushalte und Firmen, die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger und die Innovationskraft städtischer Gesellschaften wie der Mainova und der ABGnova sollen dafür genutzt werden.
- Es muss alles technisch und finanziell Mögliche unternommen werden, um eine weitere Fluglärmreduzierung zu erreichen. Die Anwohner müssen entlastet werden, ohne dem Flughafen seine Entwicklungsmöglichkeiten zu nehmen.
- Wir setzen uns für die Ausstattung des Grünflächenamtes mit den entsprechenden finanziellen Mitteln, um den Aufgaben der Grünpflege gerecht zu werden.
- Der Pflegezustand der öffentlichen Grünflächen hat sich in den letzten Jahren sichtbar verbessert. Gleichwohl ist die Verbesserung der Grünpflege, gerade im Hinblick auf eine steigende Stadtbevölkerung und die damit einhergehende intensivere Nutzung, eine wesentliche Aufgabe.
- Wir setzen uns für die Schaffung eines Friedwalds in Frankfurt ein. Auch wünschen wir die Errichtung je einer Urnenwand oder eines Kolumbariums auf zumindest jedem größeren oder mittleren Friedhof.

## 2. Sauberkeit

Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger wohl in ihrer Stadt fühlen. Die Sauberkeit des öffentlichen Raums steigert die Lebensqualität und die Familienfreundlichkeit unserer Stadt. Nur wenige Familien haben Zugang zu einem eigenen Garten. Für die meisten Frankfurterinnen und Frankfurter ist es daher besonders wichtig, dass sie mit ihren Familien gepflegte Grünanlagen aufsuchen können. Der öffentliche Raum gehört allen und verdient respektvolle und schonende Behandlung. Niemand hat das Recht, die Attraktivität des öffentlichen Raums durch egoistische und schonungslose Nutzung zu beeinträchtigen.

Die Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“ hat sich in den letzten Jahren um die Stärkung dieses Bewusstseins sehr verdient gemacht. Wir unterstützen diese Arbeit nachdrücklich.

Gepflegte Grünanlagen und ein sauberes Wohn-, Arbeits- und Einkaufsumfeld sind entscheidende Wohlfühlfaktoren für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist in den vergangenen Jahren auch gezielt in Spielplätze für Kinder, in Parks und Grünanlagen investiert worden. Die Stabsstelle Sauberes Frankfurt hat sich bewährt und ist bundesweit als vorbildlich empfunden worden. Diesen Standard gilt es in den kommenden Jahren weiter auszubauen.

### Das haben wir erreicht:

- Wir haben die Mittel für den Unterhalt der Grünanlagen aufgestockt.
- Das Erscheinungsbild des Straßenraums wird durch kleinere Grünflächen der Blumenbeete aufgewertet.

### Das sind unsere Ziele:

#### **Lebensqualität im öffentlichen Raum bewahren**

- Die Vielfalt an Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum in Frankfurt muss bewahrt werden.
- Vermüllung verhindern
- Wir wollen noch mehr Maßnahmen gegen die öffentliche Vermüllung, z.B. mehr Abfallbehälter in Parks, Anlagen und auf Plätzen.

## **Sauberkeitstag für Frankfurt einführen**

- Wir plädieren für die Wiedereinführung eines stadtweiten Sauberkeitstags unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kreise der Stadt.

## **3. Starke Stadtteile für ein starkes Frankfurt**

### *Dafür stehen wir:*

Wir sehen Frankfurt als Mosaik seiner Stadtteile. In ihnen sind die Menschen gerne zu Hause. Die Stadtteile mit ihrer Geschichte und ihren Traditionen sind uns lieb und wertvoll. Zur Wahrung der Stadtteilinteressen gegenüber dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung sind in Frankfurt 16 Ortsbeiräte beratend tätig, die seit 2006 auch über ein eigenes Budget verfügen. Die Einführung eines eigenen Budgets für Ortsbeiräte durch Beschluss der schwarz-grünen Koalition im Jahr 2006 ist zweifelsohne die bedeutendste Kompetenzerweiterung seit der Einführung von Ortsbeiräten in Hessen im Zuge der Gebietsreformen Anfang der Siebzigerjahre des 20. Jahrhunderts. Für jeden Einwohner ihres Bezirks erhalten die Ortsbeiräte pro Jahr 50 Cent. Die Ortsbeiräte verfügen über diese Mittel in eigener Regie und dürfen sie für Grünanlagen und Verschönerungsmaßnahmen im öffentlichen Raum verwenden. Die Stärkung der Stadtteile liegt uns besonders am Herzen. Von der Attraktivität der Stadtteile hängt es ganz wesentlich ab, wie wohl sich die Menschen in Frankfurt fühlen. Die Stadtteile stiften Identität und sind für die Stadt ebenso wichtig wie die City. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtteile in ihrer Eigenständigkeit gefördert werden, sich aber zugleich stets als Teil der gesamten Stadtgesellschaft verstehen.

### *Das haben wir erreicht:*

- Das Budgetrecht der Ortsbeiräte hat sich bewährt und wird inzwischen mit großem Erfolg für die Stadtteile eingesetzt.

### Das sind unsere Ziele:

- **Gute Nahversorgung sicherstellen**
  - Wir wollen in den Stadtteilen ein ausreichendes Einkaufsangebot für die Bevölkerung sicherstellen.
  - Die örtlichen Gewerbevereine werden unterstützt. Eine Vernetzung untereinander wird angestrebt.
  - Verkaufsoffene Sonntage auf Stadtteilebene werden im Rahmen gesetzlicher Vorgaben gefördert.
  
- **Gehwege ohne Hindernisse schaffen**
  - Wir wollen Gehwege ohne Hindernisse schaffen. Kreuzungen und Einmündungen sollen leicht passiert werden können. Außerdem soll die Aufenthaltsqualität an Plätzen durch Ruheräume und Sitzgelegenheiten verbessert, dabei allerdings das Ruhebedürfnis der Anwohner berücksichtigen werden.

## **X. Für eine starke Metropolregion FrankfurtRheinMain im internationalen Wettbewerb**

### Dafür stehen wir:

FrankfurtRheinMain ist eine der dynamischsten und attraktivsten Regionen Europas. Die Lebensqualität wird bestimmt von einer hervorragenden Infrastruktur sowohl bei Standortfaktoren der Daseinsvorsorge wie auch in den Themenfeldern Kultur, Freizeit und Erholung. Die zentrale geographische Lage, der internationale Flughafen und die wichtigen europäischen Verkehrswege auf Straße, Schiene und Wasser, verschaffen der Region einen unschätzbaren Standortvorteil. Wir sind Finanz-, Handels-, Messe- und Wissenschaftsmetropole.

FrankfurtRheinMain besitzt ein außerordentliches kulturelles Spektrum mit einem herausragenden Angebot in den Bereichen Oper und Theater und einer einzigartigen Konzentration von Museen und Welterbestätten. FrankfurtRheinMain ist Bühne für internationale Künstler aller Genres. Der Naherholungsraum Taunus bietet eine hohe Lebensqualität für die Menschen und ist gleichzeitig Anziehungspunkt für Touristen. Die Erfolgsformel für FrankfurtRheinMain ist ihre Polyzentralität. Damit bleiben wir eine starke Region!

Unsere Stadt Frankfurt ist Herz und Motor der Metropolregion FrankfurtRheinMain, die zu den dynamischsten Regionen in Europa zählt. Viele Zukunftsfragen können nur gemeinsam von den Städten, Kreisen und Gemeinden in FrankfurtRheinMain gelöst werden. Daher kommt der regionalen Kooperation gerade in den kommenden Jahren eine hohe Bedeutung zu. Wir wollen dafür sorgen, dass Frankfurt auch in den kommenden Jahren die treibende Kraft in der Zusammenarbeit der Städte, Kreise und Gemeinden in unserer Region bleibt damit FrankfurtRheinMain im europäischen und internationalen Wettbewerb der Regionen seinen Spitzenplatz weiter ausbauen kann.

### Das haben wir erreicht:

- Wohnen in der Region: Frankfurt und Rhein-Main planen gemeinsam
- Planung Regionaltangente West (RTW)
- Planung Nordmainische S-Bahn nach Hanau
- Frankfurt und Rhein-Main-Region einigen sich über Standortmarketing
- Fusion Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH mit KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH angedacht
- Behördenrufnummer 115: Kooperation mit Nachbarkommunen in der Region; Servicecenter der Stadt für 1,6 Millionen Bürger zuständig
- Planung einer Internationalen Bauausstellung in der Region
- Kooperation Kliniken Höchst mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises
- Flughafenerweiterung/ Lärmschutz: Abstimmung mit der Region
- Regionalparkroute Opel-Zoo zum Frankfurter Zoo

### Das sind unsere Ziele:

- Die Metropolregion FrankfurtRheinMain in Europa weiter stärken.
- Die Chancen der Zusammenarbeit in allen Bereichen nutzen, um auch weiterhin im internationalen Wettbewerb der Regionen bestehen zu können. Dazu zählen insbesondere die Bereiche Planung, Schaffung von Wohnraum und Verkehr.
- Der Flughafen Frankfurt ist der größte Arbeitgeber der Region. Seine Funktion als internationales Drehkreuz wollen wir sichern und weiterentwickeln. Dabei gilt es einen realistischen Mittelweg zwischen den Bedürfnissen des Flughafens im internationalen Standortwettbewerb und den Interessen der Anwohner zu finden. Wir

unterstützen den begonnenen Bau des neuen Terminal 3, das für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Frankfurter Flughafens unerlässlich ist. Eine Einbindung in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz der Schiene hat oberste Priorität.

- Wir sind für aktive Städte und Gemeinden. Wir sind für den Erhalt unserer Landkreise. Regionalkreismodellen der Opposition erteilen wir eine Absage.
- Wir wollen die interdisziplinäre Forschung und bestehende Forschungsnetze in der Region unterstützen und ausbauen. Besonders unterstützen wir die Stärkung der chemischen und pharmazeutischen Industrien. Unser Ziel ist es, Wissenschaft zur treibenden innovativen Kraft der Region zu entwickeln.
- Die in der Bio- und Nanotechnologie, Materialforschung, Informations- und Kommunikationstechnik, Medien und Design, Gesundheitswesen sowie den Finanz- und Wirtschaftswissenschaften erreichten Stärken wollen wir weiter nachhaltig fördern.
- Wir sind für eine Zusammenarbeit der regionalen Akteure, um die Ziele der Energiewende zu erreichen. Regionale und kommunale Energiekonzepte sind zu koordinieren.
- Die Internationalität von FrankfurtRheinMain ist zudem ein Alleinstellungsmerkmal und bietet global agierenden Konzernen ebenso wie den mittelständischen Betrieben in der Region eine einzigartige Plattform. Die Internationalität widerspiegelt sich auch in der Mitarbeiterschaft. Mit herausragenden Qualitäten und neuen, individuell für Kunden entwickelten Produkten und Dienstleistungen kann die Wirtschaft der Region sich behaupten. Der Mittelstand mit seiner hohen Flexibilität hat hervorragende Wettbewerbschancen, die wir mit einer aktiven Wirtschaftspolitik auch in der Region fördern wollen.

**Deshalb am 06. März 2016 CDU wählen – für Frankfurt!!**